Mittwoch, 27. August 1986 - D ***

[illegible] AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11 [illegible] Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) [illegible] Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung [illegible] - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 198 - 35.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 600,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 8,50 nkr. Österreich [illegible] öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 750 TL

Heute in der WELT

WELT-Interview mit Berlins Kultursenator

Die Feiern zum 750. Geburtstag Berlins laufen zweigeteilt ab. Was man aus Ost-Berlin hört, läuft darauf hinaus, Berlin geschichtlich, geistig und politisch als Hauptstadt der „DDR" zu vereinnahmen. Wie verhält sich West-Berlin gegenüber solchen Versuchen? *Die Antwort in einem WELT-Interview* mit dem Berliner Kultursenator Volker Hassemer. Seite 17

Die großen Testamente

„Wer nicht bereit ist, mehr als das Bestehende zu wollen, wird nicht einmal den Status quo aufrechterhalten können." Diese Quintessenz seiner beiden „Politischen Testamente" ist für das Denken Friedrichs des Großen charakteristisch. Fast als Gegen-Typus zu Friedrich erscheint Kaiserin Maria Theresia, Zeitgenossin und Kontrahentin des Preußenkönigs. Seite 6

POLITIK

Arbeitnehmer: Lärm am Arbeitsplatz ist eine der „verbreitetsten Gefahren" für die Gesundheit der Arbeitnehmer. Dies hat das Karlsruher Institut für Arbeits- und Sozialhygiene in seinem Jahresbericht festgestellt. Fast 85 Prozent von über *15 000* untersuchten Arbeitnehmern wurde aber eine Weiterbeschäftigung am bisherigen Arbeitsplatz „bedenkenfrei" attestiert.

Asylanten: Die baden-württembergische Landesregierung wird eine zentrale Abschiebestelle für abgelehnte Asylbewerber einrichten. Außerdem soll in Karlsruhe eine zentrale Ausländerbehörde geschaffen werden, die über Folgeanträge *rechtskräftig* entscheidet. (S. 4)

C-Waffen: Experten aus den USA und der Sowjetunion werden sich in der kommenden Woche in Bern zu einer zweiten Gesprächsrunde über die Verhinderung der Weiterverbreitung chemischer Waffen treffen. Wie die „New York Times" unter Berufung auf US-Regierungsbeamte berichtete, hatte das Weiße Haus die Gespräche über *die C-Waffen bereits in der* vergangenen Woche angekündigt, aber noch keinen festen Termin genannt. Die Supermächte sprachen bereits im März über dieses Thema.

Frauen: Die Bundesstiftung „Mutter und Kind", die schwangeren Frauen unbürokratisch helfen soll, wird immer mehr finanziell in Anspruch genommen. Nach Angaben des CDU-Bundestagsabgeordneten Kroll-Schlüter braucht die Stiftung über die von Bonn bereitgestellten 60 Millionen Mark hinaus dieses Jahr mindestens nochmals 20 Millionen Mark, um den Anträgen nachzukommen.

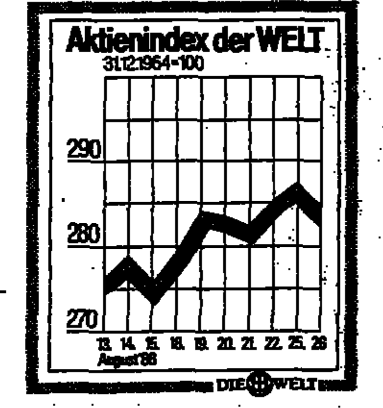
Abrüstung: Bei der Stockholmer Konferenz für Vertrauensbildung werden nach Ansicht des Bonner Beauftragten Ruth „Konturen eines Abkommens" erkennbar. Eine Einigung in Genf, so Staatsminister Stavenhagen, sei die „Nagelprobe" für den sowjetischen Verhandlungswillen.

Entwicklungshilfe: Mehr Bonner Entwicklungshilfe für die Philippinen, aber auch mehr Engagement der deutschen Wirtschaft in dem asiatischen Land, hat der entwicklungspolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Winfried Pinger, gefordert. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke *(CSU), reist am 4. September* für drei Tage nach Manila. Bei seinem Besuch sollen Verträge über die Verwendung von insgesamt 86 Millionen Mark Bonner Hilfe unterzeichnet werden.

WIRTSCHAFT

Investitionen: Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland zeigen im ersten Halbjahr 1986 einen leichten Rückgang gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres, während die ausländischen Direktinvestitionen in der Bundesrepublik fast um das Doppelte gestiegen sind. Damit haben die Netto-Transferleistungen aus dem Ausland nach einigen Jahren wieder zugenommen. Das geht aus der Statistik des Wirtschaftsministeriums hervor. (S. 9)

Börse: Kursrückgang in fast allen Standardaktien bestimmte den Aktienmarkt. *Wenig Bewegung gab* es am Rentenmarkt. WELT-Aktienindex 284,68 (287,04). BHF-Rentenindex 107,714 (107,688). BHF-Performance-Index 107,151 (107,096). Dollar-Mittelkurs 2,0453 (2,0413) Mark. Goldpreis je Feinunze 381,10 Dollar.



KULTUR

Machtwechsel: Im Londoner Nationaltheater steht ein Machtwechsel bevor, der das Ende einer Ära einleitet: Der 55 Jahre alte Sir Peter Hall, seit 1973 Direktor des renommierten National Theatre, hat zu verstehen gegeben, daß er nach Ablauf seines Vertrages 1988 den Intendantensessel räumen wird. (S. 17)

Musical: Die Freiheitsstatue „Miss Liberty" steht an ihrem 100. Geburtstag auch am Broadway im Mittelpunkt des Interesses. In dem neuen Musical „Rags" überragt sie das Bühnenbild der ersten und letzten Szene. „Rags" *ist ein* musikalisches Bilderbuch der amerikanischen Einwanderergeschichte. (S. 17)

SPORT

Leichtathletik: Im Kampf gegen das Doping ist der internationale Verband großzügig. Athleten, die wegen Medikamentenmißbrauchs lebenslang gesperrt wurden, dürfen meist nach 18 Monaten wieder starten. Bekanntester Athlet bei der EM: Der Finne Vainio, der gedopt 1984 in Los Angeles Silber über 10 000 m gewann. (S. 7)

Golf: Die Internationalen Offenen Deutschen Meisterschaften, die morgen in Düsseldorf-Hubbelrath beginnen, sind so hoch dotiert wie noch nie. 500 000 Mark an Preisgeldern, 25 Prozent mehr als im Vorjahr, werden ausgespielt. Die Stars Ballesteros (Spanien) und Bernhard Langer erhalten zusätzlich Handgeld. (S. 7)

AUS ALLER WELT



Samurai: Zehn Japaner aus Düsseldorf verkleiden sich als Samurai und schlüpfen wie dieser in eine Ritterrüstung (Foto). Auf diese Weise wollen sich die Männer mit der japanischen Geschichte auseinandersetzen. (S. 18)

Helfer: Der „Private Helferkreis für verunglückte Touristen und Reisende" kümmert sich nach einem Unfall um die Familienangehörigen der Betroffenen. Es gibt 18 solcher Gruppen, die sich kostenlos in den Dienst der Nächstenliebe gestellt haben. (S. 18)

Schmidt beschwört die Partei, sich hinter Rau zu stellen

„Macht ihn zu Eurem Vormann" / Nur eine Stimme gegen den Kandidaten

Mk. Nürnberg

Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt hat sich auf dem Nürnberger Parteitag der SPD demonstrativ vor Johannes Rau gestellt und den Versuch unternommen, die Basis auf die Linie der Solidarität mit dem SPD-Kanzlerkandidaten einzuschwören. „Macht Johannes Rau zu Eurem Vormann und laßt ihn nicht bloß Euren *Kandidaten sein*", rief Schmidt den 440 Delegierten zu. Der SPD-Politiker forderte die Sozialdemokraten zur Selbstdisziplin auf und erklärte, Solidarität mit Rau müsse auch über den Tag der Bundestagswahl hinaus geübt werden. Zuvor war Rau bei nur einer Gegenstimme und drei Enthaltungen offiziell zum Kandidaten gekürt worden. Elf Sozialdemokraten nahmen nicht an der Abstimmung teil.

Rau hatte in einer häufig von starkem *Beifall unterbrochenen Rede* den Anspruch seiner Partei angemeldet, die Regierung zu übernehmen. „Wir wollen auf Platz eins", sagte Rau. Um dieses zu erreichen, wolle er die Wähler in Bewegung bringen. „Aber das geht nur, wenn wir uns zusammen bewegen – wenn sich meine Partei mit mir bewegt!"

Rau erklärte, die SPD suche nicht die Mehrheit über eine Koalition mit der CDU/CSU, mit der FDP oder mit *den Grünen. „Was wir suchen, aber* darauf sind wir auch angewiesen, das ist die Koalition mit den Bürgerinnen und Bürgern."

SEITE 3:
Der Mann aus Wuppertal erstaunt die Genossen

Den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit will Rau zur wichtigsten Aufgabe machen und „mit einer großen nationalen Kraftanstrengung zu lösen suchen". Außerdem nannte er als Stichwort die paritätische Mitbestimmung für alle Großunternehmen und die Teilhabe der Arbeitnehmer am Produktivvermögen. *Zur Finanzierung* solle eine zeitlich befristete fünfprozentige Ergänzungsabgabe auf steuerpflichtige Einkommen von mehr als 60 000 Mark bei Ledigen und 120 000 bei Verheirateten erhoben werden.

Die Gesamtrichtung der SPD-Politik machte Rau an fünf Zielen *fest:*

- Die Industriegesellschaft erneuern, wozu er auch ein 10-Jahres-Umweltprogramm zählte.
- Sozialer Friede durch soziale Gerechtigkeit; hier wies er darauf hin, daß das Wort von Willy Brandt aus dessen Regierungserklärung von 1969 „mehr Demokratie wagen", Leitidee der SPD-Politik bleibe.
- Partei der Freiheit; hier bekräftigte er, das Recht auf Asyl für Verfolgte sei unabdingbar.
- Gleichstellung von Männern und Frauen; diese müsse auch bei der Verteilung der Arbeit ansetzen.
- Den Frieden sichern.

Raus Auffassungen zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind nach Ansicht von Bundesverteidigungsminister Wörner in weiten Teilen „nicht bündniskonform". Das gelte *für die Forderung des SPD-Kanzlerkandidaten* nach Errichtung einer C-Waffen-freien Zone oder für Raus Absicht, einseitig von den USA den Abzug der nuklearen Mittelstreckenwaffen aus der Bundesrepublik zu verlangen.

DER KOMMENTAR

Eintagsjubel

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Johannes Rau hat den Parteitag in Schwung gebracht, das kann er sich zugute halten; seine manchmal packende Rede erntete Szenenbeifall und sein Stimmenergebnis ist so eindrucksvoll, wie es eine zerrissene Partei braucht. Aber das große Mobilisierungsstichwort, ohne das eine erfolgreiche und selbstbewußte Regierung nicht zu erschüttern ist, gab er nicht. Er blieb zwischen Atomausstieg ohne Datum, Arbeitsbeschaffungsprogrammen und hundert Mark fürs erste Kind stecken. Sein Appell an die Partei, sich zu bewegen, belegt eigens das Fehlen eines bewegenden Themas.

Gewiß, es war einer geschickten Regie gelungen, wieder einmal das große Wir-Gefühl aufbrodeln zu lassen. Da standen Brandt und Schmidt und erinnerten durch ihre Gegenwart daran, daß die SPD schon Bundeskanzler zu stellen vermochte. Und sie erin*nerten eben dadurch daran, wie* sie beide scheiterten. Die Bitterkeit trieb Schmidt sogar, an sein eigenes Schicksal zu erinnern. Als er die „Solidarität" seiner Partei beschwor, die Rau brauchen werde, merkte er nach bewußtem Zögern sarkastisch an, hier hätte er mehr Beifall erwartet.

„Was wir suchen", sagte Rau in offenbarer Anspielung auf den Verdacht, er werde doch sein Wort brechen und mit den Grünen koalieren, wenn er dadurch Kanzler werden könnte: „Was wir suchen, ... ist die Koalition mit den Bürgern und Bürgerinnen." Ein merkwürdig betretenes, bescheidenes Ersuchen. Sonst pflegen *sich Oppositionskandidaten* als jene Erlöser anzubieten, nach denen die Bürger und Bürgerinnen angeblich rufen. Es scheint, daß Rau *sich gar nicht einreden mag, einen* solchen Ruf zu hören.

Aus gutem oder vielmehr nicht allzugutem Grunde. Was er braucht, ist eine Partei, die nicht nur auf dem Parteitag Bürgernähe beklatscht, sondern bürgernah statt ideologisch ist. Einen Tag lang hat der Beifall den Streit übertönt. Die Wirklichkeit wird den Kandidaten einholen. Aber immerhin, er hatte seinen Tag.

Die SPD spricht vom „blinden Markt"

HANS-J. MAHNKE, Nürnberg

Nach der Wahl Raus stieg der Parteitag gestern nachmittag in die Diskussion um die Wirtschafts- und Steuerpolitik der SPD ein. Vor allem *ging es dabei um die Verabschiedung* des „Nürnberger Aktionsprogramms: Massenarbeitslosigkeit überwinden – die Wirtschaft ökologisch und sozial erneuern".

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD, Wolfgang Roth, dessen Name eng mit diesem Programm verbunden ist, dessen *Entwurf* aber in Richtung auf mehr Einfluß des Staates verändert wurde, forderte die Bundesbank und die Bundesregierung auf, mehr zur Stärkung der Binnennachfrage zu tun. Es müsse jetzt endlich Vorsorge getroffen werden, daß im nächsten Konjunkturabschwung die Arbeitslosigkeit nicht weiter zunehme. Arbeit müsse vor allem dort geschaffen werden, wo sie am dringendsten gebraucht werde, also vor allem zur Sicherung von Natur und Umwelt. Darin sieht Roth auch Wege aus der Massenarbeitslosigkeit. Bei dem Nürnberger Aktionsprogramm habe die SPD die Erfahrungen aus ihrer Regierungszeit verarbeitet. Notwendig sei eine grundlegende Erneuerung der Industriegesellschaft. „Wir müssen alle Bereiche des Produzierens und Konsumierens auf den ökologischen Prüfstand stellen." Neue Arbeitsplätze sollen durch über Energieabgaben finanzierte Umweltinvestitionen geschaffen werden.

Weil der Markt blind sei gegenüber den Erfordernissen der Umwelt, sei es Aufgabe des Staates, Bedingungen zu einem sparsamen und vorsorgenden Umgang mit der Natur zu setzen. Das gehe nicht mit Bürokratismus, sondern mit verläßlichen Rahmenbedingungen und richtigen Anreizen, die der Staat setzt.

Roth beklagte „den durch die Massenarbeitslosigkeit ... entstandenen neuen Machtzuwachs der Kapitalseite". *Der Konzentrationsprozeß der* Wirtschaft habe ein Maß erreicht, das zum Handeln zwinge. Die Antwort könne nicht sein, Verstaatlichung, sondern nach Ansicht der SPD: „Machtteilung durch funktionierenden Wettbewerb und Machtkontrolle durch Demokratisierung der Wirtschaft, das heißt Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften und ihre Beteiligung am Produktivkapital".

Die Arbeitnehmer, die Betriebsräte und Gewerkschaften müßten bei der Einführung der modernen Technik mitbestimmen – bis hin zum Veto gegen die neue Technik. Die SPD werde den Kampf für eine weitere Arbeitszeitverkürzung unterstützen.

Der finanzpolitische Sprecher der SPD, *Hans* Apel, kündigte als ersten Schritt einer SPD-Regierung auf dem Weg zu einem gerechteren Steuersystem einen Umbau der zweiten Stufe der Steuerreform 1988 an. Die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen sollten stärker entlastet werden. Außerdem plädierte er für ein gleiches Kindergeld für alle. Die Steuerpolitik *solle auch als Instrument der ökologi*schen Erneuerung genutzt werden. „Wer die Umwelt belastet, soll dafür auch einen Preis zahlen müssen", sagte Apel. Finanzielle Anreize brächten dagegen den Umweltschutz voran.

Beim Asylrecht stellt sich die FDP auf die Seite Kohls

Aus der CDU Widerstand gegen eine Grundgesetzänderung

DIETHART GOOS, Bonn

Die Mitglieder des Bundeskabinetts einschließlich der FDP-Minister folgen der politischen Linie von Bundeskanzler Helmut Kohl, unterhalb der Ebene einer Grundgesetzänderung alle rechtlichen und praktischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um *den Asylantenstrom in die Bundes*republik Deutschland einzudämmen. Denn angesichts der nicht vorhandenen Zwei-Drittel-Mehrheit ist eine Ergänzung oder Neufassung des Asylartikels im Grundgesetz für Kohl kein aktuelles Thema. Zumal sich jetzt dagegen auch in der Union Widerstand regt. So wandte sich gestern der innenpolitische Sprecher der nordrhein-westfälischen CDU-Fraktion, Paus, gegen eine Änderung.

Die Sitzung des Bundeskabinetts, *auf dessen Tagesordnung einschnei*dende Beschlüsse zum Asylrecht standen, war nach der Rückkehr des Kanzlers von Konsultationen mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand geplant. Kohl hatte noch während seines Urlaubs die Direktive ausgegeben, das brisante Politikum der Scheinasylanten schnell zu regeln, da es sonst ein gefährliches Wahlkampfthema hätte werden können. Dabei setzt der Bundeskanzler auf die Kooperationsbereitschaft aller Bundesländer, die von dem Asylantenstrom unmittelbar betroffen sind.

Mit zahlreichen Einzelbeschlüssen soll der Zustrom von Wirtschaftsflüchtlingen gebremst werden. Das Bundeskabinett verfolgt so eine Doppelstrategie. Deutsche Botschaften und Konsulate werden künftig bereits in den Heimatländern der Asylsuchenden die Voraussetzungen für Reisen in die Bundesrepublik, wie Visa- und Paßbestimmungen, enger fassen. Gelingt Asylsuchenden trotzdem die Einreise – etwa über den Ostberliner Flughafen Schönefeld –, wird durch eine deutliche Personalverstärkung der Ausländerbehörden ermöglicht, die Asylanträge schneller als bisher zu sichten, um politisch Verfolgte zu ermitteln und ihre Anerkennung als Asylanten einzuleiten. Für Unberechtigte wird das Verfah*ren so gestrafft, daß rechtsgültige* Ablehnung der Anträge und Abschiebung innerhalb weniger Wochen erfolgen.

Seite 4: Weitere Beiträge

Spekulation auf Zinssenkung klingt ab

Der Dollar rutscht nicht unter zwei Mark / Warten auf Beschlüsse der Bundesbank

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Spekulation auf eine Senkung der Bundesbankzinsen schon auf der morgigen Sitzung des Zentralbankrates hat sich beruhigt. In Bankkreisen wird vielfach die Auffassung vertreten, die Bundesbank könne noch zwei Wochen mit einer Zinssenkung warten, weil sich der Dollarkurs stabilisiert hat und weil sich die Aufwertung der Mark im Europäischen Währungssystem (EWS) seit Wochenbeginn nicht mehr fortgesetzt hat.

So logisch diese Überlegung vordergründig erscheint: Die Sache ist sehr verzwickt: Denn die Ruhe an der Devisenfront, zumindest im EWS, so heißt es im Handel, sei vor allem damit zu erklären, daß der Markt fest mit einer Senkung der Bundesbankzinsen rechnet. Wenn der Zentralbankrat morgen nichts beschließt, will man nicht ausschließen, daß es im EWS Spannungen mit einem Aufwertungstrend der Mark und einem Druck auf den französischen Franc und die Dänenkrone gibt.

In der Stabilität des Dollars nach der US-Diskontsenkung spiegelt sich die Vermutung des Marktes, daß sich die Bundesbank mit der Zusage einer Zinsermäßigung die Bereitschaft der *US-Notenbank eingehandelt hat, mit* Interventionen ein Abrutschen des Dollarkurses unter zwei Mark zu verhindern. Das hat dazu geführt, daß in diesen Tagen zunehmend kommerzieller Dollarbedarf eingedeckt wurde und daß die Spekulation auf eine weitere Dollarabwertung entmutigt wurde. Im Markt will aber niemand die Hand dafür ins Feuer legen, daß der Dollar so stabil bleibt, wenn die Bundesbank eine Zinssenkung hinausschiebt. Die Frankfurter Währungshüter stehen also morgen, obwohl aktuell unter keinerlei Handlungszwang, vor einer schwierigen Entscheidung.

Völlig offen ist noch, welche deutschen Zinsen auf ein Zinssenkungssignal reagieren würden und in welchem Ausmaß. Eine Ermäßigung des Lombardsatzes wäre faktisch unwirksam. Eine Diskontsenkung würde zunächst nur die an den Diskontsatz gekoppelten Kreditzinsen verbilligen. Einen breiter durchschlagenden Effekt hätte eine gleichzeitige *Verbilligung der laufenden Geldver*sorgung des Kreditgewerbes über die sogenannten Wertpapier-Pensionsgeschäfte.

Als fraglich wird es angesehen, ob eine Ermäßigung der Bundesbankzinsen noch zu einem weiteren Zinsrückgang am Kapitalmarkt führt. Sollte der Eindruck entstehen, mit dieser Notenbankzinssenkung sei „das Ende der Fahnenstange" erreicht, wäre sogar ein Wiederanstieg der Kapitalmarktzinsen nicht auszuschließen. Das würde bedeuten, daß Hypotheken nicht nur nicht billiger, sondern sogar teurer werden können.

Ein auf die Kreditzinsen durchschlagendes Zinssignal würde auch die Sparer nicht ungeschoren lassen. Sie müßten sich dann – vor allem bei befristeten Einlagen und allen Arten von Sparbriefen – mit noch bescheideneren Erträgen zufriedengeben.

Benzinpreise ziehen an

DW. Hamburg

Zum zweiten Mal innerhalb von 14 Tagen ist in der Bundesrepublik Deutschland der Benzinpreis angehoben worden. Sprecher der Mineralölunternehmen Esso, Shell, Texaco und *Deutsche BP teilten gestern mit,* Normal- und Superkraftstoff seien von sofort an drei Pfennig je Liter teurer. Aral hatte bereits am Montag die Abgabepreise um diesen Betrag erhöht. Diesel blieb von der Anhebung ausgenommen. Die Gesellschaften begründeten die Anhebung mit den höheren Einstandskosten.

Mitterrand traf Kohl in Heidelberg

DW. Heidelberg

Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Staatspräsident François Mitterrand sind gestern in Heidelberg zu einer als privat bezeichneten Begegnung zusammenge*troffen. Während Bonner* Stellen noch am Mittag jede Auskunft über den Ort des Treffens verweigerten, wurden Passanten und Touristen in der Heidelberger Altstadt vom Besuch der beiden Politiker überrascht, als sie dort einen Kranz am Geburtshaus von Friedrich Ebert niederlegten.

USA drohen Libyen mit neuen Schlägen

Washingtons UNO-Botschafter Walters spricht mit Europäern über mögliche Sanktionen

FRITZ WIRTH, Washington

Die Reagan-Administration hat dem libyschen Staatschef neue mili*tärische Vergeltungsschläge ange*droht. Die Warnung basiert auf Geheimdienstberichten, nach denen Khadhafi weitere Terroraktionen *plant. Es ist von Angriffen* auf amerikanische Diplomaten in Afrika und Europa – unter anderem gegen Botschafter Richard Burt in Bonn – die Rede. Außerdem gibt es Berichte, die Libyen mit dem Angriff gegen einen britischen Stützpunkt auf Zypern Anfang dieses Monats in Verbindung bringen. Es fehlen dafür jedoch handfeste Beweise.

„Wir haben bisher seit seinem Anschlag auf die Berliner Discothek im *Frühjahr noch* nicht wieder einen ‚rauchenden Colt' in seiner Hand entdecken können", sagte ein leitender Beamter der amerikanischen Administration. „Es gibt jedoch Anzeichen dafür, daß er die Lehren unseres letzten militärischen Gegenschlags noch nicht voll begriffen hat."

Khadhafi war nach den amerikanischen Bombenabwürfen auf Benghasi und Tripolis am 15. April für einige Wochen aus der Öffentlichkeit verschwunden. Inzwischen hat der amerikanische Geheimdienst jedoch Anhaltspunkte dafür, daß er eine neue Infrastruktur für Terroranschläge aufbaut, nachdem zahlreiche seiner sogenannten „Volksbüros" in Europa geschlossen oder intensiver als zuvor überwacht wurden.

Schon vor einigen Wochen hatte Robert Oakley, der Leiter der Anti-Terrorismus-Abteilung im State Department erklärt: „Wir sind nicht so naiv zu glauben, daß mit unseren Bombenangriffen gegen Libyen das Problem Khadhafi gelöst worden ist. Der Mann hatte schon oft ein Comeback nach schweren Krisen."

Nach einem Bericht des „Wall Street Journal" sind diese Maßnahmen dreifacher Art. Sie sehen, wenn nötig, neue militärische Schläge gegen Libyen, eine Unterstützung des sich immer stärker regenden inneren Widerstands gegen Khadhafi in Libyen und verschärfte wirtschaftliche und politische Sanktionen vor.

Zu diesem Zweck reist der amerikanische UNO-Botschafter Vernon Walters im September in mehrere europäische Hauptstädte, voraussichtlich auch nach Bonn. In Washington glaubt man, daß eine derartige Mission heute erfolgsversprechender ist als es die des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Whitehead vor einem halben Jahr war.

Zugleich warnen Beamte der Administration davor, diese Aktivitäten als ein Zeichen dafür zu verstehen, daß militärische Aktionen unmittelbar bevorstünden. Sie sind offensichtlich zunächst eher als rhetorische Warnsignale gedacht, um Khadhafi von neuen Torheiten abzuhalten.

Die SED ist unzufrieden mit der Jugend in der „DDR"

Politbüro forciert die kommunistische Erziehung

hrk. Berlin

Die SED setzt alles daran, schon im nächsten Schuljahr, das am 1. Sep*tember beginnt,* die Forderungen Erich Honeckers nach einer effektiveren Erziehung der 2,1 Millionen „DDR"-Schüler durchzusetzen. Alle 55 390 Lehrer, Erzieher und Schulfunktionäre mußten sich jetzt, trotz der Ferien treffen – zum „politischen Auftakt" des Schuljahres, wie das „Neue Deutschland" schrieb. In immer neuen Abwandlungen lautet die Hauptforderung der SED-Sprecher: Verstärkte kommunistische Erziehung der Schüler.

Nach den Worten von Politbüromitglied Günter Schabowski hat der 11. SED-Parteitag die Notwendigkeit „nach höheren Ansprüchen an Bildung und Erziehung im neuen Abschnitt unserer Gesellschaftsentwicklung" unterstrichen. Im Vordergrund stehe eine breite, solide, ausbaufähige Basis der Allgemeinbildung. Verbunden damit sei „die Erziehung im Geiste der kommunistischen Weltanschauung und Moral", inklusive der *Lehre vom „Bewußtsein der Einheit* von Sozialismus und Frieden". Dies zeige sich im konsequenten Bemühen Ost-Berlins um eine „weltweite Koalition der Vernunft und des Realismus sowie in den umfassenden Friedensvorschlägen der UdSSR".

Honecker, der auf dem Parteitag lediglich von „klassenmäßiger" Erziehung gesprochen hatte, ist offenkundig unzufrieden mit bestimmten Tendenzen im Verhalten der „DDR"-Jugend und erklärte nachdrücklich, daß unter anderem mehr Wert gelegt werde müsse auf Disziplin, Pflichtbewußtsein, Zuverlässigkeit und Gemeinschaftssinn.

Der Grad politischer Reife der Jugend scheint den Parteichef nicht zu befriedigen: „Mit der Sicht auf gegenwärtige und künftige Kampfbedingungen gilt es, unsere Jugend klassenmäßig zu erziehen, die Liebe und den Stolz auf ihr sozialistisches Vaterland erneut auszuprägen und zu vertiefen, ihrer Erziehung um proletarischen Internationalismus, zur Freundschaft mit der Sowjetunion und zur aktiven Solidarität größtes *Augenmerk zu schenken."*

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Behörde auf Arbeitsuche

Von Paul Spree

Arbeitsämter bieten einen neuen Job an: den Posten des „Stellenakquisiteurs". Hierbei soll es sich um eine Amtsperson handeln, die bei Betrieben freie Arbeitsplätze ausfindig macht und sie in das staatliche Verwaltungs- und Vermittlungsverfahren einspeist. Bevor die Mammutbehörde der Arbeitsverwaltung diesem Wunsch nach Personalaufblähung jedoch bundesweit nachkommt, sollte sie noch einmal heftig nachdenken. Sie beschäftigt nämlich bereits weit mehr als 60 000 Mitarbeiter.

Der „Stellenakquisiteur" soll, so heißt es in Stuttgart, Kontakte zu den Betrieben aufnehmen, eine Vertrauensbasis zur Wirtschaft schaffen und pflegen und dadurch neue Arbeitsplätze auftun. Mit dieser Beschreibung ist genau die klassische Funktion des Arbeitsamtes beschrieben. Es stellt sich mithin die Frage, warum diese Funktion nicht oder unzureichend wahrgenommen wird und weshalb neue Planstellen nötig sein sollen.

Ein blühender Betrieb hat nicht das geringste Interesse, seine *offenen* Stellen unbesetzt zu lassen, sondern sucht im Gegenteil händeringend nach Personal. Warum meldet er trotz dieser Lage die Vakanz jedoch nicht ans Arbeitsamt? Antworten wir vornehm: Er wird seine Gründe dafür haben. Die Klagen über die mangelnde Effektivität der staatlichen Arbeitsvermittlung sind landesbekannt. Was den Betrieben manchmal als Bewerber ins Haus geschickt wird und wie zügig das geschieht – „na ja, ich will das nicht näher beschreiben," kommentierte ein mittelständischer Unternehmer aus dem Südwesten vielsagend.

Ein erfolgreich, zügig und marktnah vermittelndes Arbeitsamt, dem die Firmen vertrauen, bräuchte sich um die Meldung der offenen Stellen nicht zu sorgen – die Betriebe täten dies automatisch und gern. Wenn sie sich jedoch lieber auf sich selbst, *auf Zeitungsanzeigen und andere Werbemaßnahmen* verlassen, wird ein neuer Stellensuchinspektor wenig nutzen. Auch vom Grundsatz her ist dieser Weg ungeeignet, denn es geht nicht darum, die Arbeitsverwaltung weiter aufzublähen, sondern um eine schrittweise Auflockerung des staatlichen Vermittlungsmonopols.

An Popieluszkos Grab

Von Carl Gustaf Ströhm

Kardinal Joseph Höffner, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, hat am Vorabend einer Polen-Reise deutscher katholischer Bischöfe von der „immer tieferen Versöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk" und von einer „Erneuerung Europas aus dem Geist des Evangeliums" gesprochen. In diesem Geiste besuchten die deutschen Bischöfe auch das Grab des ermordeten Priesters Popieluszko. Sie setzten damit ein Zeichen, zu dem sich deutsche Politiker bisher nicht entschließen konnten.

Die Versöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk ist inzwischen eine lebendige Realität. Das ergibt sich allein aus der Tatsache, daß die Bundesrepublik jenes westliche Land ist, welches die meisten Visa für polnische Staatsbürger ausstellt. Der freie Teil Deutschlands ist für viele Polen ein begehrtes Reiseziel: Sei es, daß man sich hier etwas gutes Geld dazuverdient, sei es auch, daß man sich von den Entbehrungen und Nöten erholt, die im eigenen Lande herrschen – oder sei es auch, daß man hier um Asyl nachsucht, wenn man das Leben zu Hause nicht mehr auszuhalten glaubt.

So lebendig und positiv die deutsch-polnischen Verbindungen auf der menschlichen Ebene auch sein mögen, in der Politik sieht es leider anders aus. Das Jaruzelski-Regime, das auf Kredite und Anerkennung aus Bonn geradezu versessen ist, baut dennoch die Bundesrepublik und die angebliche deutsche Gefahr immer noch als innenpolitisches Feindbild auf. Noch immer glauben die polnischen Kommunisten, ihr Volk mit bösen *Erinnerungen an die Deutschen am besten* bei der Stange halten zu können.

Die deutschen katholischen Bischöfe haben in der heiklen Situation, *in der sich Polen heute befindet, den richtigen Ton* gefunden. Ohne jede Schärfe haben sie einen feinen, aber deutlich sichtbaren Unterschied zwischen Regierenden und Regierten gemacht – und keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß die letzteren für sie die wichtigeren sind.

Khadhafi ist wieder da

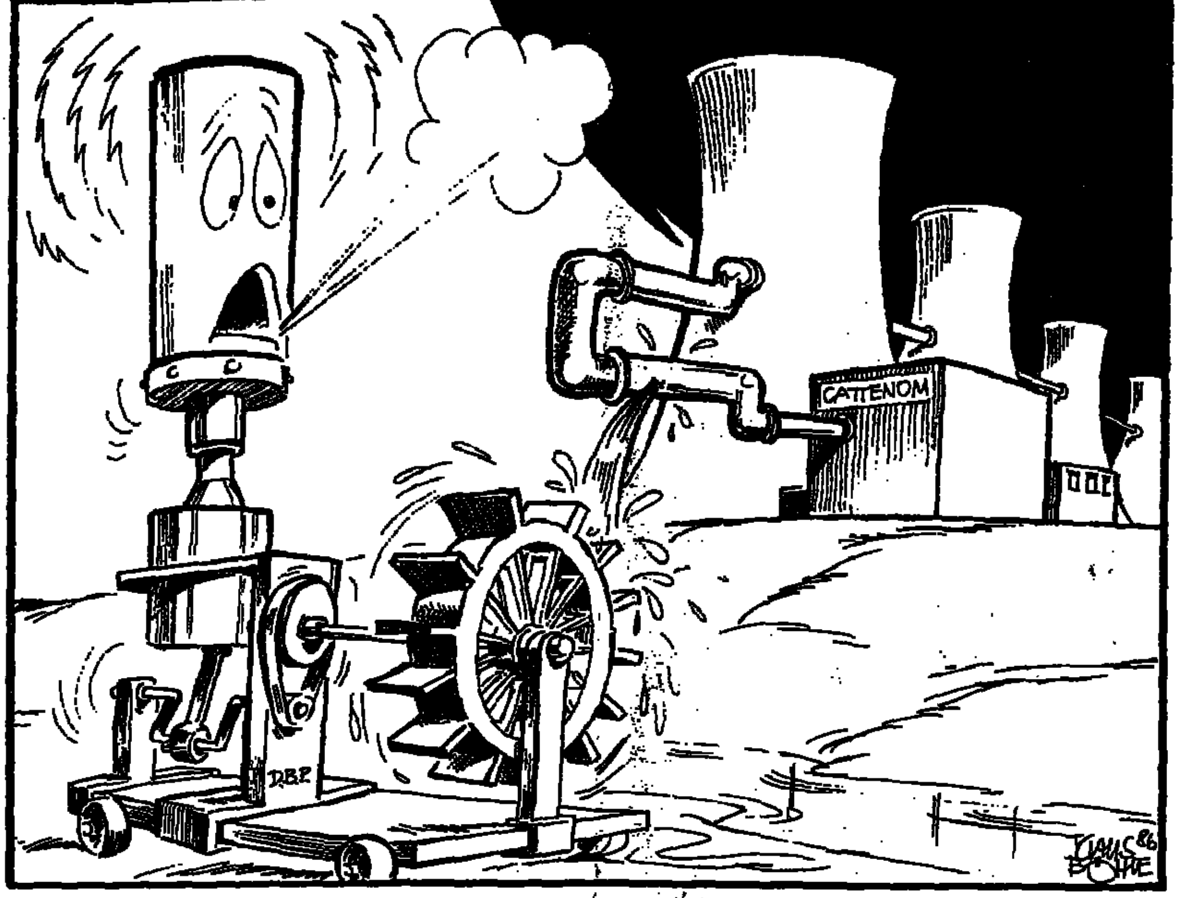
Von Paul Chardon

Zwischen Alexandrien und der libyschen Küste sind amerikanisch-ägyptische See- und Luftmanöver im Gange, an denen immerhin zwei amerikanische Flugzeugträger teilnehmen. Ein dritter ist auf der Fahrt ins Mittelmeer. Die Ägypter beenden das Manöver am Donnerstag, die Amerikaner bleiben vor der libyschen Küste. Allein die Teilnahme ägyptischer Kriegsschiffe und F-16-Maschinen am Manöver „Seewind" hat Syrien schon zu wütenden Drohungen veranlaßt; dem Bundesgenossen Khadhafi wurde Schutz und Hilfe zugesichert.

Aber ob aus dem „Seewind" ein Sturm wird, hängt von Khadhafi ab. Nach dem amerikanischen Luftschlag vom 15. April hielt er sich bedeckt, seine Kampfflugzeuge durften die „Todeslinie" in der großen Syrte nicht mehr überfliegen, die 6. *US-Flotte wurde nicht mehr provoziert. Dafür sucht Khadhafi* jetzt den Terrorkrieg gegen amerikanische Einrichtungen neu zu entfachen, wie amerikanische und westeuropäische Geheimdienste *feststellten. Er setzt dafür nicht nur seine* „Volksvertretungen" oder Botschaften ein, sondern auch Kulturzentren, Handelsgesellschaften in Afrika und die nationale Fluggesellschaft.

Washington hat Khadhafi klar und unmißverständlich gewarnt; durch die Flottenpräsenz vor der libyschen Küste wird das noch unterstrichen. Wirtschaftliche, *militärische* und geheime Operationen sind vorbereitet, wie es offiziell in Washington heißt. Ägypten hat seine Flugplätze unter verschärften Schutz gestellt, Frankreich *beobachtet genau* die libyschen Truppenbewegungen in Tschad. Da Berichte vorliegen, daß der Widerstand im libyschen Militär gegen Khadhafi wächst, bereitet Washington ein Bündel von Gegenaktionen vor, die bei neuen Terrorakten Khadhafi und sein Regime mehr gefährden würden als Bomben und Boykott.

Aber Khadhafi bleibt unberechenbar. Seine Vorstellungen *von der Wirklichkeit sind* der Selbstüberschätzung und Wahnvorstellung unterworfen, daß er wie Khomeini als selbsternannter Prophet einen „heiligen Krieg" gegen Amerika führen *müsse. Diesen Krieg kann er nur* verlieren. Die Amerikaner haben an ihre Entschlossenheit im April nachdrücklich genug kundgetan.



Wasser auf die Mühlen KLAUS BÖHLE

Immergrün und lahme Enten

Von Günter Zehm

In den USA hat sich eine interessante Diskussion darüber entwickelt, ob es wirklich der politi*schen Weisheit letzter* Schluß war, als man nach dem Krieg unter dem Eindruck der langen Roosevelt-Regentschaft festlegte, daß sich ein gewählter Präsident nur noch ein einziges Mal zur Wiederwahl stellen dürfe. „Acht Jahre für einen *guten Präsidenten,* der ohne weiteres ein drittes Mandat erhalten würde, sind *einfach* zu wenig", meinte beispielsweise der scharfsinnige und einflußreiche Kommentator George Will, mit deutlichem Blick auf Ronald Reagan.

Die ersten zwei, drei Jahre einer Präsidentschaft, so Will, seien reine „Aufbaujahre", in denen zunächst einmal der Boden für die in Aussicht genommene Politik des neuen Mannes bereitet werden müsse. Dann nahe schon wieder der alle Energien *bindende Wahlkampf* für die nächste Amtsperiode, und sofort nach der erfolgreichen Wiederwahl werde der Mann im Weißen Haus bereits als „lahme Ente" gehandelt, orientierten sich die politischen Kräfte auf die Zeit „danach". So komme ein amerikanischer Präsident im Grunde nie dazu, die von ihm und seinen Wählern gewünschte Politik in Ruhe und Solidität zu verwirklichen.

Die schärfsten Widersacher Wills machen dagegen geltend, daß es ja gar nicht der Sinn „demokratischer" Politik sein könne, die Handschrift eines einzelnen deutlich abzubilden. Der Präsident sei Diener des Volkssouveräns, dessen Wille *sich in den programmati*schen Festlegungen der Parteiprogramme niederschlage. Die Nummer eins sei da nichts weiter als eine Art Ausführungsorgan. Je unpersönlicher sie ihre Funktionen wahrnehme, desto besser für die Demokratie.

Das ist freilich ein höchst dogmatischer, lebensfremder Standpunkt, der kaum vom Mann auf der Straße geteilt wird. Im Zeitalter der Medien erwartet man von den Regierenden auch in der Demokratie Individualität und persönliche Kontur. Jeder Wahlkampfmanager weiß, daß in erster Linie nicht Parteiprogramme, sondern lebendige, lebenskräftige Männer und Frauen gewählt werden. Gerade die letzte Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten lieferte dafür einen eindrucksvollen Beweis. Es war eine ausgesprochene Reagan-Wahl.

Dennoch bleibt eine allzu lange Verweildauer im politischen Amt unter den Bedingungen der Demokratie problematisch. Am bedenklichsten ist wohl nicht einmal der *dauernde Autoritäts- und Machtzu*wachs von Nummer eins selbst, sondern die Erstarrung und Korruption der Apparate, die sich immer mehr exklusiv auf Nummer eins auszurichten beginnen. Sie schotten sich gegen die pluralistischen *Einflüsse von außen* ab und werden so allmählich zu Fremdkörpern im gesellschaftlichen Umfeld. Persönliche Cliquen und Seilschaften nehmen überhand, die „Herren der Korridore" erhalten mehr Kompetenz, als ihnen gerechtermaßen zusteht.

Keiner der amerikanischen Diskutierer plädiert denn auch für eine prinzipiell unbegrenzte Wiederwahl der immer gleichen Nummer *eins nach europäischem Vorbild.* Drei Amtsperioden seien das Höchste, lautet der Tenor. Viele verweisen auf Adenauer, bei dem es nach der dritten Wiederwahl in den eigenen Reihen entscheidend zu kriseln begonnen habe. Einige nennen auch Hans-Dietrich Genscher, der seit nunmehr über zwölf Jahren die Nummer eins des Auswärtigen Amtes in Bonn ist und für dessen Apparat die Arbeit mittlerweile „*zur* leeren Genscher-Routine erstarrt" sei.

Allerdings ist Genscher nie zum Daueraußenminister gewählt worden, insofern paßt sein Beispiel nicht ganz hierher. Die Gunst der parlamentarischen Umstände hat


Wenn die Nummer eins zu lange auf dem Posten bleibt: Genscher FOTO: POLY PRESS

ihn in eine Position gebracht, von wo aus er seine Koalitionspartner beliebig unter Druck setzen kann, wenn es um Postenverteilung oder Postenverewigung geht. Aber ändert sich dadurch grundsätzlich etwas an der Problematik allzu langen Ämterbesitzes unter den Bedingungen der Demokratie? Die Aporie verschärft sich eher noch. Beinahe perfekt abgeschirmt gegen den lüftenden Durchzug wechselnder *Wahlentscheidungen,* konnte sich der diplomatische Apparat der Bundesrepublik Deutschland unter der ewig gleichen Ägide in einer Weise verselbständigen und vereinseitigen, die zweifellos bedenklich ist für eine parlamentarische *Demokratie.*

Man kann nur bedauern, daß diese strukturelle Kalamität immer wieder verdeckt wird durch den vordergründigen außenpolitischen *Dauerstreit* Strauß–Genscher, durch den der Wähler den Eindruck erhält, es handle sich um rein persönliche Rankünen, schlimmstenfalls um aktuelle politische Sachfragen, die so oder so entschieden werden können. Dabei *ist die Bonner Außenpolitik längst* weitgehend zur bloßen Funktion der Innenpolitik degradiert, erschöpft sich in Wortbekundungen und erlaubt wenig spektakuläre Wegweisung. Es ist unter den gegebenen Bedingungen gar nicht so übermäßig wichtig, *wer in Bonn* jeweils diese oder jene außenpolitische „Entscheidung" fällt.

Ungemein wichtig ist jedoch, daß die deutsche Diplomatie sich *nicht einseitig auf eine einzige* Person und auf eine einzige Partei hin orientiert, daß dort nicht Cliquenwirtschaft, Personenkult und Byzantinismus einziehen. Hier liegt schon manches im argen. Junge Diplomaten sind aus der CDU aus- *und in die FDP eingetreten,* um ihre Karriere nicht zu gefährden. Charaktervolle, verdiente und tüchtige Diplomaten wurden ganz überflüssigerweise von Bonn „abgemahnt", weil sie sich nicht dem im AA herrschenden stromlinienförmigen, progressiven „Newspeak" anpaßten.

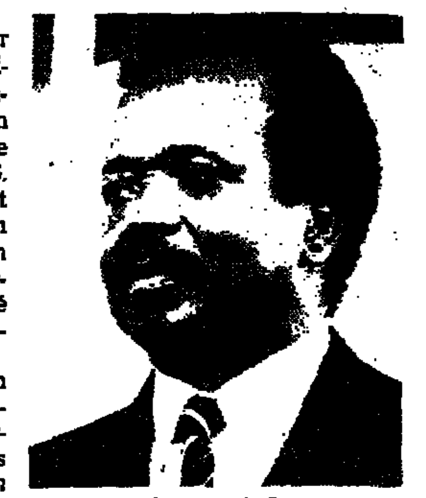
Nun, es ist wahrscheinlich noch Zeit, die Dinge ohne starken Reibungsverlust wieder ins Lot zu bringen. Was dazu notwendig wäre, das lehrt uns unter anderem auch *die Washingtoner Disskussion* über Verweildauer in demokratischen Ämtern.

IM GESPRÄCH Paul Biya

Der Erblasser putschte

Von Achim Remde

Paul Biya ist ein umgänglicher Mann, der es nicht leicht hat. Keine zwei Jahre, nachdem sein Vorgänger Ahmadou Ahidjo ihm friedlich die Macht übergeben hatte, mußte Biya regelrecht untertauchen. Am 6. und 7. April 1984 war der Präsident von Kamerun verschwunden – man nimmt an, daß er die beiden Tage im Bunker seines Präsidentenpalais verbrachte. In der Hauptstadt Yaoundé tobte ein Bürgerkrieg, der über tausend Menschen das *Leben kostete.*


Auf dem Weg nach Bonn: Kameruns Biya FOTO: AP

Für Biya war dieser Staatsstreich ein Trauma, das seine Unbefangenheit lähmt. Voraus ging ein nie erklärter Sinneswandel seines Vorgängers *Ahidjo, der offensichtlich doch noch* politischen Einfluß nehmen wollte und hinter einem Putschversuch gegen den Nachfolger Biya steckte, den er selbst ernannt hatte. Voraus ging aber auch, daß Biya daraufhin Ahidjo zum Tode verurteilen ließ. Nicht lange, und die Palastgarde meuterte. Biyas Leben hing an jenen beiden Tagen des *April 1984* an *einem seidenen* Faden. Aber die Loyalität der Armee rettete ihn.

Seitdem redet Biya zwar immer noch von Demokratie und Liberalität, die er stärker betonen möchte als sein Vorgänger. Doch bei der klein*sten Regung politischer Meinungs*verschiedenheit – um die Zulassung einer Oppositionspartei oder bei Protesten im diskriminierten anglophonen Teil Kameruns – kommt es zu Überreaktionen des Repressionsapparates mit Verhaftungen und Bestrafungen, „als ob man eine Ameise mit dem Vorschlaghammer vernichtet" – *so beurteilt es ein Beobachter in* Yaoundé. Dabei ist Kamerun wirtschaftlich eines der stabilsten Länder Afrikas; ein Erbe der Ära Ahidjo, der die Landwirtschaft förderte und den Fehler anderer Länder vermied, die beträchtlichen Erdöleinnahmen zur Grundlage seiner Etatpolitik zu machen. (Heute lebt Ahidjo im französischen Exil.) Biya *setzte diese kluge* Politik fort. Doch der Fall der Ölpreise wird auch in Kamerun nicht ohne Folgen bleiben. Das wiederum belastet Biya, dem sogar von manchen Mitbürgern die Giftgasausbrüche aus den Vulkanen angelastet werden – er sei ein Unglücksbringer, flüstern sie.

Er ist stolz darauf, ein Technokrat zu sein. „Biya oder die Verkörperung der Disziplin" – wie ihn die offizielle *Biographie von 1983 präsentiert* – verließ 1940 im Alter von sieben Jahren sein heimatliches *Dorf* im Süden Kameruns und trat den Weg an, der ihn nach oben führte: katholische Missionsstation, Priesterseminar in Edea und Akono, Studium der Rechts- und politischen Wissenschaften in Paris.

Zurück in Kamerun, begann er 1962 die Technokratenkarriere, die 1975 mit dem Amt des Premiers unter Ahidjo ihren ersten Höhepunkt erreichte. Seit *1979 war er verfassungs*mäßig als Nachfolger vorgesehen. 1982 wurde er es. Außenpolitisch tritt er vor allem dadurch hervor, daß Kamerun wahrscheinlich als viertes afrikanisches Land die diplomatischen Beziehungen mit Israel wiederaufnehmen wird. Jetzt, kurz vor Biyas Reise nach Bonn, weilt Jitzchak *Peres bei ihm – seit zwanzig* Jahren der erste Besuch eines israelischen Regierungschefs in Schwarzafrika.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Wiesbadener Tagblatt

Es kommentiert zu Cattenom:

Der Wassereinbruch in dem riesigen französischen Kernkraftwerk Cattenom bestätigt die Sorgen und Ängste der Bevölkerung an der Obermosel. Auch wenn immer wieder dar*auf hingewiesen wird, es sei noch* kein Reaktor in Betrieb und die Anlage befinde sich in der Kontrollphase, so räumt dies angesichts spärlicher Informationen der verantwortlichen französischen Stellen über die Ursachen die Befürchtungen keineswegs aus. Äußerungen der Betriebsleitung, daß es bis zur Inbetriebnahme aller *vier Blöcke weitere Zwischenfälle* geben werde, erhöhen im Gegenteil noch die Unsicherheit nicht nur im Grenzgebiet.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Die Karlsruher Zeitung meldet vom SPD-Parteitag:

Unter vier Augen bekennen Sozialdemokraten aller Flügel, allein so etwas wie ein „welterschütterndes" Ereignis, das die Leistungsbilanz der Koalition über den Haufen werfen würde, vermöge der SPD noch reelle Siegeschancen zu eröffnen. Und es sind Rau ergebene Genossen, die hinzufügen, radikalen Linken sei eine *SPD-Alleinherrschaft sogar ein Greu*el, weil sie ihre Ziele nur im Verein mit den Grünen in die Tat umsetzen könnten.

NRZ NEUE RUHR ZEITUNG

Das Essener Blatt bemerkt zur Volkszählung:

Ob im Mai nächsten Jahres tatsächlich gezählt wird, ist zur Zeit so sicher noch gar nicht. Städte und Gemeinden, die vor Ort die meiste Zählarbeit haben, halten sich bedeckt, sehen das Projekt gar gefährdet. Ihr Hauptargument: Wer bezahlt uns die Zeche? 4,50 Mark pro gezählten Einwohner soll den Städten aus Bonn erstattet werden – zwischen zehn und zwanzig Mark brauchen die Kommunen nach Berechnungen ihrer Spitzenverbände, um am Ende nicht Millionen zuzahlen zu müssen ... Eine Entscheidung aus Bonn ist überfällig, sonst könnte die Volkszählung wieder kippen – diesesmal aus finanziellen Gründen.

Daily Telegraph

Die Londoner Zeitung schreibt zu Libyen:

Das amerikanisch-ägyptische Marinemanöver „Sea Wind", das schon bald auch in der Nähe der libyschen Küste *abgehalten werden wird, soll* Oberst Khadhafi daran erinnern, daß er nicht *damit* rechnen kann, ungestraft zur Unterstützung des Terrorismus zurückzukehren. Da es beunruhigende Anzeichen dafür gibt, daß der libysche Führer wieder in aggressiver Stimmung ist, kommt eine derartige Mahnung zur rechten Zeit.

LA LIBRE BELGIQUE

Die Brüsseler Zeitung meint zum Tschernobyl-Bericht:

Erstens sind die Kernkraftwerke des Typs Tschernobyl so angelegt, daß sie bedeutende Gefahren darstellen. Zweitens sind die Vorsorge und die Schutzmaßnahmen für den Störfall völlig unzureichend. Es scheint, daß die sowjetische Führung mit ihren kindischen Erklärungen über die ausschließlich *menschlichen* Ursachen der Katastrophe diese doppelte Tatsache verschleiern wollte.

Die Kurden sollen eine zweite Front gegen Irak bilden

Der Golfkrieg bekommt eine neue Dimension / Von Peter M. Ranke

Wenn jetzt die Außenminister Syriens, Irans und Libyens in Damaskus tagen, kann man davon ausgehen, daß der sechsjährige *Golfkrieg gegen Irak den Hauptge*sprächspunkt bildet. Die angekündigte „Großoffensive" gegen Irak soll durch eine zweite Front unterstützt werden. Damit kommen die Kurden *ins Spiel.* Seit dem neuen Aufstand im Frühjahr binden kurdische Stämme unter Masud Barzani (40) in Nordirak über 150 000 Mann der irakischen Armee.

Die Kurden *sind* von Iran aus gegen die wichtige Nachschubstraße und die Pipeline vorgestoßen, *die Irak mit der Türkei verbindet.* Bisher gelang es aber nicht, diese Straße dauerhaft zu unterbrechen. Über die Pipeline werden täglich 1,1 Millionen Barrel irakisches *Rohöl zum Export an die türkische* Mittelmeerküste gepumpt. Wird dieser Flaschenhals verkorkt, gerät Bagdad in größte Schwierigkeiten.

Iran unterstützt die Kurden Barzanis, die Libyer liefern Waffen und Ausrüstung. Syrien dagegen hilft vor allem den Partisanen der „Kommunistischen Partei Kurdistan" (PKK), die auf türkischem *Gebiet in Ostanatolien operieren* und unabhängig von Barzanis Kurden die enge Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Irak stören sollen. Sie werden von den Türken als „*Separatisten*" *bezeichnet* und der linksradikalen Terrorszene zugerechnet.

Die Kurden haben keine Freunde, heißt es. Sie sind seit Jahrtausenden ein betrogenes *Volk,* das trotz großer Opfer und wegen seiner Uneinigkeit nie einen eigenen *Staat* besessen *hat.* Aber jetzt kämpfen sie wieder. Masud Barzani hat zehntausend „Pesch Merga" („die dem Tod ins Auge sehen"), eine gut bewaffnete Guerrillatruppe, *gegen Irak mobilisiert.*

Iraker und Türken tun das, was sie immer gegen die aufsässigen Kurden getan haben: Sie bombardieren die schönen Bergdörfer, sie *schießen das Vieh von den Weiden.* Erst am 15. August gab es bei türkischen Luftangriffen über irakischem Gebiet rund zweihundert Tote in den kurdischen Dörfern. Die Türkei kennt offiziell keine Kurden, sondern nur „Bergtürken". Allein in der östlichen Türkei leben acht Millionen Kurden, in Irak rund drei Millionen. Dazu *kommen* Iran mit fünf Millionen und Syrien mit 250 000 Kurden.

Daß dieses stolze Bergvolk von sechzehn Millionen Menschen auf vier Staaten und deren Grenzgebiete in der *Gesamtgröße* der Bundesrepublik aufgeteilt ist, wurde sein Schicksal: Kampf und immer wieder Kampf gegen grausame Unterdrückung.

Masud Barzani führt zusammen mit seinem Bruder Idris die „Kurdistan Democratic Party" (KDP). Sie sind die Söhne des legendären „Berglöwen" Mustafa Barzani, der sein Leben lang für ein freies Kurdistan kämpfte. Nach dem letzten großen Aufstand 1974 wurde er vom damaligen Schah der Einigung mit Irak geopfert. Er starb mit *72 Jahren im März 1979* enttäuscht in seinen Bergen.

Aber die Kurden sind nicht wirklich zu besiegen. Als Bergvolk im wilden Kurdistan mit viertausend Meter hohen Gebirgen sind sie genügsam. Sie kennen ihr Land, können den arabischen Truppen Fallen und Hinterhalte stellen. „Die Kurden wären unbezwinglich, wenn sie vereint wären", schrieb der spätere Generalfeldmarschall von Moltke (1800–1891) als Militärberater der Türken. Dabei sind die Kurden durch ihre indogermanische Sprache, durch ihre Kultur, ihre Geschichte und ihre moslemische Religion als Volk vereint, aber in *zahllose Stämme* und *Großfamilien* zersplittert.

So kämpfen jetzt in Nordirak nicht nur Stamm und Partei der Barzani, sondern weiter östlich der politische Gegenspieler Jalal Talebani von der „Patriotic Union of Kurdistan" (PUK) mit fünftausend Mann. Auch er wird von dem Ayatollah-Regime in Teheran unterstützt.

Noch 1979, nach der islamischen Revolution in Iran, wurden die Kurden von Revolutionswächtern und der Armee regelrecht abgeschlachtet. In Paveh kam es zu den letzten Kämpfen mit kurdischen Aufständischen, die als Besiegte an die Wand gestellt und von den Maschinenpistolen niedergemacht wurden. Aber jetzt brauchen die Ayatollahs die Kurden wieder als Verbündete gegen die Iraker.

Heute verlangen die Kurden aller Parteien einen eigenen Staat. Oder – wenn das, wie bei den Palästinensern, nicht möglich ist – Autonomie, also weitgehende Selbstverwaltung mit eigenen Schulen, Anteil an den Erdöleinnahmen und eine eigene Miliz. Irak gestand [illegible] eine begrenzte Autonomie zu. [illegible] Hunderttausende von Kurden [illegible] den dafür in arabische [illegible] zwangsweise umgesiedelt. [illegible] Kurden sind heute die Speerspitze des neuen Aufstandes.

Der Mann aus Wuppertal erstaunt die Genossen

SPD-Parteitag in Nürnberg: Es sollte der Tag des Kanzlerkandidaten der SPD, Johannes Rau, werden – und er wurde es auch. Doch das öffentliche Interesse mußte er sich mit Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt teilen.

Von PETER PHILIPPS

Die große Digitaluhr in der Nürnberger Frankenhalle zeigte 11.40 Uhr: „Das Wort hat der Genosse Helmut Schmidt."

Fast unbemerkt von den 434 Delegierten des SPD-Bundeskongresses war der ehemalige Kanzler eine halbe Stunde nach Beginn des zweiten Verhandlungstages am Morgen zu seinem Platz in der ersten Reihe des Parketts gegangen – von dort, wo er zu Füßen des Parteivorsitzenden Willy Brandt neben die anderen Ehrengäste plaziert worden war, hörte er der Kandidatenrede von Johannes Rau zu.

Mit starrem, maskenhaften Gesicht hatte er sich seinen Weg durch die Delegierten-Reihen gebahnt, ab und zu von kurzem, vereinzeltem Beifall begleitet. Das berühmte Haifischlächeln war erst zu sehen, als ihn Bundesgeschäftsführer Peter Glotz dort unten offiziell in Empfang nahm. Ansonsten nahm der Parteitag erst einmal keine Notiz von dem Mann, der einst als sozialdemokratisches Aushängeschild um Wähler geworben und auf Parteitagen stehende Ovationen empfangen hatte. Erst auf dem Weg zum Podium, als er unmittelbar nach Rau das Wort ergriff, kam freundlicher Beifall.

Die Partei hat offenbar immer noch nicht ihren Frieden gemacht mit dem kantigen Hamburger – und umgekehrt. Zuviel hat sich am Ende seiner Kanzlerzeit als Hypothek angesammelt, durch die Nachrüstungs-Wende auf dem Kölner Parteitag eher verstärkt als reduziert. Und durch den „Heckenschützen" Klaus Bölling, der immer noch als enger Vertrauter seines einstigen Herrn gilt, wurde innerparteilich auch Schmidts Konto mitbelastet.

Wahrheiten in das Stammbuch der Partei

Die Stimme des brillanten Rhetorikers ist heute so scharf, durchdringend und eindrucksvoll wie eh und je. Er rankte seine guten Wünsche für den Kandidaten an dessen eigener Aufforderung entlang, daß Aussicht auf einen Wahlerfolg nur bestehe, „wenn wir uns zusammen bewegen, wenn sich meine Partei mit mir bewegt".

Dies hatte bei Schmidt ganz persönliche Erinnerungen zum Klingen gebracht, alte Wunden berührt. Und so schrieb er seinen Genossen Wahrheiten ins Stammbuch, bei denen sich die Grenzen verwischten: Sah er sich selbst noch einmal in der Rolle der Galionsfigur, oder bat er für den neuen Mann?

Der Regierungswechsel in Bonn, wenn er denn gelinge, sei nur „ein Zwischenziel, hinter dem die eigentliche Aufgabe liegt". Und dies „heißt Solidarität mit Johannes Rau nicht nur in den kommenden fünf Monaten, sondern fünf Monate plus vier volle Jahre". Rau brauche, so dozierte er mit scharfer Sprache, „mehr noch als den Auftrag und das Vertrauen des Parteitags die uneigennützige Hilfe" der Genossen. Dies verlange „auch Verzicht auf Eigenbröteleien" und auf Sucht nach „eigener Karriere". Er jedenfalls wünsche dem Kandidaten „Zähigkeit, Selbstdisziplin der ganzen Partei". Diese müsse ihn nicht nur zum „Kandidaten der Partei" machen, sondern in all ihren Gliederungen zum „Vormann".

An dieser Stelle verlangt wohl doch zumindest eine noch immer eiternde Wunde nach einem Verband: Diese Forderung gelte insbesondere auch für das „Ollenhauer-Haus", die Parteizentrale in Bonn. Nicht einmal ein Blickkontakt mit Willy Brandt folgte, nur ein langer Händedruck für Parteivolk und Presse mit Rau. Der Parteivorsitzende wußte ohnehin, wen sein alter Widersacher gemeint hatte.

Doch der Patriarch der Partei sattelte nicht drauf. Unmittelbar nach Schmidt begründete er offiziell den Parteitagsantrag Nummer eins, Rau zum Kanzlerkandidaten zu wählen. Erst habe der gesprochen, „der es werden soll, dann der, der es war – und wie er es war". Nun spreche einer, der sich „kaum noch erinnern kann" an die Zeit, als er ein Staatsamt ausgeübt habe.

Der Patriarch steckte die Seitenhiebe weg

Eine Art Altersmilde war es wohl, die ihn den Schmidtschen Seitenhieb wegstecken ließ. Bereits zum zweiten Mal ist der SPD-Vorsitzende auf einem Bundesparteitag zugleich auch der älteste stimmberechtigte Delegierte im Saal.

Auf Raus ausdrücklichen Wunsch hin, so Brandt, solle der Parteitag in geheimer Wahl abstimmen. Zwei Stunden lang hatte sich der Kanzlerkandidat zuvor am Morgen „zwischen Transpiration und Inspiration" (Raus eigene Worte) in einer die Delegierten mitreißenden Rede darum bemüht, die Partei zur großen politischen Auseinandersetzung um die Macht am Rhein zu mobilisieren, das so oft beschworene und genauso oft wieder verlorengehende Wir-Gefühl zu aktivieren. Nun wollte er sie zwingen, Farbe zu bekennen: „Hic Rhodos, hic Salta" hieß es jetzt.



Alles Licht dem Kandidaten: Für Johannes Rau treten Parteichef Willy Brandt und Fraktionschef Hans-Jochen Vogel in den Hintergrund FOTO: JUPP DARCHINGER

Das Ergebnis war dann wirklich fast 100prozentig: Bei 429 abgegebenen Stimmen erhielt der Kandidat nur ein Nein bei drei Enthaltungen. Eindrucksvoller war der von der Partei erhoffte Schulterschluß von Nürnberg kaum zu demonstrieren. Rau hatte Tränen der Rührung in den Augen, reckte immer wieder die Arme nach oben, zeigte mit dem linken Daumen nach oben und signalisierte in alter Churchill-Manier mit der Rechten das „Victory".

Und doch blieb der Beifall hinter dem Stimm-Ergebnis zurück: Viele Delegierte hatten bei Bekanntgabe des Ergebnisses schon den Saal in Richtung Eintopf verlassen. Auch für den Sozialismus läßt sich mit leerem Bauch nicht gut kämpfen.



Der Ex-Kanzler und der Spitzenkandidat: Helmut Schmidt wirbt für Johannes Rau, ohne mit der Partei seinen Frieden zu machen FOTO: DPA

Dafür hatten sie alle am Morgen wie festgeklebt auf ihren Plätzen ausgeharrt, jede Möglichkeit in Raus Rede zu lautem Beifall genutzt. Nach dem eher müden Parteitagsbeginn am Montag, nach dem Durchhängen der vergangenen Monate waren die Erwartungen hoch, glich der Parteitag vor und während Raus Rede einem ausgedrückten Schwamm, der begierig aufsaugen wollte.

Der „Menschenfischer", wie er einmal genannt worden ist, erfüllte die Wünsche, fing die Genossen ein in der Manier des biblischen „O, Ihr Kleingläubigen". Vergessen waren am Ende die Mengenlehren der letzten Wochen, vergessen auch die tiefen Selbstzweifel nach dem knapp verpaßten Sieg in Niedersachsen. Die Hoffnung hatte die Sozialdemokraten wieder.

Vor allem aber war der „Predigersohn aus Wuppertal", wie er selbst einen seiner Beinamen zur Freude des Plenums zitierte, konkret geworden. Er hatte Ziele und Pläne genannt, mit denen er wie mit einem großen Netz die gesamte Partei umfangen und einfangen konnte.

Rhetorisch brillant spießte er die Politik der Bonner Regierungskoalition auf, vierteilte sie – und verstieß doch nicht gegen sein persönliches Motto „Versöhnen statt Spalten". Seinen Genossen gab er eine Brandt-Schmidt-Mischung als Leitfaden für die kommenden Monate mit auf den Weg: „Visionsfähig sein und doch mit beiden Beinen auf der Erde stehen."

Den Genossen zur Freude, dem Gegner zum Gram

Nur manchmal, zwischendurch, erlaubt es sich Rau, die Staatsmann-Manier während seiner Rede kurz beiseitezuschieben. Dann blitzte zum schenkelschlagenden Amüsement seiner Zuhörer der „Bruder Johannes" auf, der humorige und über ein schier unerschöpfliches Witze-Repertoire verfügende Stammtisch-Kumpel. So, als er schlagfertig den Wasser-Nachschub am Rednerpult mit dem Hinweis begleitete: „Flaschen immer nach rechts."

Wenn der Beifall wieder einmal besonders stark aufbrandete, eine Formulierung die Delegierten mitriß, dann straffte sich der Kandidat in seinem dunkelblauen Anzug – der im Gegensatz zum Ahlener Treffen während der schweißtreibenden Rede-Arbeit von vornherein ohne Weste blieb –, drückte er den Rücken durch, warf den Kopf leicht schräg in den Nakken, so daß sich das Kinn noch herausfordernder nach vorne reckte: Seht her, hier steht alles andere als ein harmoniesüchtiger Schönredner.

Den Genossen zur Freude, dem Gegner zur Gram war sein gestriger Auftritt. Nicht die häufig so belächelte rheinische Frohnatur hatte sich zu Wort gemeldet, sondern ein in den vergangenen Monaten wieder einmal von vielen – auch Genossen – unterschätzter Herausforderer.

Die eher formelhaften Kommentare der Parteisprecher von CDU und FDP, die beide nach Nürnberg gekommen waren, drückten unübersehbar ein gewisses sprachloses Staunen aus. Bei den Genossen war es mehr das fröhliche Staunen über diesen Mann aus Wuppertal.

Überall in den Wandelgängen hängt das Konterfei Raus neben Bildern von Brandt und Vogel, steht seine Biographie zum Verkauf. Was die Genossen inzwischen vom erstmals nicht anwesenden Klaus Bölling halten, machen sie auf subtile Weise deutlich: Sein Buch über die Zeit als „Ständiger Vertreter in Ost-Berlin" wird für 5,95 Mark statt, wie bisher, für 22,80 Mark verramscht.

Lockerheit, Fröhlichkeit – solche Stimmungen prägen spätestens seit Raus rhetorischem Fanfarenklang die Szenerie in Nürnberg. Vor den Toren der Halle verteilt nur eine Handvoll Tierschützer seine Zettel. Keine Spur mehr vom Nürnberger Parteitag 1968, als die Parteispitze nicht nur rhetorische Prügel bezog.

Statt dessen entfalten die „Lebendigen Ortsvereine" in einer Nebenhalle ihre Aktivitäten, wetteifern um den Wilhelm-Dröscher-Preis, machen die Devotionalienhändler gute Geschäfte.

Ärger ist nicht gefragt. Nicht einmal darüber kann sich irgendein Delegierter richtig aufregen, daß die Bundespost in Nürnberg die Abstempelung einer Schmuckkarte ablehnte, auf der vorne ein historisches Plakat zum ersten Mai abgebildet ist.

Die etwa 120 Jahre alte Fahne mit dem Spruch „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch" ist der Post in Deuschland auch heute noch zu politisch.

Die frische Melone verdrängt die vertrocknete Zwiebel

Frisches Obst und Gemüse, und das nicht zu sündhaft teuren Preisen vom Kolchos-Markt, davon haben die Moskauer immer geträumt. Der neue Parteichef Boris Jelzin, der angetreten ist, den sozialistischen Schlendrian zu beseitigen, macht es möglich.

Von R.-M. BORNGÄSSER

Zehn Uhr früh am Vormittag. An der Dobriinskaja, einer belebten Moskauer Geschäftsstraße, hält ein riesiger Sattelschlepper. Zwei Männer reißen die Hecktür des Wagens auf, dahinter türmen sich Berge von grünen Wassermelonen. Eine Waage wird aufgebaut. Der Verkauf findet auf offener Ladefläche statt: 50 Kopeken das Kilo Wassermelonen. Eine Menschenmenge drängt sich im Nu nach der sommerreifen Ware. Die Gesten der Verkäufer sind knapp, die Rücken beugen sich. Das Geschäft floriert.

Innerhalb von zwei Stunden ist die Ladefläche geräumt. Die Fahrer sind erleichtert. Denn eine Nacht lang sind sie gefahren, um die Hauptstadt Moskau zu erreichen, um die Ware loszuschlagen.

Woher sie kommen, steht groß auf der Seitenwand ihrer Fahrzeuge: von der Sowchose „Lenin" zum Beispiel, oder von der Kolchose „Hammer und Sichel". Sie kamen von der Wolga und vom Don.

Seit einer Woche sieht man überall in Moskau an den Metro-Eingängen, in der Fußgängerzone im Arbat, in den Hauptgeschäftsstraßen diese Lastwagen, die Gemüse und Obst rankarren. Seit Anfang dieses Monats füllen sich die Auslagen der „Produkti"- und „Gastronom"-Läden in der Sowjetmetropole. Wo früher in der Haupterntezeit nur ein paar vertrocknete Zwiebeln und ein paar grüne Kohlköpfe die Auslagen zierten, kann man jetzt sogar frische Tomaten und reife Melonen finden. Das Angebot ist zweifellos besser geworden.

„Jelzins Kolonnen", sagt spöttisch ein junger Mann in der sich drängenden Menge. „Ja", ereiferte sich eine alte Frau, „wenn alle so forsch vorangingen wie er, dann würde unser Leben nicht nur besser, sondern auch billiger." Das „Jelzin-Syndrom" geht um in Moskau. Und in der Tat, diesem bulligen, silbergrauen neuen Stadtchef von Moskau verdanken die Moskowiterinnen den neuen unerwarteten Ernte-Segen.

Parteichef Gorbatschow gab grünes Licht

Auf dem 27. Parteitag im März dieses Jahres hatte KPdSU-Chef Michail Gorbatschow in seinen Wirtschaftsreformen angekündigt, daß die Landwirtschaft künftig einen wesentlich größeren Teil ihrer Produkte frei vermarkten darf. Hatten bis dato die Genossenschaften (Kolchosen) und Staatsgüter (Sowchosen) nur so viel frei an den Märkten in der Stadt vertreiben oder zu frei vereinbarten Preisen an den Staatshandel verkaufen dürfen, als sie über den Plan hinaus produziert hatten, so fielen nun die fesselnden Beschränkungen für 30 Prozent bestimmter Plan-Produkte.

Begünstigt waren fortan Kartoffeln, Gemüse, Obst, überhaupt leicht verderbliche Erzeugnisse. Denn Berge von leicht verderblichem Obst und Gemüse, bis zu 50 Prozent, verfaulten Jahr für Jahr auf den Halden mangels fehlender Lagerung. Auf den Kolchosen und Sowchosen rüstet man um, machte den Fuhrpark mobil. Allerdings kamen die Lastwagen mit den Bergen von Tomaten, Salat und Kartoffeln im Juni und Juli dieses Jahres nie bis in die großen Städte. Weder in Moskau, noch in Minsk, noch in Leningrad sah man frisches Obst und Gemüse. Das gab es wie immer nur auf den Kolchos-Märkten dieser Städte und zwar zu horrenden Preisen. Die Lastwagen luden ihre kostbare Fracht längst vorher ab.

Moskaus Stadtoberhaupt platzte der Kragen

Boris Jelzin, der seit Frühjahr regierende Moskauer Stadtchef, dieser rigorose Kompagnon Gorbatschows, der angetreten war, Moskaus Glanz als Krone der kommunistischen Kommunalverwaltung wieder aufzupolieren, ihm platzte buchstäblich der Kragen. Er, der hemdsärmelig und gnadenlos den langgedienten Parteichef Grischin ob dessen Vetternwirtschaft und Korruption stürzte, scheint keine Hürden zu scheuen, um gegen den Filz und Schlendrian in der Moskauer Stadtverwaltung vorzugehen, um die Lebensqualität der Moskowiter zu erhöhen.

Nach Augenzeugenberichten – Zeugen, die durchaus glaubhaft sind – ließ er den Versorgungsreferenten Moskaus, einen gewissen Genossen Sawaljow zitieren. Ihn traf dann auch der volle Zorn dieses neuen Saubermannes, der bereits in Swerdlowsk, in der sibirischen Ural-Metropole, zehn Jahre mit harter Hand regierte.

Dem hilflos stammelnden Versorgungsreferenten wurde eine Frist von vierzehn Tagen eingeräumt. Was aber sind schon 14 Tage, wenn man im Sozialismus in Generationen denkt. Nichts also geschah, bis Jelzin kurzen Prozeß machte. Auf einer am 22. Juli einberufenen Sitzung des Stadtsowjets erhob er schwere Vorwürfe gegen die Verantwortlichen, sprach von Tatenlosigkeit, Bürokratismus, Unfähigkeit und konservativem Denken.

Typisch für Jelzin kann die Beschuldigung gelten, man habe auf diesen Mißstand „mit administrativen Mitteln statt mit organisatorischen Veränderungen reagiert." – Überflüssig fast zu sagen, daß der Versorgungsreferent geschaßt war.

Seit Anfang August rollen nun die Sattelschlepper nach Moskau, versorgen die Stadtbevölkerung mit frischem Obst und Gemüse. Dies allerdings zum Ärger der Kolchos-Märkte, die einzigen Relikte freien Unternehmertums in einer bisher öden Planwirtschaft. Sie durften ihre Ware auf den Märkten anbieten, die laut Gesetz höchstens doppelt soviel kosten durften, wie in staatlichen Geschäften. Aber natürlich hielt sich niemand daran. Der Preis regelte sich nach Angebot und Nachfrage, wie im verleumdeten Kapitalismus.

Jelzin will mit Macht die Lebensqualität in Moskau erhöhen: Schon leuchten im Stadtbild bunte Schirme auf, die Getränke-Ausschänke verkünden, schon sieht man ab und an ein paar weiße Metallstühle und runde Tischchen auf dem Trottoir, die vage Vision von Straßencafés ersteht. Allerdings noch ist man meilenweit entfernt von etwaigen Flanier-Boulevards à la Paris.

Die Armee der „DDR" umwirbt jetzt die Eltern

DW. Berlin

Mütter und Väter in der „DDR" sollen künftig ihren ganzen Einfluß geltend machen, daß sich ihre Kinder als Berufssoldaten zur Verfügung stellen und eine Karriere in der Nationalen Volksarmee (NVA) anstreben. In der vom „DDR"-Verteidigungsministerium herausgegebenen Zeitschrift „Militärwesen" heißt es, „daß Nachwuchssicherung ohne die Einbeziehung der Eltern oder gar gegen sie kaum möglich sein wird".

Das Blatt fordert die „Herausbildung eines hohen Wertgefühls für die militärischen Berufe". Da der „Pillenknick" seit der von der Volkskammer (bisher einmalig auch mit Gegenstimmen) sanktionierten legalen Abtreibungsmöglichkeiten für Frauen in der „DDR" jetzt voll zum Zuge kommt und immer weniger junge Männer im wehrdienstfähigen Alter vorhanden sind, bemüht sich die Volksarmee verstärkt um Personal. Der NVA fehlen vor allem Unteroffiziere und Offiziere.

Der beträchtliche Einfluß der Eltern bei der Berufswahl ihrer Kinder wird von der Zeitschrift „Militärwesen" eingeräumt: Es sei nachgewiesen, daß sich die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen „in ihren Lebensanschauungen nach den Eltern orientiert".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Die Asylbewerber bringen Bonn, die Bundesländer und die Nachbarstaaten in Zugzwang

Baden-Württemberg will Libanesen notfalls im Alleingang abschieben

HARALD GÜNTER, Stuttgart

Im Abwehrkampf gegen „Wirtschaftsflüchtlinge" setzt Baden-Württemberg kurzfristig auf eine konsequentere Abschiebepraxis gegenüber abgelehnten Asylbewerbern. Zu diesem Zweck hat das Kabinett Späth jetzt die Einrichtung einer zentralen Abschiebestelle in Stuttgart und die Konzentration der Zuständigkeit für *Folgeanträge abgewiesener Asylanten* beim Ausländeramt der Stadt *Karlsruhe beschlossen. Außerdem* dringt die Landesregierung auf die *Aufhebung* der pauschalen Abschiebestopps in Ostblockländer oder Krisengebiete. Beides sei, wie Innenminister Dietmar Schlee (CDU) im Gespräch mit der WELT betonte, „heute sachlich nicht mehr gerechtfertigt".

Als erstes Bundesland führt Baden-Württemberg seit etwa zwei Jahren eine Statistik über den Verbleib rechtskräftig abgelehnter Asylbewerber. Die Bilanz ist niederschmetternd: Von 1079 Ausländern kehrten 1985 nur 249 binnen vier Wochen nach Zustellung des Ablehnungsbescheids freiwillig in ihre Heimat zurück. 124 wurden zwangsweise abgeschoben, 113 sind auf „Nimmerwiedersehen" untergetaucht, neun in ein anderes Bundesland abgewandert. Von den 952 Asylbewerbern, deren Verfahren zwischen Januar und Juli 1986 negativ abgeschlossen wurde, sind sogar nur 131 freiwillig ausgereist und 87 abgeschoben worden. Alle anderen halten sich nach wie vor legal in Baden-Württemberg auf.

Das hat vor allem zwei Ursachen. Einmal gibt es die Möglichkeit, einen Folgeantrag mit neuer Begründung zu stellen, der das Anerkennungsverfahren wieder von vorn aufrollt. Jeder *vierte abgewiesene Asylbewerber* machte davon in den vergangenen *eineinhalb Jahren Gebrauch.* Zum anderen bleiben Angehörige aus Ostblockstaaten, Libanesen und, seit Ende 1985, türkische Flüchtlinge christlichen Glaubens prinzipiell von „aufenthaltsbeendenden Maßnahmen" verschont. 1985 kamen noch gut 18 Prozent aller abgelehnten Asylbewerber in den Genuß dieser Ausnahmeregelungen, in der ersten Hälfte dieses Jahres waren es bereits 31 Prozent. Die weitaus größte Gruppe stellen nach wie vor die Ostblockflüchtlinge.

Hier setzen die Änderungswünsche der Landesregierung an. Allein von Januar bis Juli 1986 beantragten in Baden-Württemberg 709 Polen Asyl. Doch gerade bei ihnen handelt es sich nach Überzeugung des Stuttgarter Innenministeriums „in der Regel um Wirtschaftsflüchtlinge". Deshalb will Schlee die „unverzügliche Überprüfung" des 20 Jahre alten Ostblockbeschlusses auf die Tagesordnung der nächsten *Innenministerkonferenz* Anfang Oktober setzen. *Sein Vorschlag: Über das Aufenthaltsrecht von abgelehnten Asylbewerbern aus dem kommunistischen* Machtbereich soll künftig „im Einzelfall *entschieden*" werden. Nur wenn der Flüchtling nach seiner Rückkehr mit Repressalien zu rechnen hätte, würde die Ausweisung unterbleiben.

Eine noch strengere Regelung strebt Baden-Württemberg hinsichtlich der Abschiebepraxis in Krisengebiete an. Ausnahmen sollen nach einem von den Ausländerreferenten der unionsregierten Länder ausgearbeiteten „Kriterienkatalog" künftig nur noch gemacht werden, wenn dem Betroffenen in der Heimat „für sein Leben oder seine Freiheit Gefahren drohen, die wesentlich über das Maß dessen hinausgehen, was in dem *Staat* oder von *einer bestimmten* Volks- oder Religionsgruppe allgemein *zu erdulden ist*". Dietmar Schlee hofft in dieser Frage auf eine Einigung aller Bundesländer. Notfalls werde Baden-Württemberg jedoch den seit Ende 1983 geltenden Abschiebestopp nach Libanon auch „im Alleingang aufheben".



Innenminister Schlee setzt aufs Abschieben FOTO: MAUCHER

Den jüngsten Koalitionskompromiß zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes trägt die Landesregierung trotz einiger Bedenken mit. Im Interesse einer raschen Verabschiedung sollte, wie Schlee meinte, auf die Anrufung des Vermittlungsausschusses verzichtet werden. Für den Fall, daß in Bonn jedoch eine „Nachbesserungsrunde" eröffnet wird, kündigte der Stuttgarter Innenminister eine Reihe eigener Abänderungswünsche an. So sollte möglichen Folgeanträgen dadurch begegnet werden, daß der Asylbewerber verpflichtet wird, bereits in seinem ersten Antrag alle möglichen Anerkennungsgründe auf einmal vorzubringen. Als prüfenswert bezeichnete Schlee ferner den Berliner Vorschlag, Ausländer nicht mehr *als Asylbewerber* anzuerkennen, die „durch tätige Hilfe eines anderen Staats" *vor politischer Verfolgung* sicher wären.

Für eine schnellere und konsequentere Abschiebepraxis abgelehnter Asylbewerber soll unterdessen in Baden-Württemberg eine Zentrale Abschiebestelle (ZA) in Stuttgart sorgen. Entscheidungsträger bleiben die zuständigen Ausländerbehörden. Die neue Dienststelle wird zunächst mit vier Personalstellen ausgestattet und arbeitet eng mit der Flughafenpolizei in Stuttgart-Echterdingen zusammen. Vergleichbare Einrichtungen gibt es bereits in Bayern und Nordrhein-Westfalen.

Dänen prüfen innerhalb einer 48-Stunden-Frist

G. MEHNER, Kopenhagen

Die dänische Regierung will die Prüfzeit für Anträge von Asylbewerbern auf nur noch 48 Stunden begrenzen. Innerhalb dieser Zeitspanne soll geklärt werden, ob die Antragsteller bereits in einem anderen Land – etwa in der Bundesrepublik Deutschland – um Asyl nachgesucht haben. Zu diesem Zweck sollen in Grenznähe Auffanglager errichtet werden. Dies bedeutet eine massive Abkehr von der ehemals äußerst liberalen Asylantenpolitik der Kopenhagener Regierung.

Nach einem Gespräch zwischen dem dänischen Justizminister Erik Ninn-Hansen (konservativ) und Repräsentanten der im Folketing vertretenen Parteien wurde die neue Asylpraxis als Antwort auf die Welle der Asylbewerber, die vornehmlich über die Bundesrepublik einreisen, installiert.

Zwischen Dänemark und der Bundesrepublik deutet sich damit ein erhebliches Konfliktpotential an: Die Dänen gehen davon aus, daß Asylbewerber insbesondere dann innerhalb von 48 Stunden problemlos in die Bundesrepublik zurückgeschickt werden können, wenn die deutschen Stellen Informationen darüber weiterreichen, *wer von den Einreisenden* bereits einen Asylantrag gestellt hat.

Wer andererseits auf seinen Asylantrag dadurch verzichtet, daß er wieder ausreist – so der deutsche Standpunkt – verwirkt damit sein Recht auf eine mögliche Asylgewährung in der *Bundesrepublik, selbst wenn er nach* 48 Stunden aus Dänemark wieder einreist. Somit geraten die *vornehmlich* aus dem Libanon stammenden *Asylbewerber in die Gefahr*, sich an der deutsch-dänischen Grenze ins Aus zu manövrieren.

Bisher hatte jeder Asylbewerber in Dänemark das Recht auf ein ausführliches mehrinstanzliches Prüfverfahren. Während der oft monatelangen Prozedur waren die „Flüchtlinge" in meist grenzfernen Lagern in Nordseeland (Sandholm) untergebracht. Aber die Aufnahmekapazitäten der Dänen sind weitgehend erschöpft. „Vor einigen Wochen kamen ungefähr zehn bis zwölf Asylanten pro Tag – nun sind es 30 bis 40", so ein dänischer Grenzbeamter.

Zustrom hält unvermindert an

DW. Bonn

Der Zustrom ausländischer Asylbewerber hat auch in den ersten drei Augustwochen unvermindert angehalten. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums meldeten sich in diesem Zeitraum 9241 Asylbewerber *bei den Behörden. Während des gesamten Monats Juli waren 9710 Asylbewerber eingereist, im Juni 7340.* Seit Jahresbeginn sind damit 61 241 Asylanten registriert worden. Das sind jetzt schon nahezu soviel wie ingesamt im vergangenen Jahr, nämlich 73 832.

Unterdessen hat die deutsche Botschaft in Syrien eine Welle von Visa-Anträgen zu bewältigen. Auf die mehreren hundert Anträge, die in den letzten Wochen vorwiegend von christlichen Syrern eingereicht wurden, erklärte ein Botschaftssprecher gegenüber AFP in Damaskus, die Bundesrepublik sei „kein Emigrationsland". Eine Reihe von Antragstellern hätten in der Hoffnung, in die Bundesrepublik auswandern zu können, *bereits ihr Eigentum in Syrien* verkauft. Die Botschaft erinnerte an die *Arbeitslosenzahl von zwei Millionen* in Deutschland und wies darauf hin, daß kein Ausländer (außer EG-Bürgern – d. Red.) eine Arbeitserlaubnis erhalte. Jede Person, die in die Bundesrepublik einreise, müsse das Land nach Ablauf der Aufenthaltsbewilligung wieder verlassen, wurde betont. Über die Gründe der Welle von Einreiseanträgen wurden keine Angaben gemacht.

Die Zahl der Kuranträge steigt wieder

dpa, Münster

Die Zahl der Kuranträge, die seit 1982 wahrscheinlich aus Angst um den Arbeitsplatz rapide gesunken war, ist im vergangenen Jahr deutlich angestiegen.

Das geht aus dem gestern veröffentlichten Geschäftsbericht 1985 der Landesversicherungsanstalt Westfalen (LVA) hervor. Wie der Rentenversicherungsträger in Münster erklärte, wurden insgesamt rund 62 000 (1984: 57 000) Heilbehandlungen beantragt. 1983 war mit rund 41 000 ein Tiefststand verzeichnet worden. Die Quote von 1981 (70 000) wurde jedoch nicht erreicht. Tendenziell glaubt die LVA in dem Verhalten der Arbeitnehmer „wachsendes Vertrauen in die Wirtschaft" erkennen zu können.

Durchschnittlich 91 Prozent der Kuren führten nach Feststellungen der LVA zu einer Verbesserung des Gesundheitszustandes. In 8,5 Prozent der Fälle wurde keine Besserung erzielt. In 239 Fällen verschlechterte sich das Befinden der Patienten, 16 Menschen starben während ihrer Kur.

Die Zahl der Rentenanträge verringerte sich 1985 gegenüber dem Jahr zuvor um rund 14 500 auf 72 500. Hintergrund: Viele Versicherte hatten vor der Verschärfung der Antragsvorschriften 1984/85 noch schnell einen *Antrag gestellt.*

Bundestag bietet USA-Stipendium an

dpa, Bonn

Der Deutsche Bundestag bietet Schülern zwischen 16 und 18 Jahren und jungen Berufstätigen zwischen 16 und 21 Jahren mit abgeschlossener Berufsausbildung die Möglichkeit eines einjährigen Aufenthaltes in den USA. Interessenten können beim Bundestag (Referat PB 4) Teilnahmekarten anfordern. Das Stipendium ist Teil eines Jugendaustauschprogrammes, das zwischen dem Bundestag und dem Kongreß der Vereinigten Staaten vor drei Jahren abgeschlossen wurde. Bisher waren 1200 junge Deutsche in den USA und 1100 Amerikaner in der Bundesrepublik Deutschland.

Kassel lehnt Schutzraumbau ab

rtr, Kassel

Die Stadt Kassel will sich gegen die Instandsetzung und den Neubau öffentlicher Schutzräume sowie unterirdischer Hilfskrankenhäuser im Stadtgebiet wenden. Einen entsprechenden Beschluß hat die Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen der SPD und der Grünen gegen die der FDP und CDU gefaßt. Die vorhandenen Einrichtungen in Kassel reichten aus, um die Bevölkerung bei zivilen Katastrophen zu versorgen, *hieß es. Der Magistrat* wurde beauftragt, diesen Standpunkt gegenüber dem *Bundesinnenministerium* zu vertreten.

Demonstration mit Kindern

dpa, Bonn

Die „Friedensbewegung" will bei ihrer ersten bundesweiten Großveranstaltung seit zwei Jahren am 11. Oktober im Hunsrück bewußt auch mit Kindern demonstrieren und ein „buntes Kinderfest" ausrichten. „Bringt Eure Kinder mit!" heißt es im jüngsten Rundbrief des Bonner Koordinierungsausschusses der „Friedensbewegung". Auch Kinder seien von der ständigen Aufrüstung bedroht und hätten „ein Recht, auf ihre *Weise für den Frieden aktiv zu sein*". In der Vergangenheit sei das Geschehen *bei Demonstrationen oft gänzlich* an den Kindern vorbeigegangen.

Bombenanschlag auf Bankgebäude

dpa, Marburg

Bei einem Bombenanschlag auf eine Filiale der Dresdner Bank in Marburg ist gestern erheblicher Sachschaden angerichtet worden. Die Explosion zerstörte Teile der Fassade an der Rückseite des Gebäudes und Einrichtungsgegenstände in der Schalterhalle. Menschen wurden nicht verletzt. *Die Polizei* geht von einer politisch motivierten Tat aus.

Im Kreis Offenbach wurde ein Anschlag auf einen Hochspannungs*mast verübt.* Zwei *Stützpfeiler des* Mastes waren angesägt worden, so *daß dieser umstürzte.* Es kam zu einem kurzfristigen Stromausfall.

Im Norden der Manöver-Schwerpunkt

NATO-Großübung „Herbstschmiede" mit 200 000 Soldaten angelaufen / Übersicht in der WELT

rmc. Bonn

Rund 200 000 Soldaten beteiligen sich am NATO-Manöver „Herbstschmiede" in Europa, das vor einigen Tagen angelaufen ist (WELT v. 14.8.). In mehr *als* 20 Übungen wird zwischen Nordnorwegen und der Türkei *bis November die Einsatzbereitschaft* der alliierten Streitkräfte getestet. Schwerpunkt der Herbstmanöver ist Schleswig-Holstein und Dänemark, wo 80 000 Soldaten üben. Das Manöver „Fränkischer Schild" des III. deutschen Heereskorps wird unter nationaler Verantwortung veranstaltet, um eine größere Teilnahme französischer Soldaten zu ermöglichen. Im folgenden ein Überblick über die Manöver:

– Nordeuropa

„Bar Frost": Eine norwegische Divisionsübung, die mit dem NATO-Manöver „Brave Lion" mit Truppen aus Norwegen, Kanada, den Niederlanden, USA und Großbritannien verbunden ist. „Bar Frost" zielt auf eine bessere Zusammenarbeit zwischen norwegischen Territorialkräften und der kanadischen „luft- und seeverlastbaren" Brigadegruppe. Es findet im Tromsdistrikt nördlich von Narvik (23. August bis 30. September) statt.

„Billy Goat 2": Amphibische Übung vom 8. bis 11. September mit deutschen und dänischen Marinekräften und dem dänischen Heer. Ein deutsches Transportgeschwader wird die 2. Seeland-Brigade von Seeland nach Lolland in Dänemark verlegen.

„Blue Fox": Vom 9. bis 15. September üben norwegische, niederländische, amerikanische und britische Kräfte in Südnorwegen in der Region Vestfold im *Divisionsrahmen eine* Landung von der See.

„Bold Guard": 80 000 Soldaten proben vom 12. September bis zum 7. Oktober die Verteidigung Schleswig-Holsteins und Dänemarks. An dieser NATO-Schwerpunktübung nehmen eine deutsche und eine dänische Heeresdivision sowie amphibische Kräfte *aus den Niederlanden, Großbritannien* und den USA teil.

„Brave Lion": Erstmals in der fast zwanzigjährigen Verpflichtung Kanadas zur Verstärkung Norwegens wird die ganze see- und luftverlegbare Brigadegruppe nach Nordnorwegen verlegt. Das Manöver läuft zwischen 1. und 28. September im Tromsdistrikt.

„Brown Falcon 2": Eine Luftverteidigungsübung am 16. und 17. September über Norwegen, Dänemark und Schleswig-Holstein mit Luftwaffen verschiedener NATO-Länder, die auch Unterstützung für die Land- und See-Streitkräfte fliegen werden.

„Northern Wedding": Zwischen 29. August und 19. September findet diese größere Seeübung mit zusätzlichen amphibischen Teilen im nordöstlichen Atlantik, dem Kanal, der Irischen See, der Norwegensee, der Nordsee und den Ostsee-Zugängen statt. Mehr als 250 schwimmende Einheiten aus Belgien, Kanada, Dänemark, Frankreich, der Bundesrepublik, Norwegen, Großbritannien und den USA sind beteiligt.

– Mitteleuropa

„Cold Fire": Die Geschwader der 2. und 4. Taktischen NATO-Luftflotten fliegen zwischen 16. und 26. September Unterstützung für die beiden größeren Landmanöver in der Bundesrepublik: „Fränkischer Schild" und „Crossed Swords".

„Crossed Swords": Zwischen 8. und 19. September probt das I. belgische Heereskorps zusammen mit deutschen, britischen und amerikanischen Truppen zwischen Soest, Haaren, Eggegebirge, Beverungen, Solling und Northeim.

„Fränkischer Schild": Das Manöver des III. deutschen Heereskorps führt zwischen 15. und 26. September östlich von Würzburg 57 000 Soldaten ins Feld. Beteiligt sind auch 2 000 französische Soldaten.

„Springendes Roß": Vom 8. bis 12. Oktober üben Teile der 7. deutschen Panzerdivision in der Gegend zwischen Bramsche und Bremen.

„Buntes Fähnlein": Die Soldaten der 4. deutschen Panzergrenadier-Division und der 4. kanadischen mechanisierten Brigade ziehen vom 3. bis 7. November in dieses Manöver in der Oberpfalz.

„Eternal Triangel": Vom 20. Oktober bis 7. November testen dänische, deutsche und britische Heeresverbände im Raum Paderborn/Beverungen ihre Gefechtsbereitschaft.

„Radiant Sabre": Die 4. kanadische mechanisierte Brigade trainiert vom 20. Oktober bis 3. November bei Ingolstadt und Landshut.

– Mittelmeerraum

„Allegro Exchange": In Nordostitalien übt die „NATO-Feuerwehr" vom 2. bis 28. September mit belgischen, deutschen, italienischen, luxemburgischen, britischen und amerikanischen Truppen.

„Damsel Fair 2": In türkischen Gewässern sollen vom 29. September bis 11. Oktober See-Streitkräfte aus Italien, der Türkei, Großbritannien, den USA und Frankreich Minenlege- und Räumoperationen proben. Wegen der Spannungen zwischen Athen und Ankara sind die Einzelheiten noch offen.

„Deterrent Force 2": Gleiches gilt für die geplante Zusammenführung der NATO-Kampfgruppe im Mittelmeer mit Zerstörern und Fregatten aus Griechenland, der Türkei, Großbritannien und den USA. Vom 14. Oktober bis zum 17. November soll die „Navocformed" im westlichen und zentralen Mittelmeer operieren.

„Display Determination": Vom 30. September bis 13. Oktober findet diese Übung im östlichen Mittelmeer, dem Schwarzen Meer, in Nordost-Italien und der Türkei statt.

Moskau führt Medienkampagne für Teststopp

AFP, Moskau

Seit der sowjetische Parteichef Gorbatschow die Verlängerung des einseitigen Atomtestmoratoriums angekündigt hat, ist in der UdSSR eine außerordentlich intensive Kampagne für eine generelle Einstellung der Nuklearwaffenversuche im Gange. Die „Prawda" druckte auf der Titelseite die Zuschrift eines Bauern ab, der die amerikanischen Farmer aufforderte, Druck auf das Weiße Haus auszuüben. Ferner gibt es Pressekonferenzen und „spontane Kundgebungen" mit Hunderten oder gar Tausenden von Menschen. Die Nachrichtenagentur TASS widmet den größten Teil ihres Dienstes Erklärungen sowjetischer wie auch ausländischer Organisationen. Es wurde berichtet, daß die afghanischen Stämme wie auch ein Nobelpreisträger und ein französischer kommunistischer Abgeordneter das Moratorium unterstützen.

Seoul: Chun bildet Regierung um

AFP, Seoul

Südkoreas Staatschef Chun Doo-Hwan hat zehn seiner 22 Minister ausgewechselt, „um die Administration zu erneuern und ein soziales Klima zu schaffen". Der bisherige UNO-Botschafter Choi Kwang übernimmt das Außenministerium. Der Abgeordnete Kim Chong Ho wurde Innenminister. Ministerpräsident Lho Shin-Yong bleibt im Amt. Die Opposition hatte den Rücktritt des gesamten Kabinetts gefordert. Sie beschuldigte den Regierungschef, den Innenminister und den Polizeichef, die Polizisten zu decken, die eine Regimegegnerin gefoltert und sexuell mißhandelt hätten.

Der Vorsitzende der demokratischen Gerechtigkeitspartei, Roh Tae-Woo, wurde im Amt bestätigt. In den Augen zahlreicher Beobachter ist er damit endgültig der künftige Kandidat für die Nachfolge Chuns.

Marcos darf vorerst in den USA bleiben

AP, Honolulu

Der frühere philippinische Präsident Marcos, seine Familie und seine Mitarbeiter dürfen mindestens ein weiteres Jahr in den Vereinigten Staaten bleiben. Ein erstes für sechs Monate ausgestelltes Visum für Marcos und seine 87köpfige Begleitung ist gestern ausgelaufen. Marcos lebt in einem gemieteten Haus auf der zu Hawaii gehörenden Insel Oahu.

Ägypten droht Teheran

DW. Kairo

Ägypten hat Iran zum ersten Mal – wenn auch indirekt – damit gedroht, in den Golfkrieg einzugreifen. In einem Kommentar der Kairorer Tageszeitung „Al Ahram" hieß es, die „Arroganz der Herren in Teheran" habe einen Punkt erreicht, an dem ihre „aggressiven Absichten" offen erklärt würden. Wenn sie die Dummheit begingen, die Sicherheit der anderen Golfstaaten zu bedrohen, würde man sie zur Rechenschaft ziehen. „Iran würde seiner Strafe nicht entgehen", schrieb das Blatt, das engste Bindungen zur politischen Führung in Kairo unterhält. Ägypten ist einer der wichtigsten Waffenlieferanten des Irak.

Wie Funktionäre im Kreml schlemmen

cgs, Wien

Wie leben sowjetische Funktionäre im Zeitalter Gorbatschows, der ja bekanntlich Nüchternheit (was Alkohol betrifft) und Bescheidenheit von seinen Parteigenossen fordert? Die Delegierten des jüngsten sowjetischen Parteikongresses im Frühjahr 1986 bekamen diese Bescheidenheit noch nicht zu spüren. Ein Blick auf die auf Luxuspapier gedruckte Speisekarte für Parteitagsdelegierte vom 6. März 1986 zeigt einen kulinarischen Luxus, der sogar am Zarenhof Aufsehen erregt hätte, erst recht aber der von Versorgungsmängeln geplagten sowjetischen Bevölkerung wie ein Märchen erscheinen müßte. Hier die Speisenfolge: Sahnebutte; gekörnter Kaviar; Krabben; Langusten; Krevetten; Tomaten gefüllt mit Lachs und Krabben; Stör in Gelee; gefüllte Röllchen vom Zander; Lachs; weißer Thunfisch; Stör in Blätterteig; Eclaire vom Lachs und Mousse vom Wild; Salat in Torteletten mit Früchten; Gemüse und Zitronen; Wildpastete mit Apfelsinen; Roulade vom Ferkel mit Backpflaumen; Galantine vom Truthahn mit Früchten; Hörnchen mit Schinkenmousse; Schinken auf Buttertoaststreifen; gefüllte Oliven; Verschiedene Käsesorten mit Früchten nach Wahl; Pfannkuchen und kleines Gebäck mit Käse; Äpfel und Aprikosen mit Rosinen und Quitten; Küken mit weißen Pilzen; Krevetten und Stör in klarer Suppe; Schlagsahne mit Preiselbeeren und Schokolade; Kaffee; Tee; Kleine Piroggen; gebackene Körbchen in Gelee; Pirogge à la Feiertag; diverses Konfekt; Ananas, Früchte. Kreml, 6. März 1986.

Moskau wirbt um die Japaner

Nakasone hält Gorbatschow-Besuch für „wünschenswert" / Nein zu Sicherheitskonferenz

FRED de LA TROBE, Tokio

Ein Japan-Besuch von KP-Generalsekretär Gorbatschow wird zu den Themen gehören, die der sowjetische Vizeaußenminister Kapitsa mit dem japanischen Außenminister Kuranari erörtern wird. Kapitsa wird heute zu einem dreitägigen Besuch in der japanischen Hauptstadt erwartet.

Bei den anstehenden Themen wird er auch Gorbatschows Rede von Wladiwostok erläutern. Dieser hatte erneut einen asiatisch-pazifischen Sicherheitsvertrag und eine Konferenz für asiatische Sicherheit und Zusammenarbeit in Hiroshima vorgeschlagen. Japan hat bisher kein Interesse an diesem Vorschlag erkennen lassen, da es ihn für einen Versuch hält, das Inselreich aus seinem engen Bündnis mit den USA zu lösen.

Flexiblere Asienpolitik

Ministerpräsident Nakasone ist aber im Zuge des „Abschlusses der japanischen Nachkriegspolitik" viel daran gelegen, die bisher unbefriedigenden Beziehungen zwischen Tokio und Moskau ins Lot zu bringen. Er erklärte, es sei „sehr wünschenswert", daß Gorbatschow Japan besuche. Verhandlungen über ein Gipfeltreffen im Januar in Tokio seien aufgenommen worden.

Auch in Moskau zeichnet sich im Zuge einer flexibleren Asienpolitik immer mehr das Bemühen ab, die in frostigen Beziehungen zu Japan zu verbessern. Gorbatschow drückte in einem Brief an Nakasone den Wunsch aus, Japan „in naher Zukunft" zu besuchen. Der endgültige Termin für das Treffen soll anläßlich einer Zusammenkunft der beiden Außenminister Kuranari und Schewardnadse in New York während der UNO-Generalversammlung festgelegt werden.

Bei einem Gipfelgespräch zwischen Nakasone und Gorbatschow wären die Abrüstungsverhandlungen zwischen Ost und West und der Anspruch Tokios auf die von den Sowjets besetzten Inseln Etorofu, Kunashiri, Shikotan und Habomai die Hauptthemen. Die japanische Forderung nach Rückgabe dieses Gebiets bildet allerdings noch das größte Hindernis auf dem Weg zu besseren Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Moskau beharrt darauf, daß es kein Territorialproblem zwischen beiden Ländern mehr gebe. Alle japanischen Parteien – auch die KP – haben die Rückgabe der Inseln in ihre Grundsatzprogramme aufgenommen.

Das 5000 Quadratkilometer umfassende Territorium, das zu den für ausländische Besucher gesperrten Gebieten gehört, ist in den letzten Jahrzehnten für die Sowjetunion militärisch und wirtschaftlich wichtiger geworden. Seit den siebziger Jahren gibt es Flughäfen und Luftwaffenstützpunkte auf Kunashiri und Etorofu sowie Marinebasen auf allen vier Inseln. Nach japanischen Informationen sind 12 000 Mann Bodentruppen, 40 MiG-23, andere Flugzeugtypen, Panzer und Hubschrauber in dem Gebiet stationiert. Wirtschaftlich sind die Fischerei, die Holzgewinnung und der Erzbergbau bedeutend.

Gräberbesuch zugelassen

Die beiderseitigen Bemühungen um bessere Beziehungen haben jedoch zu einem ersten Erfolg geführt: Am Wochenende kehrte die erste Gruppe von 52 ehemaligen japanischen Siedlern der nördlichen Inseln von Besuchen der Gräber verstorbener Angehöriger in dem umstrittenen Gebiet zurück. Nach elf Jahren Reisesperre hatten die Sowjets erstmals wieder derartige Besuche ohne Pässe und Visa zugelassen.

Im Gegenzug erklärte sich Tokio bereit, den gemeinsamen 1973 gegründeten Ausschuß für Wissenschaft und Technik wieder zusammentreten zu lassen. Die 1982 gegen die Sowjetunion verfügten Sanktionen Japans hatten die Arbeit des Ausschusses lahmgelegt. Moskau, das an der technischen Entwicklung im Inselreich sehr interessiert ist, hatte mehrmals erfolglos den Abbau dieser Einschränkung gefordert. (SAD)

„Rotes Telefon" für Cattenom?

AP, Mainz

Eine schnellere Information der Mainzer Landesregierung bei Störfällen im französischen Kernkraftwerk Cattenom hält der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel für notwendig.

Vogel sprach sich gestern für die Einrichtung eines „roten Telefons" zwischen der für Cattenom zuständigen Präfektur in Metz und der rheinland-pfälzischen Landesregierung in Mainz aus. Bislang unterrichtet die Präfektur in Metz bei Störfällen im Kernkraftwerk Cattenom lediglich die saarländische Landesregierung, die wiederum Mainz informiert.

Vogel sagte weiter, gegenwärtig spreche nichts dafür, daß der Vorfall vom vergangenen Wochenende ein Grund für eine Klage gegen das Kernkraftwerk sei. Die Landesregierung setze weiter auf Verhandlungen mit Frankreich.

Kreml-Initiative im Südpazifik

AFP, Wellington

Die Sowjetunion wird das Vertragsprotokoll über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Südpazifik unterzeichnen. Dies wurde gestern vom stellvertretenden sowjetischen Außenminister Kapiza bekanntgegeben. Die Unterzeichnerländer verpflichten sich, in dieser Region Nuklearwaffen weder herzustellen noch zu lagern oder zu testen sowie Kernwaffen weder einzusetzen noch mit deren Einsatz zu drohen.

Die UdSSR ist die erste Atommacht, die sich zur Unterzeichnung eines solchen Atomsperrvertrags für den Südpazifik bereit erklärt. China, die USA und Großbritannien haben nur die Grundsätze des Abkommens gebilligt, während Frankreich ankündigte, sie „überprüfen" zu wollen. Ein sowjetisches Vordringen in den Südpazifikraum sei nicht zu befürchten, sagte Kapiza, der sich derzeit in Neuseeland aufhält.

Chirac will vor der UNO reden

rtr, Paris

Der französische Premierminister Chirac wird im September nach New York reisen, um vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen (UNO) die Außenpolitik seiner Regierung zu erläutern. Es ist erst das zweite Mal seit Gründung der Fünften Republik im Jahre 1958, daß ein französischer Premier vor diesem UNO-Gremium spricht; dies ist gewöhnlich dem Präsidenten vorbehalten.

Zwischen dem Gaullisten Chirac und dem sozialistischen Staatspräsidenten Francois Mitterrand gibt es einen verdeckten Kampf um die Kontrolle der Außenpolitik. Mit seinen diplomatischen Aktionen – Chirac will im September noch Algerien und die französischsprachige Provinz Quebec in Kanada besuchen – wolle, so diplomatische Kreise, der Regierungschef seinen Einfluß auf die Außenpolitik zu Lasten Mitterrands vergrößern.

Schlüters Erfolg in der Wirtschaft schlägt durch

Dänemarks Premier verblüfft die Gegner / Bilanz seit 1982

G. MEHNER, Kopenhagen

Allenfalls sechs Monate, vielleicht ein Jahr, wollten viele dem dänischen Ministerpräsidenten Poul Schlüter einräumen, als er im Herbst 1982 von dem entnervt aufgebenden Anker Jörgensen die Regierungsgeschäfte übernahm: Die parlamentarische Minderheitsposition, die schnelle Zerfallszeit auf der dänischen politischen Bühne von durchschnittlich zwei Jahren, eine Vierer-Koalition mit einem sowieso hohen Potential an Zänkereien.

Dies alles waren nicht die Startvoraussetzungen, aus denen eine abgeklärte und souveräne Regierungsarbeit entsteht. Schlüter hat Skeptiker und Gegner verblüfft. Im Januar 1984 wurde seine Koalition bei vorgezogenen Parlamentswahlen bestätigt. Bei der jüngsten EG-Reform glückte es ihm, über eine überraschende Volksbefragung ein parlamentarisches Nein zu einem Ja umzuwandeln. Auch dies wieder mit einem Punktgewinn für die Regierung.

Premier Poul Schlüter

Unverhofftes ist im politischen Raum zwar nie auszuschließen, aber Dänemarks erster konservativer Ministerpräsident seit 1901 kann mit hoher Wahrscheinlichkeit die laufende Legislaturperiode relativ unbehelligt überstehen und den Termin für Neuwahlen – spätestens im Januar 1988 – nach eigenem Kalkül festsetzen.

Auf der internationalen Bühne – etwa durch seine Fußnoten zu NATO-Beschlüssen – hat Dänemark mit einigen Pirouetten auf sich aufmerksam gemacht. In der Außen- und Sicherheitspolitik hat sich Schlüter oft der linken Mehrheit im Folketing gebeugt. Sein Hauptziel ist die wirtschaftliche Sanierung. Vieles lief im Staate Dänemark falsch, als Schlüter 1982 antrat: In der Haushaltsrechnung klaffte ein Loch in der Dimension von 15 Prozent des Bruttosozialprodukts.

Ganz anders die derzeitige Situation: Im laufenden Jahr und im nächsten Jahr wird Dänemark mit einem Überschuß im der Haushaltsrechnung aufwarten. Dies ist ein wirtschaftspolitischer Superlativ. Kein anderes Land in der OECD, so Finanzminister Palle Simonsen, kann mit einem ähnlichen Beweis für sparsames Haushalten aufwarten.

Zwar wurden dem öffentlichen Sektor die Daumenschrauben angelegt, aber neben einer weiter erhöhten Steuerlast spülte auch eine florierende Konjunktur mehr Steuergroschen ins Staatssäckel.

Wo viel Licht ist, ist auch viel Schatten. Als Paradebeispiel für ein Land mit einem exorbitant hohen Zahlungsbilanzdefizit dienen meistens die Vereinigten Staaten. Dabei wird übersehen, daß Dänemark, bezogen auf das Bruttosozialprodukt, prozentual ein größeres Defizit aufweist als die USA. Für 1986 deutet sich ein Fehlbetrag von 28 Milliarden Kronen an. Trotz einer aufgrund der Ölpreisentwicklung halbierten Energierechnung bedeutet dies gegenüber dem Vorjahr keinerlei Verbesserung.

Länder mit solchen massiven Handelsungleichgewichten suchen normalerweise ihr Heil in Abwertungen. Dies war auch in Dänemark die Praxis. Bis Schlüter kam. Er hat die dänische Währungspolitik kompromißlos an die D-Mark gekoppelt. Dies ist andererseits auch eine der Ursachen des riesigen Zahlungsbilanzdefizits.

Die ungezügelt expandierende Binnennachfrage hat andererseits die Voraussetzung dafür geschaffen, daß die Arbeitslosigkeit zurückging: Mit 6,7 Prozent weist Dänemark im EG-Raum die derzeit niedrigste Rate aus. Auch die Inflation ist unter Kontrolle. Die Preissteigerungsrate wird bei 1,75 Prozent erwartet. Diese Erfolge der Schlüterschen Wirtschaftspolitik kann jeder Konsument spüren. Aber sind zufriedene Konsumenten auch zufriedene und aktive Wähler?

Die Botschaft dürfte bei den Wählern ankommen, denn Schlüter wird über ein Modell für die betriebliche Gewinnbeteiligung der Beschäftigten für Wahldiskussionsstoff sorgen. Die Sozialdemokraten favorisieren dagegen Gewinnbeteiligungsmodelle auf überbetrieblicher Basis.

Iraner springen afghanischen Freischärlern bei

AP, Islamabad

Iranische Grenztruppen sollen in die afghanische Westprovinz Herat eingedrungen, aber unter Verlusten zurückgeschlagen worden sein. In einem Bericht des Kabuler Rundfunks hieß es, die Iraner seien afghanischen Freischärler beigesprungen, die von afghanischen Regierungstruppen in Richtung der iranischen Grenze zurückgedrängt worden waren. Wann und unter welchen Umständen sich der Vorfall abgespielt hat, wurde nicht mitgeteilt.

Durch eine Koffer-Bombe sind auf dem Flughafen der afghanischen Stadt Dschalalabad angeblich 16 Menschen getötet worden. Der Vorfall vom 11. August wurde erst jetzt bekannt.

Drei Millionen Flüchtlinge im Sudan

rtr, Khartoum

Im Sudan gibt es offiziell etwa drei Millionen „Hungerflüchtlinge". In einer Erklärung des Innenministeriums heißt es, daß rund eine Million vorwiegend aus Äthiopien, Uganda und Tschad stammende Flüchtlinge in sudanesischen Lagern untergebracht sind. Mindestens zwei Millionen lebten im Lande verstreut. Der Hochkommissar für Flüchtlinge bei der UNO hat 400 000 Dollar für eine erste amtliche Zählung der außerhalb von Lagern lebenden Hungerflüchtlinge bereitgestellt.

Archipow beendet China-Besuch

AFP, Peking

Der sowjetische Erste Stellvertretende Ministerpräsident Iwan Archipow hat einen fast einmonatigen Besuch in China beendet. Der 78jährige hatte sich wegen einer Gesichtsnerven-Krankheit einer Akupunkturbehandlung unterzogen. Zugleich hatte er mit Li Peng und drei weiteren chinesischen Vizepremiers Gespräche geführt. Dabei dürfte es um die jüngsten Vorschläge Gorbatschows für eine Verbesserung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen gegangen sein. Nicht bekannt wurde, ob auch der Grenzzwischenfall vom 12. Juli erörtert wurde, bei dem ein chinesischer Soldat getötet worden war.

Zeugen im Fall Rojas festgenommen

rtr, Santiago

Die chilenische Polizei hat zwei mögliche Augenzeugen im Rojas-Fall festgenommen, und zwar eine Schwester und den Schwager der am 2. Juli durch Verbrennung schwer verletzten Begleiterin von Rodrigo Rojas, Carmen Quintana. Der gebürtige US-Bürger Rojas war, so berichteten Zeugen, zusammen mit seiner Begleiterin von chilenischen Militärs bei einer Demonstration mit Benzin übergossen und angezündet worden. Das Militär bestreitet die Verantwortung. Die Mutter des Getöteten hatte von Einschüchterungsversuchen gegen weitere Zeugen gesprochen und die Sorge geäußert, Zeugen könnten umgebracht werden.

Blockfreie tagen in Zimbabwe

dpa, Harare

Vertreter von 101 Mitgliedstaaten der Blockfreien-Bewegung haben eine zehntägige Konferenz in der Hauptstadt von Zimbabwe, Harare, eröffnet. Im Mittelpunkt stehen die Lage in Südafrika, der Krieg zwischen Iran und Irak, der Konflikt im Nahen Osten sowie Fragen der weltweiten Abrüstung und das Schuldenproblem in der Dritten Welt. Am kommenden Montag, zu Beginn des Gipfeltreffens der Staatschefs, wird der indische Ministerpräsident Radjiv Gandhi den Vorsitz der Blockfreien an Zimbabwes Regierungschef Robert Mugabe übergeben.

Sowjetisches Gericht: Beten ist strafbar

DW. Frankfurt

Der im Lager Perm inhaftierte russisch-orthodoxe Christ Alexander Ogorodnikow ist wegen „Ausübung religiösen Einflusses" auf Mithäftlinge verurteilt worden. Das Gericht bezog sich auf eine „nicht veröffentlichte staatliche Verordnung des Allunions-Zentralexekutivkomitees und des Rates des Volkskommissariats vom 8. Januar 1929 mit Veränderungen und entsprechenden Ergänzungen durch den Obersten Sowjet der UdSSR vom 23. Juli 1975". Das Gericht folgerte daraus, daß „religiöse Kulte sowie auch Gottesdienste und der Gebrauch von Kultusgegenständen verboten sind; die Bibel und andere religiöse Literatur sind Kultusgegenstände". Durch die in den Westen gelangte Urteilsschrift würde bekannt, daß Ogorodnikow in den Jahren 1980 bis 1985 insgesamt 127 Mal wegen „religiöser Betätigung", wie zum Beispiel beten, bestraft wurde, teilte die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte mit.

Spanien will die Araber besänftigen

Normalisierung zu Israel als „Störfaktor" / Madrids Außenminister zu Besuch in Syrien

ROLF GÖRTZ, Madrid

Eine halbe Stunde kreiste die Maschine des spanischen Außenministers Francisco Fernández Ordóñez über Damaskus – dann erst durfte sie landen: Staatspräsident Assad startete just in diesem Moment für einen Tag nach Libyen – zu einem überraschend angesetzten Treffen mit Staatschef Khadhafi.

Der Beginn des ersten offiziellen Besuches eines spanischen Außenministers in einer arabischen Hauptstadt nach der Normalisierung der Beziehungen zu Israel im Januar schien somit zunächst unter einem schlechten Stern zu stehen.

PLO-Büro aufgewertet

Und das obwohl Spanien – gewissermaßen als Vorgabe zu diesem Besuch – der Madrider PLO-Vertretung die Vorteile einer diplomatischen Mission einräumte, ohne ihr allerdings den diplomatischen Status zu geben.

Die langen Gespräche, die Fernández Ordóñez mit seinem syrischen Amtskollegen Faruk el Shareh und Ministerpräsident Abdel Rauf al Kassem führte, erschienen der spanischen Delegation von einer „außerordentlichen Herzlichkeit" getragen. Vorgesehen ist noch ein Gespräch mit dem Staatspräsidenten.

In Madrid stellte das regierungsnahe Blatt „El Pais" erleichtert fest, die syrische Regierung habe die spanisch-arabische Freundschaft betont und damit der „Krise, hervorgerufen durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel", ein Ende gesetzt.

Offensichtlich geht es den Syrern um politischen Rückhalt des arabischen Lagers im Europa der Gemeinschaft, um damit auch die neue syrisch-libysche Aktionsgemeinschaft gegen die USA zu verteidigen.

Der spanische Außenminister jedenfalls versicherte seinen Gesprächspartnern in Damaskus, Madrid werde im Nahost-Konflikt nach wie vor die „gerechte Sache Arabiens" unterstützen. Daran werde sich auch bei seinem bevorstehenden Besuch in Israel (8.–9. September) nichts ändern. Syrien, so der Spanier, begrüße das Bemühen Madrids, einen „Dialog zwischen der Arabischen Liga und der EG" eröffnen zu wollen. Das syrische Ziel sei eine „gemeinsame und unabhängige Position der Europäischen Gemeinschaft gegenüber dem Nahen Osten". Unter „unabhängig" versteht die sowjetisch orientierte Außenpolitik Syriens in diesem Zusammenhang offensichtlich die allmähliche Lockerung vom Bündnispartner Amerika.

Die Nahostpolitik der sozialistischen Regierung Spaniens entspricht weitgehend den Vorstellungen der Sozialistischen Internationale, wie diese sie in letzter Zeit formuliert hat. In der regierungsnahen Presse Spaniens fanden sie ein breites zustimmendes Echo.

Der Libyer droht

In Madrid erinnert man sich in diesem Zusammenhang auch an das Dreiertreffen Willy Brandt, Bruno Kreisky und Felipe González im vergangenen Jahr in Madrid. Diesem Gespräch folgte Monate später das von Kreisky eingefädelte Treffen González – Khadhafi auf der Insel Mallorca, das für González höchst unglücklich ausging: Einen Tag später sagte Khadhafi ganz nüchtern, daß die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla an der afrikanischen Mittelmeerküste „arabische Städte" seien. Eine Position, die er, wenn es nötig sei, auch mit der Waffe vertreten würde. (SAD)

Nahost: Moskau denkt um

Beziehungen zu der Region sollen intensiviert werden

RMB, Moskau

Die sowjetische Führung unter Gorbatschow ist offenbar im Begriff, ihre Nah- und Mittelostpolitik neu zu definieren. Moskau will sich, wie aus verschiedenen Andeutungen ersichtlich ist, aus der Isolierung befreien, in die es sich durch die jahrelange einseitige Unterstützung radikaler arabischer Regimes und Organisationen manövriert hat, und strebt eine Intensivierung der Beziehungen zu anderen Staaten der Region an.

Jüngstes Indiz war die von großem publizistischem Aufwand begleitete Kontaktaufnahme mit Israel. Zwar wurden die Gespräche in Helsinki nach nur 90 Minuten ergebnislos abgebrochen, doch gilt als sicher, daß die Sowjets den Dialog über andere Kanäle fortsetzen werden.

Moskau ist augenfällig auch bestrebt, seine Beziehungen zu Teheran zu ordnen. Im Februar hatte Vizeaußenminister Kornienko Teheran besucht und eine Einladung an den iranischen Außenminister Velayati überbracht. Anfang August reiste nun eine iranische Delegation nach Moskau – angeführt von Velayati-Stellvertreter Parijani. Die Gespräche scheinen jedoch nicht die sowjetischen Erwartungen erfüllt zu haben. Die Nachrichtenagentur Tass berichtete lediglich, sie hätten in „sachlicher" Atmosphäre stattgefunden.

Die Haupthindernisse in den bilateralen Beziehungen bilden die Komplexe Afghanistan und Belutschistan. In der die Grenzen Irans, Afghanistans und Pakistans übergreifenden Region Belutschistan gelten die großen Stammesfürsten seit Jahren als prosowjetisch. Sie wollen mehr Unabhängigkeit von den jeweiligen Regierungen und streben einen eigenen Staat für die rund vier Millionen Belutschen an. Nach unbestätigten Berichten werden zur Zeit bis zu 4000 Guerrillakämpfer aus Belutschistan in der Sowjetunion ausgebildet.

Auch die Rolle, die der Kreml in Irak spielt, ist mit Problemen behaftet. Obwohl im Golfkrieg nach außen neutral, gilt Moskau neben Frankreich als wichtigster Waffenlieferant Iraks. Gleichzeitig ist die UdSSR durch einen Freundschaftsvertrag mit Syrien verbunden, das im Golfkrieg Iran unterstützt.

Prekär bleibt auch das sowjetische Verhältnis zu Libyen. Moskau mißtraut dem exzentrischen Staatschef Khadhafi. Ein seit Jahren angeblich unterschriftsreifer Freundschaftsvertrag ist immer noch nicht paraphiert.

In Norduganda fachen Rebellen den Bürgerkrieg wieder an

W. LÜTZENKIRCHEN, Kampala

Nachts wird Kampala zu einer lärmenden Geisterstadt. Die friedliche und geschäftige Kulisse der Tagesstunden weicht einem bösen Spuk. Nach Stromausfällen stürzen die Vororte in eine beklemmende Dunkelheit. Es schlägt die Stunde der Gangsterbanden und Untergrundkämpfer. Immer wieder kommt es zu wilden Schießereien mit Armeestreifen. Die kurze Phase des Friedens und relativer Ruhe nach der Machtübernahme Musevenis weicht vertrauten Schreckensbildern.

An den Straßensperren am Stadtrand durchsuchen Soldaten im matten Schein von Kerosinlampen Lastwagen und Überlandbusse nach Waffen und Sprengstoff. Doch in den Elendsvierteln Kampalas sind bereits genug Waffen in den Händen von Banditen und untergetauchten Anhängern der gestürzten Regimes von Obote und Okello.

Sieben Monate nach der Machtübernahme durch Musevenis Nationale Widerstandsbewegung (NRM) rutscht Uganda allmählich wieder in die Wirren eines Bürgerkrieges. Die Hauptstadt selbst ist trotz nächtlicher Terrorwellen noch fest in der Hand der Truppen von Präsident Yoweri Museveni. Die Front verläuft diesmal etwa 250 Kilometer nördlich vom Kampala, wo der Widerstand gegen Museveni die Formen eines blutigen Guerrilla- und Stammeskrieges angenommen hat. Der Norden befindet sich in offenem Aufruhr. Politische Beobachter in Kampala sprechen bereits von einer drohenden „Abspaltung". Museveni, einer der brillantesten Strategen des Guerrillakrieges in Afrika, steht vor einem unerwartet heftigen Kampf um die Nordprovinzen, die ihm von Anhängern der Ex-Präsidenten Amin, Obote und Okello streitig gemacht werden.

Flucht aus den Städten

Sie haben ihren Rückhalt unter jenen Stammesgruppen, die aus nilotischen und nilohamitischen Viehzüchtern bestehen und den bantusprechenden Ackerbauern des Buganda-Volkes, der größten Volksgruppe, traditionell feindlich gesinnt sind. Dem Buschkämpfer Yoweri Museveni war es zur Jahreswende zunächst gelungen, die Herrschaft der Nordstämme zu brechen. Jetzt verfallen in der Region wieder Recht und Ordnung.

Die strategisch bedeutsame Provinzhauptstadt Gulu liegt seit vergangenen Mittwoch unter heftigem Raketen- und Granatwerferbeschuß der Rebellen. Eisenbahn- und Flugverkehr nach Gulu sind eingestellt worden, alle Zivilisten sind aus der Stadt geflohen. Im Busch sollen sich etwa 1200 bis 1500 Guerrillas für den Sturm auf Gulu bereithalten. Die Operationen der Rebellen zielen weiter auf die Städte Kitgum, Moyo, Lira und Moroto.

Nach einem fünf Jahre dauernden grausigen Buschkrieg war es Museveni mit etwa 25 000 bis 30 000 Mann gelungen, die Armeen der Präsidenten Obote und Okello (60 000 Mann stark) in die Flucht zu schlagen. Die Streitkräfte Obotes hatten sich in ihre Stammesgebiete im Norden zurückgezogen, teilweise auch nach Südsudan, wo etwa 250 000 Flüchtlinge vor allem aus dem Norden Ugandas leben. Die Rebellen verfügen über riesige Waffenlager aus Armeebeständen und können unter den Flüchtlingen ständig neue Kämpfer rekrutieren. Präsident Museveni ist fest entschlossen, den neu entfachten Krieg zu gewinnen. Starke Truppenteile, Sondereinheiten, Geschütze und Helikopter werden in den Norden verlegt.

Museveni siegessicher

Der Nachschub rollt über die von Schlaglöchern zerfressene Straße durch das berüchtigte Luwero-Dreieck, wo während der vergangenen fünf Jahre rund 300 000 Menschen durch die Ausrottungspolitik Obotes starben, vorbei an den Schädel- und Skeletthaufen, die in den Dörfern von Luwero als Mahnmale zusammengetragen wurden.

Präsident Museveni verneint dennoch eine militärische Bedrohung seines Regimes. Museveni: „Wir werden sie nicht zurückschlagen, wir werden sie massakrieren. Gefangene Rebellen werden sofort exekutiert." Museveni denkt auch an Angriffe auf die Lager der Rebellen in Südsudan. Die Regierung Sudans hat über den Süden des Landes weitgehend die Kontrolle verloren und ist selber in die Defensive geraten gegenüber den Rebellen von John Garangs sudanesischer Volksbefreiungsbewegung (SPLM).

Nach Musevenis Meinung haben die gestürzten Präsidenten Amin, Obote und Basilio Okello einen Plan für die erneute Machtübernahme ausgearbeitet und sind dabei, das Uganda mit einer Untergrundarmee zu destabilisieren. Museveni: „Wir werden die Faschisten und Verbrecher, die das Land verwüsten, ausrotten."

Sorgen bereiten der Regierung Musevenis auch die immer wieder ausbrechenden Stammeskämpfe im Norden Ugandas. Im Gebiet der Karamojong mit rund 350 000 Menschen hat die Regierung die Kontrolle verloren, jegliche staatliche Ordnung, der Verkehr und die Verwaltung sind zusammengebrochen. Die Karamojong haben seit Jahrhunderten den Ruf marodierender Viehräuber. Museveni plant jetzt eine große Befriedungsoffensive: Die Armee soll alle Wasserstellen besetzen und die Bergnomaden zur Ablieferung der Gewehre zwingen.

WELT-Serie „Große Testamente“ (V und VI): Die Politischen Vermächtnisse Friedrichs des Großen und Maria Theresias

Wer nicht bereit ist, mehr als das Bestehende zu wollen, wird nicht einmal den Status quo aufrechterhalten können. Diese Quintessenz seiner beiden „Politischen Testamente“ ist für das Denken Friedrichs des Großen charakteristisch. Seine Anweisungen an die Erben porträtieren geradezu einen Herrscher-Typus: Den strengen Landesvater, dem die Ratio oberste Instanz ist. Fast als Gegen-Typus zu Friedrich erscheint Kaiserin Maria Theresia. Zeitgenossin und größte Kontrahentin des Preußenkönigs selbst noch in ihrem politischen Vermächtnis. Noch heute gilt die Kaiserin als Inbegriff einer mütterlichen Regentin.



Friedrich bestieg wie Maria Theresia im Jahr 1740 den Thron. Es sollte ein Schicksalsjahr der europäischen Politik werden.

Man könnte glauben, hier habe ein Freund eine Hymne auf eine Freundin gesungen

Von Lothar Schmidt-Mühlisch

Ich habe“, schreibt Friedrich der Große in seinem persönlichen Testament vom 8. Januar 1769, „als Philosoph gelebt und will als solcher begraben werden, ohne Gepränge, ohne feierlichen Pomp.“ In einem Satz faßt der Preußenkönig sein Selbstverständnis und seinen beherrschenden Wesenszug zusammen. Der Vertreter des jüngsten Königtums im Europa seiner Zeit, den man das „einzige Genie“ unter den Herrschergestalten des Absolutismus genannt hat, fügte dem klerikalen und legitimistischen Absolutismus eine neue Variante hinzu: die philosophische, die man – weniger verehrungsvoll – auch als „aufgeklärten Despotismus“ bezeichnet hat.

Friedrich bestieg im Jahr 1740 den Thron, im gleichen Jahr, in dem Maria Theresia in Wien die Regentschaft Österreichs übernahm. Wie der Zufall es fügte, sollte 1740 damit zu einem Schicksalsjahr der europäischen Politik werden. Der Philosoph auf dem Königsthron betrat, gleichsam als erste Amtshandlung, das Schlachtfeld.

Im politischen Handeln ein Schüler Richelieus

Europas wichtigste Herrscherhäuser gerieten aneinander, weil der Habsburger Karl VI. für Reich und Dynastie einen weiblichen Thronfolger, eben Maria Theresia, vorgesehen hatte. Eine Frau auf dem ehrwürdigen Thron in Wien aber wollten die europäischen Nachbarn nicht akzeptieren. Der Österreichische Erbfolgekrieg von 1740 bis 1748 führte Friedrich und Maria Theresia gegeneinander.

Obwohl Preußen rechtlich nur Teile Schlesiens zugestanden hätten, wollte Friedrich das ganze Schlesien, weil er begriff, daß hier die Zukunft seines Landes gesichert werden konnte. Kaum gewonnen, mußte er das neue Kleinod seines Reiches auch schon wieder verteidigen: Im Siebenjährigen Krieg von 1756 bis 1763 kämpfte der kleine Emporkömmling Preußen fast gegen ganz Europa, gegen Österreich, Rußland, Frankreich, Schweden und nicht zuletzt gegen die deutschen Reichsfürsten. Und wäre nicht in letzter Sekunde Elisabeth von Rußland gestorben – eine seiner Hauptgegnerinnen –, worauf der Friedrich-Verehrer Zar Peter III. die Front wechselte, die Geschichte Europas hätte wohl einen anderen Verlauf genommen.

Im politischen Handeln also hat der Philosoph ganz und gar nicht nach philosophisch-ethischen Grundsätzen verfahren können. Hier war er eher ein Schüler Richelieus: Was dem eigenen Staat nützt, hat Vorrang. Und obwohl Friedrich eine seiner politischen Hauptschriften gegen Machiavelli gerichtet hatte, verfuhr er praktisch machiavellistischer als das selbst die Anhänger des italienischen Staatstheoretikers je taten.

Dem Preußenkönig war das selbst wohl bewußt. Seine beiden „Politischen Testamente“ von 1752 und 1768 sind voller Reflexe darauf. Unter der Überschrift „Politische Träumereien“ notierte er: „Machiavelli sagt, eine selbstlose Macht, die zwischen ehrgeizigen Mächten steht, müßte schließlich zugrunde gehen. Ich muß leider zugeben, daß Machiavelli recht hat.“

In der politischen Praxis war Friedrich eher „ewigen Grundsätzen“ abhold. Deutlicher als in den beiden berühmten „Testamenten“, die ja Handlungsanweisungen für seine Nachfolger waren, ist das in kaum einer Schrift dieses immens reflektionsfreudigen Königs – seine Schriften füllen 30 Bände – geworden. Und insofern sind diese Testamente nicht nur ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis seiner widerspruchsvollen Persönlichkeit, sondern auch politische Handlungsprinzipien.

„Die Politik“, reflektiert der König, „besteht mehr darin, aus günstigen Konjunkturen Nutzen zu ziehen, als sie von langer Hand herbeizuführen.“ Und seinen Nachfolgern empfiehlt er nachdrücklich, keine Verträge zu schließen, die sich auf unsichere künftige Ereignisse beziehen. Sie sollten sich vielmehr freie Hand bewahren, um ihre Entschlüsse „nach Zeit, Ort und Lage Eurer Angelegenheiten“ fassen zu können. „Mit einem Wort: Wie es Euer Interesse dann von Euch erheischen wird.“

Ehrgeiz ist ihm keine Untugend gegenüber der Selbstlosigkeit, sondern die bewegende Kraft schlechthin. So kommt er zu dem Schluß, daß der „Wunsch nach Vergrößerung“ auch im Interesse des Bewahrens notwendig ist, weil darin eine aktive Kraft wirkt, ohne die das Bestehende nicht zu garantieren wäre: „Denn dieselben Mittel, die er (der Staatsmann) zum offensiven Handeln bestimmt, sind stets zur Verteidigung des Staates bereit.“ Es geht ihm denn auch nur um Ergebnisse: „Sollte auch ein Mensch den seelischen Schwung der edlen Geister nicht von der Natur empfangen haben und aus Gier nach Ehre und Belohnungen doch eine schöne Tat vollbringen, so wäre damit schon viel gewonnen. Mag auch das Motiv der Tat an sich niedrig sein, die wackere Tat gereicht der Allgemeinheit trotzdem zum Vorteil.“

Friedrich, zu dessen nachhaltigsten Leistungen die Schaffung einer unabhängigen Justiz in Preußen gehört, formuliert für die Erben eine Reihe griffiger Maximen:

- „Aus großen Versammlungen gehen keine weisen Beschlüsse hervor.“
- „Politik ist die Kunst, mit allen geeigneten Mitteln stets den eigenen Interessen gemäß zu handeln.“
- „In den Gerichtshöfen sollen die Gesetze sprechen, und der Herrscher soll schweigen.“
- „Noch nie hat eine arme Regierung sich Ansehen verschafft.“
- „Zu glauben, die Welt sei von Bösewichtern bevölkert, heißt denken wie ein Menschenfeind. Sich einbilden, alle zweibeinigen Wesen ohne Federn seien Ehrenmänner, heißt sich wie ein Dummkopf täuschen.“
- „Nur wenige Menschen sind ohne Talent geboren. Jeden auf den rechten Platz stellen, heißt doppelten Vorteil aus allen ziehen.“



Allegorisches Bild (Kupferstich von J. D.Schleuen) auf den Friedensschluß von 1745 zwischen dem Kurfürsten von Sachsen (Friedrich August II.), Maria Theresia und Friedrich II. von Preußen. FOTOS: CONTI-PRESS/ULLSTEIN (2)

Die Politik, so schreibt er, zerfalle in zwei Teile, die innere Verwaltung betreffe die Interessen des Staates und die Aufrechterhaltung des Regierungssystems; die zweite schließe das „ganze politische System Europas“ ein und verfolge das Ziel der Sicherheit des eigenen Staates. So sehr Friedrich dabei die Notwendigkeit ausreichender Staatseinnahmen sieht, so sehr betont er, daß der Herrscher seine Einnahmen vor allem dadurch erhöhen könne, daß er – nicht „durch Bedrückung seines Volkes und Auflage neuer Steuern“, sondern „mit Hilfe von löblichem Gewerbefleiß sich bereichert“.

Der Preußenkönig war in seinem politisch-praktischen Denken eine Persönlichkeit von seltener Geschlossenheit. Das von ihm entwickelte „Politische System“ bezog erstmals alle Bereiche der Politik, von der Rechtspflege bis zur Wirtschaft, von Militär bis zur Außenpolitik konsequent aufeinander und gemeinsam auf das Wohl des Staates. Natürlich stieß es doch immer wieder an die Grenzen der Zeit und der Umstände. Und so klagt der philosophierende König auch in seinem „Politischen Testament“: „Ich bin nicht Herr, zu tun, was mir gefällt!“

Wie realistisch der Preußenkönig Menschen und Dinge sah, belegen auch Anmerkungen über seine Erzfeindin Maria Theresia: „Als Europa glaubte, Österreich sei verloren, kam eine Frau und erhob es wieder und behauptete es mit Festigkeit. Sie wurde der Abgott eines vor kurzem noch aufrührerischen Volkes, das sie für ihre Sache in den Kampf führte.“

Man könnte glauben, hier habe ein Freund eine Hymne auf eine Freundin gesungen, zumal der Preuße noch hinzufügte: „Ihr Ministerrat ist durch Weisheit und systematisches Verfahren dem aller anderen Könige überlegen.“

In einem von zwei „Politischen Testamenten“ beschwor die Kaiserin ihre Nachfolger, den Verlust Schlesiens wieder wettzumachen: „Nichts als die Unterwürfigkeit in den göttlichen Willen macht mir auch diesen von Tag zu Tag stärker empfundenen schweren Verlust einigermaßen erträglich, in der Hoffnung, daß, wenn nicht zu meinen, so doch zu meiner Nachfolger Zeiten der Allmächtige sich meines Hauses erbarmen und zur Wiedereroberung dessen gnädig verhelfen wird, was so wider alle Billigkeit von Preußen entrissen wurde.“

Friedrich antwortet darauf 1768, geradezu von Testament zu Testament, im Hinblick auf Marias Sohn und Nachfolger Joseph: „Der wird uns munterhalten. Wehe denjenigen, die ihn aus den Augen verlieren oder sich in einer falschen Sicherheit wiegen werden.“

Maria Theresias Grundsätze, wie sie in ihren Testamenten („Aus mütterlicher Wohlmeinung zu besonderem Nutzen meiner Posterität – Nachfolge – verfaßte Instructions-Puncta“) dargelegt sind, zeigen einen Menschen, der nicht nur zweckorientiert war. Schon die Sprache ist aufschlußreich genug. Schrieb Friedrich ein geschliffenes Hugenotten-Französisch, so bediente sich Maria Theresia eines holprigen, verschachtelten Kanzlei-Deutschs, in dem sich die Gedanken überschlagen, verlorengehen. Weite Teile ihrer Testamente nehmen sich wie Rechtfertigungsversuche aus.

„Das Geschrei konnte sie nicht irre machen“

Herrschaft betrachtet sie darin als einen „Beruf“, den sie ausüben müsse, als wenn „mich die Sachen selbst gar nichts angingen“. „So lieb ich auch meine Familie und meine Kinder habe, so daß mir kein Fleiß, kein Kummer, weder Sorge noch Arbeit für sie zuviel ist, so ziehe ich doch meiner Länder allgemeines Bestes diesen alle Zeit vor, da ich in meinem Gewissen überzeugt bin, daß das Wohlergehen derselben es fordert, ihre allgemeine und erste Mutter zu sein.“

Entsprechend versteht sie auch ihr Verhältnis zu den Untertanen. „Wenn einmal die Staatserfordernisse erfüllt sind (Kriegslasten und Schulden beseitigt), so ist ein Landesfürst verpflichtet, seine Einnahmen zur Erleichterung des Loses seiner Länder und Untertanen einzusetzen und für die Armen zu verwenden, statt die Einnahmen mit Lustbarkeiten von Hoheiten und Magnifizenzen zu verschwenden.“ Ihrem Sohn legt sie als unumgängliches Erfordernis ans Herz, daß der „Militärstand der Notwendigkeit gemäß zur Erhaltung der Monarchie und zum Besten ihrer Länder und Untertanen vollständig eingerichtet werden“ müsse.

Und sie beschwört ihren Nachfolger, an den Prinzipien „der Tugend, Gottesfurcht, Gerechtigkeit, väterlicher Liebe, Milde und Sorgfalt zu ihren Ländern und Untertanen“ festzuhalten.

Das Unpopuläre vieler ihrer Maßnahmen hat die Regentin wohl geschreckt, sie aber nicht daran gehindert, es durchzusetzen: „Alles wurde getragen von der Hoffnung, die Vernünftigeren würden nach und nach erkennen, daß alles zu des Vaterlands und mithin zu ihrem eigenen Besten geschehen ist.“ Das allgemeine Geschrei habe sie nicht irre machen können, aber wohl sei es ihr nahegegangen, daß gerade jene, die den meisten Anlaß zum Dank gehabt hätten, „ihre Devotion und Erkenntlichkeit“ verweigerten.

Der Mensch, sagt sie, habe zwei Grundschwächen, „den angeborenen Eigennutz und die Dominierungsbegierde“. In dieser Kenntnis hat Maria Theresia regiert.

– Ende –

Wenn Sie einzelne Folgen dieser Serie versäumt haben, aber nachlesen wollen, wählen Sie bitte 0 20 54 / 10 15 41: Frau Karin Kuhlmann schickt sie gerne zu.



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geiler; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 22 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 3, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Langers Jagd nach dem ersten Sieg

GERD A. BOLZE, Düsseldorf

Gewinnt der zur Zeit von der dollarträchtigen US-Tour verbannte Spanier Severiano Ballesteros sein sechstes Turnier in Europa in dieser Saison? Oder kommt Deutschlands einziger Weltklassegolfer Bernhard Langer (Anhausen) in seinem 25. internationalen Turnier in diesem Jahr endlich zu seinem ersten Sieg? Diese Fragen werden von Donnerstag bis Sonntag auf dem Gelände des Hubbelrather Golf-Clubs bei Düsseldorf beantwortet. Dort wird die 52. Offene Golfmeisterschaft von Deutschland schon zum dritten Mal nach 1973 und 1977 ausgespielt wird.

Zweifellos sind die beiden 29jährigen die Stars unter den 150 Profis aus 20 Nationen (zusätzlich wurden sechs deutsche Amateure eingeladen). Immerhin stehen sie in der Computer-Weltrangliste auf den Plätzen eins und drei. Ballesteros führt mit 1093 Punkten nur knapp vor dem Australier Greg Norman (1078) und Langer (1024). Erst mit 701 Punkten folgt Tommy Nakajima (Japan). Als dritter Star der Hubbelrather Tage ist der Schotte Sandy Lyle, Europas Ranglistenerster von 1985 und auch British-Open-Champion des Vorjahres, mit 563 Punkten erst auf Rang neun eingestuft.

Der Deutsche Golf-Verband (DGB) hat als Veranstalter zusammen mit seinen drei neuen Hauptsponsoren Deutsche Bank, Mercedes Benz und der Bekleidungsfirma Boss die Preisgelder erneut erhöht, diesmal um 25 Prozent auf 500 000 Mark. Davon kassiert der Sieger 83 300 (Vorjahr nur 66 660), der Zweite 55 500, der Dritte 31 500, der 65. nur noch 1250 Mark. Die Stars haben schon vor dem ersten Schlag kräftig kassiert. Man spricht von Startgeldern in Höhe von rund 50 000 Dollar für Ballesteros und etwa 30 000 Dollar für Langer.

Auch im Golf zählt oft nur der Sieg. Das spürt vor allem Bernhard Langer, der heute seinen 29. Geburtstag feiert. Er hat die German Open als erster Deutscher gewonnen und den Titel nun schon dreimal erkämpft. Der Titelverteidiger läuft in dieser Saison allerdings noch seinem ersten Sieg hinterher. Dabei ist er weltweit ein Muster an Beständigkeit.

Auf der US-Tour – die nicht nur die meisten Dollar-Prämien bietet, sondern zweifelsohne auch die schwerste Konkurrenz der Welt ist – war der Anhausener bei bisher 19 Starts nur dreimal nicht für die letzten 36 Löcher qualifiziert. Er war jedoch je zweimal Zweiter und Dritter und insgesamt achtmal unter den ersten Zehn. Gestern kam er in Düsseldorf aus den USA an – ohne seine Schläger, die während des Fluges verloren gingen. In schlechter Laune machte er seine erste Übungsrunde mit geliehenen Schlägern.

Sein alter Rivale Ballesteros lag bei zehn Starts auf der Europa-Tour stets unter den ersten Zehn und kassierte fünf Siegerschecks bei der British Masters, Irish Open, Monte Carlo Open, French Open und Dutsh Open. Das brachte dem oft so arrogant und emotionell agierenden Spanier einen Rekord: er ist der erste Golfer, der in Europa in seiner bisher 13jährigen Profi-Karriere die Millionen-Grenze an Preisgeldern durchbrochen hat – mit 1 006 548 Millionen Pfund, rund 3,5 Millionen Mark. Und noch ein Rekord wartet auf den Spanier: mit bisher gewonnenen 196 700 Pfund wird er als erster europäischer Ranglistenerster die 200 000-Pfund-Grenze überschreiten. Das könnte schon in Hubbelrath passieren. Offener Deutscher Meister war Ballesteros bisher nur 1978, seine letzte Teilnahme beendete er 1983 als Zweiter.

Auch Hubbelrath hat ein Novum zu bieten. Erstmals in der Geschichte von bisher 52 offenen Golfmeisterschaften von Deutschland wurde eine *Anlage nicht nur besonders sorgfältig* hergerichtet. In dreijähriger Entwicklung wurde der 18-Löcher-Meisterschaftsplatz durch Umbauten für rund 120 000 Mark modernisiert und den technischen Erfordernissen angepaßt.

In dem viertägigen 72-Löcher-Wettspiel wird zur Halbzeit das Feld der 150 Konkurrenten auf die besten Profis und Spieler mit gleichen Ergebnissen für den 65. Platz reduziert, Nur sie dürfen dann noch zur dritten *und vierten Runde antreten.*

Wie schwer das ist, erfuhr der Hubbelrather Heinz-Peter Thül, der neben Langer als einzige Deutscher im Besitz der begehrten Players-Karte ist. Er war bisher erst fünfmal sogenannter „Nachrücker" auf Turnieren in Europa. Doch alle fünf Mal verpaßte der 22jährige den Cut nach 36 Löchern, dreimal nur um einen Schlag. Doch um diesen Cut zu schaffen, mußte man oft Par spielen – in Hubbelrath zweimal 72=144 Schläge für die ersten 36 Löcher.

ZAHLEN

SCHACH

Weltmeisterschaft in London, 11. *Partie zwischen Kasparow* und Karpow, die Notation (Weiß Karpow): 1.d4 Sf6, 2.c4 g6, 3.Sc3 d5, 4.Lf4 Lg7, 5.e3 c5, 6.dxc5 Da5, 7.Tc1 dxc4, 8.Lxc4 0-0, 9.Sf3 Dxc5, 10.Lb3 Sc6, 11.0-0 Da5, 12.h3 Lf5, 13.De2 Se4, 14.Sd5 e5, 15.Txc6! exf4, 16.Tc7 Le6, 17.De1 Db5, 18.Se7+ Kh8, 19.Lxe6 fxe6, 20.Db1! Sg5, 21.Sh4 Sxh3+!, 22.Kh2! Dh5, 23.Sexg6+ hxg6, 24.Dxg6 De5, 25.Tf7 Txf7, 26.Dxf7 Sg5, 27.Sg6+ Kh7, 28.Sxe5 Sxf7, 29.Sxf7 Kg6!, 30.Sd6 fxe3, 31.Sc4 exf2, 32.Txf2 b5, 33.Se3 a5, 34.Kg3 a4, 35.Tc2 Tf8, 36.Kg4 Ld4, 37.Te2 Lxe3, 38.Txe3 Tf2, 39.b3 Txg2+, 40.Kf3 Txa2, 41.bxa4 Remis.

TENNIS

Setzliste für Flushing Meadow, Herren: 1. Lendl (CSSR), 2. Wilander (Schweden), 3. Becker (Deutschland), 4. Edberg (Schweden), 5. Noah (Frankreich), 6. Connors (USA), 7. Nystroem (Schweden), 8. Leconte (Frankreich), 9. McEnroe (USA), 10. Gomez (Ekuador).

EISHOCKEY

Thurn-und-Taxis-Pokal: ESV Kaufbeuren – EHC Lustenau (Österreich) 7:0 (Kaufbeuren im Finale).

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 497 022,50 Mark, 2: 44 604,50, 3: 3872,90, 4: 87,70, 5: 8,10. – **Toto**, Elferwette: 1: 2989,10, 2: 105,00, 3: 11,10. – 6 aus 45: 1: unbesetzt, Jackpot 180 234,95, 2: 12 015,60, 3: 1223,30, 4: 29,00, 5: 3,90. – **Rennquintett**, Rennen A: 1: 426,90 2: 181,10. – Rennen B: 1: 332,00, 2: 55,80. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 11 954,60. (Ohne Gewähr.)

SPORT-NACHRICHTEN

Prorok: Kündigung?

Frankfurt (sid) – *Vladimir Prorok*, Cheftrainer der deutschen Kunstturnierinnen, hat seinen sofortigen Rücktritt aus dem bis Ende 1988 laufenden Vertrag angekündigt. Grund: Der Tschechoslowake will nicht mehr mit Bundeskunstturnwartin Ursula Hinz (Berlin) zusammenarbeiten.

Schockemöhle gewann

Hickstead (sid) – Paul Schockemöhle gewann nach dem Englischen Springderby in Heckstead auch den Großen Preis. In beiden Wettbewerben siegte er mit Deister, der ihm 61 600 (Derby) und 9000 Mark verdiente. Deisters Gewinnsumme liegt jetzt bei 1 150 912 Mark.

Rot für Ian Rush

Liverpool (dpa) – Ian Rush, Liverpools Fußball-Nationalspieler aus Wales, erhielt die Rote Karte, obwohl das Spiel der ersten englischen Division gegen Manchester City (0:0) bereits abgepfiffen war. Rush soll Schiedsrichter Ken Walmsley beim Gang in die Kabine beschimpft haben. Laut Reglement darf ein Spieler *nach dem Schlußpfiff nicht mehr* bestraft werden.

Greiner droht Kündigung

Düsseldorf (sid) – *Uwe Greiner*, Ersatz-Torwart vom Fußball-Bundesligaklub Fortuna Düsseldorf, ist vom Training ausgeschlossen worden. Greiner, nach Alkohol-Eskapaden bereits zweimal vom Präsidium abgemahnt, soll erneut angetrunken zum Training gekommen sein. Ihm droht jetzt die fristlose Kündigung seines Vertrages.

Heynckes: Konsequenz

Mönchengladbach (dpa) – Jupp Heynckes, Trainer vom *Fußball*-Bundesligaklub Borussia Mönchengladbach, zog nach dem 2:3 beim Aufsteiger Blau-Weiß Berlin Konsequenzen. Für den Norweger Erik Thorstvedt soll künftig Uwe Kamps im Tor stehen.

Verzichtet England?

London (dpa) – Vereinsvorsitzende englischer Klubs fordern den Rücktritt der englischen Fußball-Nationalmannschaft aus der Europameisterschaft, die 1988 in der Bundesrepublik stattfindet. Die Klubs befürchten, daß durch Ausschreitungen der Fans die Rückkehr der gesperrten *Klubs in europäische Wettbewerbe* aufschieben würde.

SCHACH / WM

Ein abgelehntes Qualitätsopfer

LUDEK PACHMANN, Bonn

Die elfte Partie der Schach-WM in London endete Remis. Titelverteidiger *Garri Kasparow behauptete* seine Führung mit einem Punkt Vorsprung (6:5). Diese Partie war jedoch alles andere als ruhig (Notation siehe unter „Zahlen"): Karpow brachte im 15. Zug ein gefährliches Qualitätsopfer. Nach 15.... bxc6 wäre 16.Se7+ Kh8, 17.Sexc6 nebst Scxe5 gefolgt. Weiß hätte dann für die Qualität zwei Bauern und ein sehr aktives Läuferpaar erhalten.

Nach der Ablehnung des Opfers kam es zu weiteren Komplikationen. Mit *seinem 21. Zug kam* Kasparow zum Gegenspiel: 22.gxh3? wäre schlecht wegen Dg5+, 23.Sg2 f3 – und gewinnt. Karpow gelang es trotzdem, das Spiel in ein für ihn günstig aussehendes Endspiel zu überführen. Aber hier rettete seinen Gegner ein weiterer taktischer Witz im 29. und 30. Zug. Da nach 30.... fxe3 in erster Linie Le5+ mit Figurengewinn drohte, mußte Karpow auf den Mehrbauern verzichten. Das Turmendspiel endete schnell Unentschieden. In der Schlußstellung gewann Kasparow sogar einen Bauern, aber das war ohne jede Bedeutung.

LEICHTATHLETIK / Europameisterschaften in Stuttgart: Dopingproblem

Nur sehr milde Strafen. „Lebenslang" dauert höchstens 18 Monate

sid, Stuttgart

Lebenslange Sperren für gedopte Sportler und deren Trainer forderte die Athletenkommission beim Olympischen Kongreß in Baden-Baden vor fünf Jahren. Doch die Realität sieht anders aus. Das „lebenslang" dauert *meist nur 18 Monate, dann folgt* schon die vorzeitige Begnadigung. So startet bei den Leichtathletik-Europameisterschaften in Stuttgart ein halbes Dutzend Sportler, die schon einmal des Mißbrauchs von Medikamenten überführt und verurteilt wurden.

Der Internationale Leichtathletikverband (IAAF) hatte da noch nie Skrupel. Schon die bei der Europameisterschaft 1978 in Prag wegen Dopings gesperrte sowjetische Fünfkämpferin Nadeschda Tkatschenko und die *„DDR"-Kugelstoßerin Ilona* Slupianek durften 1980 in Moskau wieder olympisches Gold gewinnen. Auch in Stuttgart gehören begnadigte Dopingsünder zum Favoritenkreis.

Beispiel Martti Vainio. Der Finne belegte bei den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles über 10 000 Meter den zweiten Platz, fiel bei der Dopingkontrolle auf und wurde gesperrt – selbstverständlich „lebenslang". In seinem im November 1984 erschienenen Buch „Martti Vainio – ein Lauf in Agonie" gestand er die Einnahme von Hormon-Präparaten gegen den „übermäßigen Streß" ein. Auch für den Rotterdam-Marathon im April 1984 hatte er sich nach eigenen Angaben gedopt. Der finnische Verband erkannte Vainio alle Meistertitel ab und verweigerte die Rekordanerkennung. Aber erst im Februar 1985 gab der Dopingsünder seine Olympia-Medaille zurück. Und Anfang 1986 war schon wieder Gras über die Sache gewachsen. Vainio wurde nach 18 *Monaten* begnadigt, um in Stuttgart für seinen Verband wieder Medaillen zu gewinnen. Gestern abend startete er wieder über 10 000 Meter (die Entscheidungen des ersten Wettkampftages dauerten bei Redaktionsschluß noch an).

Beispiel Knut Hjeltnes. Dem norwegischen Diskuswerfer wurde 1978 Anabolika-Mißbrauch nachgewiesen. Norwegens Verband sperrte ihn zusätzlich. Nach Stuttgart flog Hjeltnes als zweitbester Werfer Europas mit einer *Bestweite von 68,50 Metern* – und als Mitfavorit.

Die Griechin Anna Verouli, Speerwurf-Europameisterin 1982 in Athen, *war 1984 in Los Angeles erwischt* worden. Seit Februar 1986 darf sie wieder starten. Mit 64,30 m blieb sie jedoch weiter unter ihrer Bestleistung von 72,40 m und zählt nicht zum Kreis der Medaillenkandidaten.

Ihre freizügige Begnadigungspraxis dokumentierte die IAAF auch beim 35. Verbandskongreß in Stuttgart. Praktisch als erste Amtshandlung wurden am letzten Freitag die Sperren des bei den Olympischen Spielen 1984 gedopten Hammerwerfers Gianpierro Urlando (Italien), des Kugelstoßers August Wolf und des Diskuswerfers Gary Williky (beide USA) von lebenslang auf 18 Monate verkürzt.

Die Kritik der Antidoping-Kämpfer bleibt nicht aus. „Dadurch gibt es keinen Dopingverstoß weniger", sagt der weltweit anerkannte Experte Manfred Donike, in dessen Institut für Biochemie an der Deutschen Sporthochschule Köln auch die Analysen der Dopingproben der Europameisterschaft in Stuttgart durchgeführt werden. Donike *vermißt* die Abschreckung durch harte Strafen.

Das Problem war schon vor Jahren von Willi Daume erkannt worden. Der *NOK*-Präsident sagte auf dem Höhepunkt der Doping-Krise im Weltsport: „Es ist einfach schizophren, wenn ein Athlet auf Lebenszeit disqualifiziert wird, nur weil er mal ein paar Mark Reisespesen zuviel von einem Veranstalter erhalten hat. Wer aber durch Doping die Regeln der Fairneß auf das Gröbste verletzt, bleibt bis auf eine kurze Sperre praktisch ungeschoren, sofern er überhaupt erwischt wird."

*

Harte Kritik an der gesundheitlichen Vorbereitung der Athleten aus der Bundesrepublik übte der Freiburger Mediziner Professor Armin Klümper, Arzt der deutschen Leichtathletik-Nationalmannschaft. Zur Zeit sei er recht zuversichtlich, doch „im Vorfeld der EM war es eine Katastrophe". Hauptpunkt der Kritik: „Die größten Fehler wurden wieder einmal im Frühjahrs-Training gemacht. Ich möchte noch einmal ganz deutlich sagen, *daß ich ein erklärter Gegner von* Trainingslagern bin, die in unserem Winter in südlichen Gefilden stattfinden. Da die Athleten dort in kleinen Gruppen und Grüppchen hinfahren, ist in den seltensten Fällen eine sportmedizinische Betreuung in der Form gewährleistet, wie sie sein sollte. Die Folge auch in diesem Jahr: Der Über*gang von den Trainingslagern im war*men Süden zum Training im eigenen Land war besonders schlimm."

Zeitplan und WELT-Tips

Das sind die Entscheidungen des zweiten Wettkampftages in Stuttgart. Die WELT tippt die Medaillengewinner:

● **18.00 Uhr, 20 km Gehen, Männer:** 1. Kowalsky („DDR"), 2. Pribilinec (CSSR), 3. Weigel („DDR"). – Teilnehmer des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV): Wiedemann (Fürth).

● **19.10 Uhr, Weitsprung, Frauen:** 1. *Drechsler („DDR", 7,45), 2. Tschistja*kowa (UdSSR, 7,34), 3. Belowskaja (UdSSR, 7,31). – DLV-Teilnehmer: Hirsch (6,68), Harms (6,45).

● **19.10 Uhr, Speerwerfen, Männer:** 1. Michel („DDR", 83,52), 2. Puuste (UdSSR, 83,40), 3. Ottley (Großbritannien, 80,62). – DLV-Teilnehmer: Tafelmeier (82,90), Gamke (81,30), *Schreiber (76,88).*

20.10 Uhr, 100 m, Frauen: 1. Göhr („DDR", 11,02), 2. Gladisch („DDR", 10,96), 3. Kasprczyk (Polen, 10,93). – DLV-Teilnehmer: Gaugel (11,20), März (11,50), Sarvari (23,56).

20.00 Uhr, 100 m, Männer: 1. Woronin (Polen, 10,11), 2. Bringmann („DDR", 10,13), 3. Christi (Großbritannien, *10,04). – DLV-Teilnehmer:* Haas (10,28), Evers (10,32), Schlicht (10,42).

Zehnkampf, erster Tag, getippter Endstand: 1. Thompson (Großbritannien, 8663 Punkte), 2. Wentz (Deutschland, 8590), 3. Hingsen (Deutschland, 8458). – DLV-Teilnehmer: Kratschmer (8510).

Die Ziffern in den Klammern geben die Betleistung der Athleten in diesem Jahr an.

● **Im Fernsehen:** Das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) berichtet heute von *den Vorkämpfen ab 9.55 Uhr. Von* 17.15 bis 18.50 Uhr und von 19.20 bis 21.45 Uhr berichtet das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) live.

Heute im Blickpunkt

Um 10.05 hebt sich heute der Vorhang für den Evergreen im großen Sport-Theater, für ein Drama in zehn Akten. Zehnkämpfer Siggi Wentz hat in diesem Stück schon oft mitgespielt, doch diesmal ist ihm die zweite Hauptrolle übertragen. Wentz, bisher Edel-Komparse, wurde zum Herausforderer. Selbst Daley Thompson, Hauptdarsteller der zweitägigen Vorführung, sagt: „Ich rechne in erster *Linie mit Siggi Wentz, denn Guido* Kratschmer ist mit 33 Jahren zu alt, und die Zeit von Jürgen Hingsen ist schon ein bißchen vorbei."

Seit 1980 hat Daley Thompson („Der Zehnkampf – das bin ich") noch jeden abgewiesen, der ihn vom Thron stürzen wollte. Vor allem Jürgen Hingsen ist stets daran gescheitert. Er, von Thompson als „Hoolywood-Hingsen" bezeichnet, ist nur noch in der Außenseiter-Rolle.

TENNIS / US-Open in New York, das verrückteste Turnier der Welt

„Mac is back" – und Boris Becker als Sympathie-Trumpf in der Hinterhand

H.-J. POHMANN, Bonn

Worte, im ersten Zorn gesprochen, sind wohl dazu da, schnell vergessen zu werden. Als der Wimbledonfinalist von 1985, Kevin Curren, im Vorjahr gleich in der ersten Runde der Offenen Amerikanischen Tennis-Meisterschaften scheiterte, suchte er nach *Schuldigen. „Die Zuschauer sind nur* zum Lärmen hier. Und die Unruhe macht einen verrückt. Am besten wäre es, eine Bombe auf die Anlage zu schmeißen. Ich auf jeden Fall werde hier nicht mehr starten."

Ein Mann von Wort? Mitnichten. Denn der in Südafrika geborene Curren ist selbstverständlich in diesem Jahr ebenso dabei wie all die anderen, die Jahr für Jahr das „verrückteste Turnier der Welt" („New York Times") verdammen und dann doch wieder spielen. *In diesem Jahr erfüllt* sich dabei der Traum aller Turnierveranstalter: Erstmals in der Geschichte des offenen Tennis seit 1968 sind bei Damen und Herren die jeweils 16 Bestplazierten der Weltrangliste gemeldet. Eine Erfolgsmeldung, die in Paris, Wimbledon und Melbourne, den drei anderen Grand-Slam-Turnieren, nur mit Neid registriert werden wird.

Geradezu atemberaubend ist die Entwicklung der US-Open. Als die United States Tennis Association (USTA) 1978 das Turnier vom vornehmen Westside Tennis Club in Forest Hills ins National Tennis Center in Flushing Meadows verlegte, galt es erst einmal, kleine Brötchen zu bakken. Für alle Konkurrenzen konnten nur 100 000 Dollar Preisgeld ausgeschüttet werden, die Baukosten in Höhe von 13 Millionen Mark drückten. Heute ist die USTA schuldenfrei und streicht Jahr für Jahr Nettogewinne von knapp vier Millionen Dollar ein. Die Einnahmen – von sechs Millionen Dollar aus Eintrittskarten, 6,5 Millionen aus dem Verkauf der Fernsehrechte, Sponsorengelder in Höhe von fünf Millionen Dollar – ermöglichen es heute, ein Gesamtpreisgeld von knapp 3,5 Millionen Dollar auszuschreiben.

Rekorde und nochmals Rekorde – mit dieser Maxime haben es die Amerikaner dann auch tatsächlich geschafft, ihr Turnier *an die Spitze aller* Veranstaltungen in der Welt zu hieven. Und dennoch erwarten die Offiziellen diesmal ihre erste echte Bewährungsprobe. Denn nur einmal verzeihen die New Yorker einen Turnierausgang wie den im Vorjahr. Damals siegten mit Ivan Lendl und Hana Mandlikova zwei Tschechoslowaken. Das deutsche „Tennis-Magazin" sprach von einem „Staatsstreich".

Selbst dieser markige Ausspruch ist nicht einmal übertrieben. Denn bei allem Zauber, den die teilnehmenden Aktiven aus allen Kontinenten ausstrahlen, steht für den New Yorker Fan an erster Stelle der Patriotismus. *Ivan Lendl wird lediglich* geduldet, die Garde der Schweden respektiert. Dagegen wird Jimmy Connors wegen seines Kampfgeistes geradezu verehrt. Und diesmal wird es im *Louis-Armstrong-Stadion eine* verkehrte Tennis-Welt geben. John McEnroe, der sieben Monate lang Pause machte, ist der Mann, um den sich das Interesse drehen wird. Auch die New Yorker haben mit ihrem Sportinstinkt erkannt, daß es „Big Mac" ist, auf den sie in diesem Jahr setzen müssen. *Sieben Monate* ohne das Genie zwischen den Linien haben ausgereicht, um ihnen klar zu machen, daß John McEnroe der einzige *unter den 33 Amerikanern* ist, für den es sich lohnt, ins Stadion zu kommen.

„Mac ist back" – in Zeitungen, auf Plakatwänden, am John-F.-Kennedy-Flughafen, an Häusermauern, in der U-Bahn: Überall zeigt John McEnroe das freundlichste Werbelächeln, zu dem der böse Bube des Tennissports fähig ist. Die Fans sehnen sich die McEnroe-Show herbei. Zum ersten Mal in der Geschichte der Titelkämpfe sind alle 13 Tagesveranstaltungen im voraus ausverkauft. 1985 waren bereits 410 000 Besucher gekommen.

Vergessen werden jene Zeiten sein, als jedes Ballwegschlagen des dreimaligen Wimbledonsiegers mit Pfiffen begleitet wurde. McEnroe, so lautet die Prognose, wird erstmals die Unterstützung der New Yorker erleben – vorausgesetzt, er übersteht die erste Runde gegen Paul Annacone, *dem 19. der Weltrangliste.*

Sollte McEnroe aber tatsächlich früh ausscheiden, dann hätten die Veranstalter mit Boris Becker und *Steffi Graf neue Trumpfkarten in der* Hinterhand. Beide haben sich in den letzten Wochen mit ihren Turniererfolgen in den USA eine so große Popularität verschafft, daß sie durchaus in der Lage wären, McEnroes Platz in den Herzen der Fans einzunehmen. Becker gilt mit seiner dazugewonnenen Abgeklärtheit zumindest als sicherer Kandidat für das Semifinale. All der Druck, dem der 18 Jahre alte Deutsche in den letzten Monaten ausgesetzt war, ist nach seinem zweiten Triumph in Wimbledon wie weggeblasen. Er scheint innerhalb von wenigen Wochen gereifter und selbstsicherer geworden zu sein.

Steffi Graf, nach ihrem vor vier Wochen in Prag erlittenen Zehenbruch fast wieder hundertprozentig fit, *schickt sich an*, am Thron von Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd zu kratzen. Geradezu bewundernswert, mit welcher Konsequenz Vater Peter Graf die Karriere seiner Tochter geplant hat. Instinktiv erkennt Graf die Schwächen und Stärken seiner Tochter, die er dann von den Trainern seiner Tochter ausmerzen oder verbessern läßt. Auch die US-Open waren mit dem Vorbereitungsturnier in Mahwah, das Steffi Graf am Sonntag gewann, geradezu generalstabsmäßig geplant.

Geld-Rangliste

In diesem Jahr übertraf Wimbledonsiegerin Martina Navratilova (USA) erneut die Million-Dollar-Grenze an Gewinnprämien bei Tennisturnieren. Insgesamt kassierte sie 1986 bisher 1 068 512 Dollar. Ihr am nächsten kamen Chris Evert-Lloyd (USA) mit *782 305*, die Tschechoslowakin Helena Sukova (391 935), die Amerikanerin Pam Shriver (373 520) und Steffi Graf mit *338 650 Dollar*. Mit 293 242 liegt Claudia Kohde-Kilsch hinter Hana Mandlikova (CSSR, 314 664) an sechster Stelle. Als 20. nahm Bettina Bunge 76 943 Dollar 1986 ein.

Juristen wehren sich gegen Durchsuchungen

ub. **Hamburg**

Der Fall der Hamburger Rechtsanwältin Isolde Öchsle-Misfeld, die von der Staatsanwaltschaft der Beteiligung an *Tötungsdelikten im* Zusammenhang mit den Schüssen des „St. Pauli-Killers" Werner Pinzner im Polizeipräsidium der Hansestadt beschuldigt wird, hat zu rechtspolitischen Auseinandersetzungen geführt.

Nach dem Protest der *Hanseatischen* Rechtsanwaltskammer gegen *die Durchsuchungen* von Verteidigern, die im Untersuchungsgefängnis ihre Mandanten aufsuchen wollen, hat nun auch der Präsident des Oberlandesgerichts, Helmut Plambeck, die Abschaffung derartiger Kontrollen für Richter und Staatsanwälte verlangt.

Plambeck erklärte, er halte diese Durchsuchungen im Hinblick auf ihre Wirksamkeit und ihre Rechtsgrundlage für "problematisch". Die Kontrollen waren als Reaktion auf Sicherheitsmängel *in der* Untersuchungshaftanstalt, die nach dem Blutbad Pinzners *zutage getreten* waren, von der Justizbehörde angeordnet worden. Plambeck *meinte weiter*, es berühre "das Selbstverständnis der Richter, die im Strafprozeß mit der Autorität des Staates Urteile zu fällen haben, wenn sie sich vorher durchsuchen lassen müssen".

Der Gerichtspräsident riet der Justizbehörde, zunächst innerhalb des Untersuchungsgefängnisses die Sicherheitsmaßnahmen zu verschärfen, bevor Richter, Staatsanwälte und Anwälte Kontrollen mit einer Metallsonde und Durchsuchungen ihrer Taschen unterworfen werden.

Die Rechtsanwältin Öchsle-Misfeld, die sich seit dem 9. August in Untersuchungshaft befindet, steht nach einer Mitteilung der Hamburger Staatsanwaltschaft in dem dringenden Verdacht, "in Kenntnis des geplanten Ablaufes der Ereignisse vom 29.07.86 im Polizeipräsidium" an der Beschaffung der Tatwaffe beteiligt gewesen zu sein.

Im Gegensatz zur Polizeiführung, *die schon am Abend des 29. Juli* erklärt hatte, Pinzners Ehefrau Jutta *habe die Tatwaffe in den Sicherheit*strakt des Polizeipräsidiums geschmuggelt, ist die Frage nach dem Transportweg der Waffe der jüngsten Erklärung der Staatsanwaltschaft zufolge noch immer "Gegenstand der umfangreichen Ermittlungen".

Kreml-Auskunft zu Tschernobyl nährt im Westen die Zweifel

Sowjets sprechen jetzt von Konstruktionsfehlern / *Zehn Prozent* Energieverlust

CARL GUSTAF STRÖHM, **Wien**

Während der Beratungen der Internationalen Atom-Energiebehörde (IAEA) über die Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl ist es zu scharfer Kritik einiger westlicher Länder an dem von den Sowjets vorgelegten Bericht über die Ursachen des Kernkraftunglücks gekommen. Während die Sowjets in ihrem Bericht *allein menschliches Versagen* und kaum technische Unzulänglichkeiten als Ursache für das Unglück angeben, sind westliche Tagungsteilnehmer der Ansicht, daß nur schwere Mängel an Sicherheitsstandards es der Bedienungsmannschaft von Tschernobyl überhaupt ermöglicht hätten, jene leichtsinnigen „Experimente" anzustellen, die am 26. April zur Katastrophe führten.

„Kritisch und konstruktiv"

547 Teilnehmer aus 45 Ländern *diskutieren in zwei Arbeitsgruppen* die Ursachen und Folgen der Reaktorkatastrophe. *Die sowjetische Dele*gation besteht aus 28 Personen unter der *Leitung* von Walerij Legasow, dem Vizedirektor des Moskauer Kurtschatow-Instituts für Atomenergie. Legasow erklärte, die Sowjets seien zu einer kritischen und konstruktiven Diskussion bereit und wollten „alle Fragen beantworten". An der sowjetischen Entschlossenheit, die Atomenergie weiter zu forcieren, ließ Legasow keine Zweifel. Entgegen der Darstellung in dem Moskauer Bericht räumte Legasow Kontruktionsfehler beim Raktortyp RBMK ein, dem auch das *Atomkraftwerk* in Tschernobyl angehört. Die Sowjetunion sei dabei, diese Reaktoren *sicherheitstechnisch* nachzurüsten. Es dürfe nicht erneut eine Serie von Bedienungsfehlern eine derartige Katastrophe auslösen.

Legasow erklärte weiter, Moskau werde auf jeden Fall den Bau der RDMK-Siedewasserreaktoren fortsetzen. Es handele sich dabei insbesondere um die geplanten Kernkraftwerke Smolensk und Kursk. In *Tschernobyl* sei der Bau der Blöcke fünf und sechs eingestellt worden. *Die Sowjetunion hoffe,* so *Legasow,* noch bis Ende des Jahres die Blöcke *eins und zwei wieder* in Betrieb nehmen zu können. Weiter erklärte Legasow, zehn *Prozent der fast 15 Millio*nen Kilowatt Strom, die von den 15 Reaktoren des RBMK-Typs *normalerweise* erbracht würden, fielen in diesem Jahr aus.

Im 300 Seiten starken sowjetischen Unfallbericht an die IAEA heißt es, *daß nach der Explosion* eine Wolke mit radioaktiven Substanzen 1200 Meter hoch in die *Luft geschleudert* wurde. Diese Wolke habe sich zunächst in nordwestlicher Richtung, ab 29. April aber dann nach Süden bewegt. Betroffen von der radioaktiven Verseuchung seien nicht nur die Ukrainer und Bjelorußland, sondern auch Teile der Russischen Föderation (RSFSR). Die Strahlung sei bis 1. Mai konstant abgesunken, dann aber am 2. Mai wieder angestiegen, als die Restwärme des Reaktors mit 1700 Grad weitere Substanzen austreten ließ. *Bis zum 6. Mai sei die austreten*de Radioaktivität auf einen Wert nahe null gesunken. Neben Jod 131, Caesium und Telurium sei auch das Edelgas Xenon ausgetreten.

20 000 Kinder evakuiert

Unter den 135 000 aus einem Umkreis von 30 Kilometer um Tschernobyl evakuierten Personen seien 20 000 Kinder. Westliche Experten rechnen mit 5000 zusätzlichen Krebstoten.

Von den 13 Opfern, an denen Knochenmarkstransplantationen vorgenommen wurden, haben bis jetzt nur vier überlebt. Der amerikanische Arzt Robert Gale, der diese Transplantationen vornahm, erklärte in Wien, er sei von einer 25prozentigen Überlebenschance ausgegangen. Dies habe sich bestätigt. Inzwischen stellt sich heraus, daß in der Sowjetunion Strahlenhöchstwerte nur für Milch und Trinkwasser, nicht aber für alle übrigen Lebensmittel festgelegt wurden.

Wörner hält Achromejew Zahlen vor

rmc. **Bonn**

Gegen die Darstellung des sowjetischen Generalstabschefs, Marschall Achromejew, die Sowjetunion nehme mit der Verlängerung des einseitigen Atomteststopps militärische Nachteile in Kauf, hat sich Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner gewandt. (*Achromejew hatte* eingeräumt, daß die politischen Vorteile für die Moskauer Entscheidung maßgebend waren. WELT v. 26.8.) Vor Journalisten sagte Wörner in Bonn, generell betrachtet hätten bei dieser Thematik die militärischen Nachteile „mit Sicherheit" die USA.

Die Sowjetunion habe ihr Kernwaf*fenpotential vor Beginn des Morato*riums am 6. August 1985 „umfassend modernisiert". Sie habe drei neue Waffen mit interkontinentaler Reichweite der Typen SS 17, SS 18 und SS 25 sowie zwei weitere der Typen SS 20 und SS 23 mit Mittelstrecken-Reichweite eingeführt. Die USA hätten sich auf die strategische Rakete MX und die Rakete Pershing 2 mit kürzerer Reichweite beschränkt.

Wörner verglich auch die Testzahlen der beiden Großmächte von 1971 bis heute. Danach wurden vom Westen 315 sowjetische Atomsprengungen erkannt. Die USA hätten 223 Nukleartests unternommen und damit 82 weniger als die Sowjetunion. Mit diesen Zahlenangaben verband der *Verteidigungsminister die Bemer*kung, der sowjetische Teststopp-Vor*schlag richte sich auf die* „Psychologie im Westen", doch zähle die Sicherheit. Solange in West wie *Ost* Atomwaffen existierten, könnten beide Seiten auf „bescheidende Zahlen von Tests" nicht verzichten. Das auch von der Bundesregierung unterstützte „langfristige Ziel" der USA nach ausgewogener „einschneidender Reduzierung" der Nuklearwaffen sei mit „isolierten Moratorien", die nicht von einer zuverlässigen Kontrolle (Verifikation) im Rahmen eines Vertrages begleitet seien, nicht zu fördern.

Auf diesen Aspekt wies auch der Abrüstungsbeauftragte der Bundesregierung, Botschafter Friedrich Ruth, gestern in einer Rede vor der Genfer UN-Abrüstungskonferenz der *40 Staaten hin. Bonn habe in diesem* Gremium mit dem Vorschlag eines weltweiten seismischen Überwachungssystems für Kernwaffentests die „breite Zustimmung" der an der Konferenz beteiligten Länder erhalten.

Bundeswehr will mit „Stellenbörse" werben

Wörner zieht Erfolgsbilanz / Personalentwicklung positiv

RÜDIGER MONIAC, **Bonn**

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner *gibt sich optimi*stisch. Der Bundeswehr werde es mit großer Wahrscheinlichkeit gelingen, in diesem Jahr das Ziel zu erreichen, mit 40 000 neuen Soldaten mehr „Längerdiener" als je zuvor einzustellen, versicherte er gestern vor Journalisten in *Bonn. Die Zahl von nahezu* 21 000 Einstellungen und Erstverpflichtungen aus der Truppe schon im ersten Halbjahr gebe guten Grund zu dieser Prognose, meinte der Minister.

Über diese Entwicklung zeigte *Wörner sich zufrieden*, weil damit klar werde, daß zum einen die Bundeswehr mit *ihrem* Arbeitsplatz-Angebot trotz der Konkurrenz der gewerblichen Wirtschaft attraktiv sei, und zum anderen dadurch auch bewiesen werde, daß die Planungen der Hardthöhe für die Erhaltung des Streitkräftestärke trotz sinkender Jahrgangszahlen bei den Wehrpflichtigen realistisch sei.

Um die Anziehungskraft der Bundeswehr für Arbeitssuchende weiter zu steigern, sollen die Truppe und die Annahmestellen für Freiwillige nach Wörners Worten „großzügig" mit modernem Ausstellungsmaterial, einer *noch effektiveren Wehrdienstbera*tung und über längere Sicht mit einer *computerunterstützten* „Stellenbörse" ausgestattet werden.

Auch beim Abbau des „Verwendungsstaus" wartete der Verteidi*gungsminister mit einer Erfolgbilanz* auf. Als Folge des lange umstrittenen Gesetzes zur Frühpensionierung von Offizieren wird Ende kommenden Monats ein Drittel von rund 600 Bataillonskommandeuren und etwa ein Fünftel von 1900 Kompaniechefs, die für ihre militärische Führungsaufgabe zu alt geworden waren, aus den Einheiten und Verbänden versetzt worden sein und jüngeren Kameraden Platz gemacht haben.

Diese und andere Maßnahmen wirkten sich günstig auf die Stimmung in der Armee aus. Noch zu lösen blieben die zu hohe Dienstzeitbe*lastung in der Truppe, eine Milderung* der Folgen für die Soldatenfamilien beim Umzug sowie die soziale Absicherung ausscheidender Zeitsoldaten, meinte Wörner.

Nachdrücklich hob der Minister auch die künftig weiter wachsende Bedeutung der Reservisten für die Bundeswehr hervor. Sie seien keine „Soldaten zweiter Klasse", sondern leisteten einen „unverzichtbaren Beitrag zur Einsatzbereitschaft". Das finde unter anderem seinen Ausdruck in der Verfügung, nach der Reservisten wie aktive Soldaten die gleiche Ausrüstung und Bekleidung erhalten. Durch Wehrübungen sollen Reservi*sten künftig auch keine finanziellen* Nachteile mehr haben.

Moskaus „wissenschaftliche Provokation". Was ein US-Beamter angeblich schrieb

C. G. BROCKDORFF, **Brüssel**

Die Sowjetunion hat offenbar die Katastrophe in Tschernobyl zum Anlaß einer Desinformationskampagne genommen.

Wie von westlicher Seite verlautete, setzte der sowjetische Geheimdienst KGB ein gefälschtes Schreiben eines amerikanischen Regierungsbeamten in Umlauf, in dem es hieß, der Reaktorunfall in der Ukraine müsse in westlichen Medien aufgebauscht werden, um der Sowjetunion zu schaden.

Tatsächlich tauchten in europäischen Zeitungen nach dem Reaktorunfall *Meldungen auf, in denen* von bis zu 3000 Todesopfern die Rede war. Amerikanische Beamte wiesen jedoch darauf hin, daß diese Meldungen „falsch und unfair" gewesen seien, schließlich aber nur das Produkt der Gerüchte waren, *die die UdSSR durch sein hartnäk*kiges Vertuschen des Unfalls selbst verschuldet habe.

In der Fälschung habe es geheißen, Berichte über radioaktiven Niederschlag in Europa *müßten* von den USA übertrieben werden. *Auf diese Weise* habe der sowjetische Geheimdienst das Ausmaß der Katastrophe als amerikanische *Erfindung darstellen wollen,* erklärten westliche Experten.

Die angewendete Methode entspreche der vom KGB erarbeiteten „wissenschaftlichen Form der indirekten Provokation". „Die Infamie des sowjetischen Vorgehens liegt darin, daß selbst eine Katastrophe wie die von Tschernobyl für antiamerikanische Propaganda herhalten muß", hieß es in Brüssel. Man sehe die KGB-Fälschung auch im Zusammenhang mit dem Bemühen der sowjetischen Regierung, Schadenerstatzansprüche westeuropäischer Staaten an Moskau abzulehnen. (SAD)

Ein „maßvolles Entgelt"

Landesregierung in Stuttgart beschließt Wasserpfennig

dpa. **Stuttgart**

Baden-Württemberg hat den Gesetzentwurf zur Einführung des umstrittenen „Wasserpfennigs" beschlossen. Mit ihm sollen Landwirte entschädigt werden, deren Erträge sich durch die geplante Ausweitung der Wasserschutzgebiete und der damit beschränkten Düngemöglichkeit verringern. Pro Kubikmeter entnommenen *Grundwassers, so erläuterte* Regierungssprecher Matthias Kleinert gestern, müssen die Wasserversorgungsunternehmen nach Inkrafttreten des Gesetzes zusätzlich zehn Pfennig an das Land abführen. Die Unternehmen können dieses Zusatzgeld auf die Wasserpreise umlegen. Von dem Geld werden die betroffenen Landwirte mit 310 Mark pro Hektar entschädigt.

Das Vorhaben war vielfach scharf kritisiert worden. Vertreter der FDP und der Grünen hatten vor allem die damit verbundene Abkehr vom Verursacherprinzip im Umweltschutz attackiert, Industrievertreter führten die Verteuerung ihrer Produkte ins Feld.

Kleinert unterstrich jedoch, es handele sich beim Wasserpfennig um ein „maßvolles Entgelt für *die* Inanspruchnahme des wertvollen Naturguts Wasser". Ein durchschnittlicher Vier-Personen-Haushalt, so betonte Kleinert, werde durch den Wasserpfennig nicht mehr als 20 Mark pro Jahr zusätzlich bezahlen müssen.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Waffen generell ausgeschlossen

„Kriegsdienstverweigerer mit der Kalaschnikow": WELT vom 21. August

Nach Paragraph 1 des Kriegsdienstverweigerungsgesetzes (KDVG) vom 28. 2. 1983 soll als Kriegsdienstverweigerer grundsätzlich nur gelten, wer sich aus Gewissensgründen der Beteiligung an jeder Waffenanwendung zwischen den Staaten widersetzt.

Versteht man nun unter Gewissen *das innere* Bewußtsein, welches, sich an den Kategorien von Gut und Böse *orientierend*, den Kriegsdienstverweigerer unbedingt verpflichtet, den „*Kriegsdienst mit der Waffe*" zu verweigern (so Art. 12a, Abs. 2 GG), und bedenkt *man*, daß der Grundrechtsschutz des Art. 4, Abs. 3 GG eine generelle, jeden Kriegsdienst mit Waffenanwendung ausschließende Gewissensentscheidung verlangt, dann ergibt sich aus dieser Erkenntnis, daß ihre Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer diejenigen verlieren sollten, die – wie die „Aufbauhelfer" in Nicaragua – Waffen zu Abwehrhandlungen mit potentieller Tötungsfolge mit sich führen.

Dieser Ansicht folgt auch das Bun*desverfassungsgericht mit* seiner Feststellung, daß nur solche Wehr*pflichtige* als Kriegsdienstverweigerer anerkannt werden, bei denen mit *hinreichender Sicherheit angenom*men werden kann, daß sie aus Gewis*sensgründen jeden Kriegsdienst mit* der Waffe zu verweigern bereit sind; *das heißt, das Grundrecht aus* Art. 4, Abs. 3, Satz 1 GG schützt vor solchen Tätigkeiten, die in einem nach dem Stand der jeweiligen Waffentechnik unmittelbaren Zusammenhang mit dem Einsatz bzw. der Verwendung von Kriegswaffen stehen (Urteile vom 24. 4. 1985 – 2 BvF 2-4/83). Nun kann ernstlich nicht behauptet werden, daß die Soldaten der kriegführenden Staaten wegen ihrer Teilnahme am Kriege notwendig selbst und in personam als Verbrecher anzusehen sind, zumal durch Art. 26, Abs. 1 GG generell Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, aus*drücklich für verfassungswidrig* erklärt und unter Strafe gestellt worden *sind*.

Dieses Verbot wird übrigens weder durch das NATO-Truppenstatut noch durch dessen Zusatzabkommen eingeschränkt bzw. unterlaufen. Mithin ist schon aus diesem Grunde die Behauptung, die Bundeswehr – als Bestandteil der NATO – unterstütze Interventionen in der Dritten Welt, falsch, und die evangelische Kirche, die das „Informationsbüro Wuppertal" finanziell unterstützt und deren Pastor U. Finckh die „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen" leitet, wäre gut beraten, wenn sie auf diese Fehlinterpretation hinweisen würde.

Das Bundesamt für den Zivildienst sollte dafür sorgen, daß auch die einen Entwicklungsdienst leistenden Kriegsdienstverweigerer eingedenk ihrer Verpflichtungen aus den Paragraphen 27 (*Beeinträchtigungsverbot* des Ansehens des Zivildienstes) und 29 (*eingeschränkte politische Betätigung*) des Zivildienstgesetzes handeln.

Dr. Horst Lehmann
Essen 1

„Dilettantisches Politisieren"

„Misereor fordert Boykott gegen Südafrika"; WELT vom 18. August

Nicht Misereor, sondern dessen „Hauptgeschäftsführer", Prälat Herkenrath, fordert „sofortige Boykottmaßnahmen gegen Südafrika". Diese Unterscheidung ist wichtig, weil sonst das weitere Wirken des offiziellen Hilfswerks der katholischen Kirche gefährdet wäre. Zu seiner Unterstützung rufen ja die *Bischöfe immer* wieder auf.

Herkenrath hat ohne Mandat gehandelt. Vom Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Höffner, *ist er auch in einer öffent*lichen Erklärung unverzüglich zur Ordnung gerufen worden, ohne daß freilich sein Name genannt wurde. Daß das System der Rassentrennung in Südafrika überwunden und abgeschafft werden muß, ist klar. Der Kardinal sagt *aber auch*: „Ob Zwangsmaßnahmen und deren Folgen den Betroffenen mehr schaden als nützen, kann ein Bischof als Inhaber des kirchlichen Lehramtes nicht entscheiden."

Prälat Herkenrath, der in einem *Rundumschlag die EG, die Bundesre*gierung und die Deutsche Bischofskonferenz angreift, sollte sich darauf besinnen, daß sein weltweiter Auftrag „verschwiegene Klugheit" (Harald Vocke) verlangt und nicht dilettantisches Politisieren.

Dr. Günter Bachmann,
Caritasdirektor a. D., Bonn 1

Sexualunterricht

„Soll und Haben"; WELT vom 15. August

Daß in diesem Artikel das neuzeitliche Bildungsprinzip „Koedukation" überhaupt einmal in Frage gestellt *wird, empfinde ich als Mutter dreier* schulpflichtiger Töchter geradezu als Sensation. Denn insbesondere ist bislang nicht überdacht, geschweige untersucht worden, welche akuten oder langfristigen Schäden bei Mädchen im koedukativen Sexualkundeunterricht angerichtet werden können. Wenn sich Mädchen in diesem Unterricht nackt ausgezogen fühlen vor den spottenden Jungen und dazu noch unter dem Notendruck eines spätpubertierenden Lehrers, ist dann nicht zu befürchten, daß sich später Frigidität oder auch umgekehrt Abstumpfung bis zur Promiskuität einstellen?

Wenn der Herr Kultusminister *mit* seiner Herrenriege uns Frauen schon *nicht zutraut, daß wir unsere eigenen* Töchter aufklären können, sondern *daß das nur „die Schule"* könne, dann aber bitte Trennung von Jungen und Mädchen im Sexualkundeunterricht: Jungen bei Lehrern und Mädchen bei Lehrerinnen!

Jutta Hagemann,
Düsseldorf 1

Winnie Mandela

Winnie Mandela, Frau des inhaftierten Führers des verbotenen „African National Council" (ANC), Nelson Mandela, hat sich nicht nur selbst offen zur Sowjetunion bekannt, sie feiert auch die entsetzliche Lynch-Justiz der revolutionären Schwarzen in Südafrika! Hunderte von sogenannten Kollaborateuren sind bereits mit der „Halskrause" hingerichtet worden. Ein 18jähriges schwarzes Mädchen wurde als „Spionin" zu Tode getrampelt. *Hunderte von Schwar*zen, die als Magistrate in den Townships „*Mitbestimmung*" ausüben, wurden in ihren Häusern lebendig verbrannt! All das geht auf das Konto der ANC, Nelson & Winnie Mandelas, für deren Wirken im Dienste der Menschheit und der Menschenrechte sie jetzt in Hamburg gefeiert wurde!

Wilhelm Dunsing,
Hamburg 76

Wort des Tages

„*Idealist sein heißt: Kraft haben für andere.*"

Novalis – Friedrich Freiherr von Hardenberg, deutscher Dichter (1772–1801)

Eine Standortkarte

„Kohl erneuert Bekenntnis zu Wackersdorf": WELT vom 21. August

Es wird nun höchste Zeit, daß die WELT für uns Deutsche selbst, für Antiatom-Apostel und vor allem zur Information der Bürger und Politiker außerhalb unserer Landesgrenzen eine Karte abdruckt, markiert mit den Standorten der Atomkraftwerke, die wir bei unseren Grenznachbarn zu tolerieren haben. Beleg an den österreichischen Bundeskanzler Franz Vranitzky.

Dr. Hans J. Schlüter,
Kassel 1

Suchtkrankheiten

„Werte und Drogen"; WELT vom 22. August

Unsere Kuranstalten und Sanatorien sind voll mit Rauchern, Alkoholikern und Drogensüchtigen. Sie alle kurieren ihre Suchtkrankheiten auf unsere, der Solidargemeinschaft, Kosten: Das Drogenproblem der Umwelt und unserer Gesellschaft anzulasten ist eine allzu bequeme Argumentation für Schwäche, Angeberei, Haltlosigkeit und Uneinsichtigkeit.

Hilfe ja – Mitleid nein!

Sieglinde Schroth,
Baunatal-Altenritte

„Was ist los?"

Was ist nur mit unserer Justiz/Rechtsprechung los? Da werden die rheinland-pfälzischen Staatsanwaltschaften aufgefordert zur Verfahrenseinstellung bei Ladendiebstählen. Wenn es Schule macht, Gesetzesverstöße nicht mehr zu ahnden, dann *kommen* bald auch andere Gruppen, die nicht mehr bestraft werden wollen, zum Beispiel Jugendliche, Asylanten, Rentner und so weiter. Da wird sehr bald das Gefühl für Recht und Unrecht verschwunden sein. Wehret den Anfängen!

Werner Zimmermann,
Hamburg 13

Alles auszahlen

Es bedarf nur einer Kleinigkeit, diese wahnsinnige Ausbeutung der Fleißigen durch die Faulen abzuschaffen:

Nur einen Monat im Jahr, wie wär's im Dezember, sollten die Arbeitgeber den Arbeitnehmern alles auszahlen. Alle Zuschüsse, Sozialabgaben, wirksame und unwirksame Vermögenszulagen usw. Dann sollten es die Finanzämter versuchen zurückzubekommen! Und wir hätten die revolutionäre Steuerreform im Nu!

Rudolf Paciner,
Weil am Rhein

Personen

BILD-OBJEKT

„Deutsch-Land" heißt das Bildobjekt des Pop-Künstlers **HA Schult**, das seit gestern den Eingang für Besucher des neuen Plenarsaales des Bundestages im umgebauten ehemaligen Wasserwerk von Bonn schmückt. Bundestagspräsident **Philipp Jenninger** nahm das Kunst*werk vom Künstler in Empfang.* „Es bringt in die düstere Halle einen großartigen Aspekt", so Jenninger. Mit vielen Symbolen hat Schult sein Werk angereichert: mit dem Kölner Dom, dem Holsten-Tor, der Münchner Frauenkirche, dem Brandenburger Tor in Berlin, mit dem Goetheweg für die Heidelberger Region, mit einem Konzertflügel für das musikliebende Deutschland, mit einem Ballett der Gartenzwerge, in das sich nun jeder selbst hineindenken kann. Ein Himmel aus der Spraydose schmückt das Ganze. Was fehlt, sind Symbole aus Mittel- und Ostdeutschland. HA Schult: „Außer Goethe ist mir da nichts eingefallen."

GEBURTSTAGE

Der Zoologe und frühere Frankfurter Hochschullehrer *Professor* **Dr. Friedrich Wilhelm Merkel** feiert heute in Oberursel seinen 75. Geburtstag. Nach dem Studium der Biologie in Breslau kam er bereits 1938 an die Johann Wolfgang Goethe-Universität zu Frankfurt am Main. Er gilt auf dem Gebiet der Ornithologie (Vogelkunde) als Spezialist. In Forschungsarbeiten widmete sich Merkel dem Vogelzug und dem Einfluß der Tageslänge auf das Zugverhalten der Vögel. Der Wissenschaftler erbrachte als erster den experimentellen Nachweis, daß Zugvögel das Erdmagnetfeld zur Orientierung benutzen. Professor *Merkel lebt seit 1976 im Ruhestand.*

*

In Stuttgart begeht einer der großen *deutschen* Werbepioniere der Nachkriegszeit ein Doppeljubiläum: **Günter Bläse**, *als einer der Männer* der ersten Stunde deutscher Markenartikelwerbung weit über die Grenzen hinaus beachtet und später ebenso als Kunstverleger international bekannt geworden, kann zu seinem 80. Geburtstag am 30. August *auf 65 Jahre erfolgreichen Schaffens* zurückblicken. Günter Bläse, geboren in Frankfurt an der *Oder* und in der Zeitungsbranche aufgewachsen, erhielt seine entscheidende Prägung in den 20er Jahren in Berlin im Scherl-Verlag. Aufgaben als Verlagsleiter, Zeitungsmann und persönlicher Berater deutscher Großverleger folgten. Nach dem Krieg wurde von ihm die Werbeagentur Günter Bläse GWA, Stuttgart, gegründet, die für ihre ungewöhnlichen Werbekampagnen zahlreiche internationale Auszeichnungen erhielt und damit entscheidend zum Ansehen deutscher Werbung im Ausland beitrug. Günter Bläse war unter anderem auch in frühen Jahren persönlich als Werbeberater für das Verlagshaus von Axel Springer tätig, später Berater des Verlegers *Georg von Holtzbrinck. Heute zählt* die Bläse-Gruppe zu den größten, noch selbständig gebliebenen Werbeagenturen und weist gegenwärtig einen Umsatz von rund 110 Millionen Mark auf. Günter Bläse hat vor *einigen* Jahren die Leitung der Agenturen in die Hände seines Sohnes **Dirk Bläse** *gelegt. Günter Bläse* hat sich in den letzten Jahren dem *Ausbau seines Daco-Verlages* gewidmet, der 1980 mit dem 150 Jahre alten *Kunstverlag Hanfstaengl* aus München vereinigt wurde.

Günter Bläse

MUSIK

Agnes Baltsa, José Carreras, Renato Bruson und **Katia Ricciarelli** sind die Stars an einem Gala-Abend, den die Arena von Verona am 3. September dem Gedenken an die 1977 gestorbene Sängerin Maria Callas widmet. „Dies ist die Arena – hier wurde Maria Callas geboren" lautet der Titel der Veranstaltung, *der sich* darauf bezieht, daß die Callas im Sommer *1946* als 22jährige ihren ersten Auftritt in Europa in dem riesigen Amphitheater der norditalienischen Stadt hatte.

DIPLOMATIE

Dr. **Hannes Porias**, Österreichs neuer Botschaftsrat für Presse, in *Bonn Nachfolger* von Dr. **Ernst Menhofer**, ist ein Fachmann auf dem Gebiet der modernen Energieforschung. Der Wiener, Jahrgang 1949, ließ sich zunächst beim Bundesheer als Strahlenschutztechniker ausbilden, ehe er Rechtswissenschaften studierte. Und der Doktor der Jurisprudenz war von 1975 bis 1979 auch zunächst als wissenschaftlicher Administrator am Internationalen Institut für Angewandte Systemanalyse tätig und arbeitete als persönlicher Assistent des Leiters des Programmes Energiesysteme, ehe er 1980 in den Auswärtigen Dienst *ging*. Er war Sekretär des früheren Außenministers **Willibald Pahr**. *Pahr wurde später Botschaf*ter in Bonn. Dr. Porias wurde an die *Botschaft in Ankara versetzt, ehe er* jetzt im Sommer an den Rhein kam.

VERANSTALTUNG

Bundeskanzler **Helmut Kohl** und Ehefrau **Hannelore** haben für einen Meinungsaustausch am 20. September „den grünen Rasen" des Kanzleramtes ausgewählt und nicht „den grünen Tisch". 600 Journalisten werden eingeladen. Die begehrte Kanzlereinladung wird in diesen Tagen an Mitglieder der Bundespressekonferenz verschickt, an Bonner *Auslandskorrespondenten* und an die Heimatredaktionen zahlreicher Zeitungen und Rundfunkanstalten. Auch bei schlechter Witterung steht diesem Treffen nichts im Wege: Im Park des Kanzleramtes ist ein Zelt aufgebaut, in dem Helmut Kohl zwei Tage vorher mit 1000 Kindern feiern will.

EHRUNG

Der mit 10 000 Mark dotierte Lovis-Corinth-Preis der Künstlergilde Esslingen geht in diesem Jahr an den in Köln lebenden Maler und Plastiker Professor **Bernard Schultze**. Dem 1915 im westpreußischen Schneidemühl geborenen Künstler *wurde der Preis für bildende Kunst* als einem der „namhaftesten Repräsentanten der deutschen Kunst nach 1945" zugesprochen. Der Preis, gestiftet vom Bundesinnenministerium, wird am 15. November in Verbindung mit einer Ausstellung des Preisträgers in der Ostdeutschen Galerie in Regensburg überreicht.

GESTORBEN

Der Gründer und geschäftsführende Gesellschafter der Diessner GmbH & Co in Berlin und der Lackfabrik Kastel GmbH in Mainz-Kastel **Carl Diessner** *ist im Alter von* 79 Jahren gestorben. Gebürtig aus dem Sudetenland, *hatte er* bereits als 25jähriger einen Betrieb der Lackindustrie übernommen. Nach dem Krieg mußte Carl Diessner völlig neu beginnen. In Berlin gründete er 1949 die Lackfabrik Diessner & Co KG und gleichzeitig in Mainz-Kastel die Lackfabrik Kastel GmbH.

Positives Signal aus den jüngsten Halbjahresberichten der drei deutschen Großchemie-Konzerne: Weltumsatzminderungen um gut ein Zehntel stammen nur aus Ölpreis/Dollarkursverfall. Absatz und Beschäftigung bleiben weiter im Aufwind. Ertragsunterschiede aus dem Produktprogramm freilich werden nun zwischen den Polen Bayer (plus) Hoechst (konstant) und BASF (minus) deutlicher. Keiner im Chemie-Dreigestirn, das nebst dem öl/chemieträchtigen Veba-Konzern mehr Aktienkapital an der Börse hat als die „Wachstumsbranche" Auto-, Elektro- und Maschinenbauindustrie, deutet jedoch für 1986 Abstriche am hohen Dividendenniveau an. (S. 11)

MONTAGE: DIE WELT

FÜR DEN ANLEGER

Börsenneuling: Die Schneider Rundfunkwerke AG gibt Anfang Oktober ihr Börsendebüt. (S. 10)

Conti: Begebung einer 150-Mill. DM-Optionsanleihe. (S. 11)

Wall Street: Nach dem Einbruch vom Montag hat die Börse gestern wieder leicht stärker begonnen. Nach zehn Minuten war der Dow Jones um 2,95 Prozentpunkte gestiegen.

Zinsen: Als erste amerikanische Geschäftsbank hat Wells Fargo seine Prime Rate von acht auf 7,5 Prozent gesenkt.

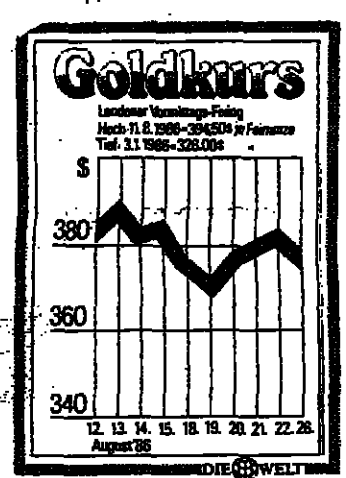
Euroanleihe: Die Dänische Hypothekenbank legt eine Euroanleihe über 150 Mill. Dollar mit Fälligkeit 22.9.1993 und einem halbjährlichen Kupon von 9 ¾ Prozent auf. Ausgabekurs: 115 ⅛.

Japan: Eine Steuer auf Kapitalerträge – vor allem auf Anlagen von natürlichen Personen – wird mit der Steuerreform eingeführt.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 284,68 (287,04); Chemie: 164,77 (166,48); Elektro: 339,25 (340,40); *Auto: 748,83 (757,38); Maschinen*bau: 150,12 (148,95); Versorgung: 165,87 (166,36); Banken: 430,47 (435,15); Warenhäuser: 176,74 (173,01); Bauwirtschaft: 509,52 (503,36); Konsumgüter: 187,88 (188,17); Versicherung: 1525,20 *(1542,47); Stahl: 155,89 (157,20).*

Nachbörse: Schwächer

WELTWIRTSCHAFT



Dumping: Die von der EG mit Sonderzöllen belegten japanischen Hersteller von Photokopiergeräten haben den Vorwurf zurückgewiesen. Mehrere Unternehmen wollen ihre Produktion nach Europa verlegen.

Philippinen: Mehr Bonner Entwicklungshilfe, aber auch mehr *Engagement der deutschen Wirt*schaft hat die CDU gefordert.

Frankreich: Der Fehlbetrag des Haushalts soll 1987 auf 130 Mrd. Franc (44 Mrd. DM) nach 144 Mrd. Franc in diesem Jahr sinken.

Protektionismus: Gegen die Praktiken Spaniens, eigene Importe zur See und zur Luft nur unter eigener *Flagge zuzulassen*, haben EG-Mitgliedsländer protestiert. (S. 10)

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	25. 8. 86	22. 8. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	192,50	191,50	165,00	286,00	97,00
Diesel (EG-Material)	128,50	127,50	104,00	226,00	84,00
Heizöl 3,5 % S	71,00	70,50	51,00	139,00	29,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Cadbury: Der britische Getränkekonzern expandiert auf dem US-Markt. Er hat sich mit 30 Prozent bei Dr. Pepper eingekauft.

Continental: Der Umsatz im Konzern erhöhte sich im ersten Halbjahr 1986 im Vergleich zum Vor*jahreszeitraum um 2,1 Prozent auf* 2,35 Mrd. DM. (S. 11)

Dunhill: Mit dem Erwerb von Chloe ist aus dem „Tabakladen" eine Internationale Holding geworden. (S. 11)

Varta: Der größte deutsche Batteriehersteller hat in der AG einen Jahresüberschuß von 33,6 Mill. DM erzielt. (S. 11)

Wella: Der Hersteller haarkosme*tischer Erzeugnisse hat seinen* Umsatz im ersten Halbjahr 1986 um 8,5 Prozent auf 276,6 Mill. DM gesteigert. (S. 11)

Kali-Chemie: Das Unternehmen mußte im ersten Halbjahr 1986 ei*nen Rückgang* des Umsatzes um drei Prozent auf 894 Mill. DM hinnehmen.

WER SAGT'S DENN?

Geld haben ist schön, so lange man nicht die Freude an Dingen verloren hat, die man nicht für Geld kaufen kann.

Salvador Dali

Für ausländische Investoren ist die Bundesrepublik wieder attraktiv

Direktinvestitionen haben sich im ersten Halbjahr mit 3,3 Milliarden Mark verdoppelt

ARNULF GOSCH, Bonn

Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland zeigen im ersten Halbjahr 1986 einen leichten Rückgang gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres, während die ausländischen Direktinvestitionen in der Bundesrepublik fast um das Doppelte gestiegen sind. Damit haben die Netto-Transferleistungen aus dem Ausland erstmalig nach einigen Jahren des Rück*gangs wieder zugenommen.*

Wie aus der neuesten Statistik des Bundeswirtschaftsministeriums, die das Bundespresseamt gestern veröffentlichte, im einzelnen hervorgeht, beliefen sich die deutschen Direktinvestitionen in der Berichtszeit auf netto 5,6 Milliarden Mark gegenüber 6,4 Milliarden Mark im ersten Halbjahr 1985. Die ausländischen Direktinvestitionen in der Bundesrepublik betrugen gleichzeitig netto 3,3 Milliarden Mark. In den ersten sechs Monaten des Vorjahres waren es nur 1,76 Milliarden Mark gewesen.

Auffällig ist der weitere Rückgang der deutschen Investitionen in Entwicklungsländern (ein Trend, der auch weltweit *zu beobachten ist): Wa*ren im ersten Halbjahr 1982 noch 1,43 Milliarden Mark und im ersten Halbjahr 1984 noch 1,15 Milliarden Mark in die Länder der Dritten Welt geflossen, so reduzierte sich dieses Volumen bereits im vergangenen Jahr auf 481 Millionen Mark und halbierte sich dann noch einmal in den ersten sechs Monaten dieses Jahres auf 221 Millionen Mark. Der Löwenanteil der deutschen Auslandsinvestitionen ging im Berichtszeitraum nach Europa: 2,87 Milliarden Mark, wovon allein 2,58 Milliarden Mark in die Länder der Europäischen Gemeinschaften flossen. Den zweiten Platz nahm Amerika mit 1,75 Milliarden Mark ein, es folgten Asien mit 548 Millionen, Australien/Ozeanien mit 214 Millionen und schließlich Afrika mit 181 Millionen Mark.

An erster Stelle unter den Anlageländern stehen die USA mit 1,71 Milliarden Mark, den zweiten Platz *nimmt Spanien mit 713 Millionen* Mark und die nächsten Plätze Großbritannien (560), Niederlande (368), Luxemburg (300) ein. Zu den wichtigsten Herkunftsbranchen zählen der Straßenfahrzeugbau (1,10 Milliarden), Elektrotechnik (1,00 Milliarde), Kre*ditinstitute (0,99 Milliarde), Chemi*sche Industrie (0,80), Versicherungen (0,66), Handel (0,28) und private Haushalte (0,20).

Von den gesamten ausländischen Direktinvestitionen in der Bundesrepublik entfiel auch im ersten Halbjahr 1986 der weitaus größte Teil auf Europa: 3,08 Milliarden Mark, davon 2,38 aus den EG-Ländern. Auffallend ist diesmal mit nur 21,5 Millionen Mark das ungewöhnlich niedrige Volumen der Investitionen aus Nordamerika. Amerika insgesamt wird mit 28,9 Millionen Mark ausgewiesen.

Aus Asien kamen immerhin rund 155 Millionen Mark, aus Australien/Ozeanien 40,2 und aus Afrika ledig*lich 0,3 Millionen Mark. Die wichtig*sten Herkunftsländer waren diesmal Großbritannien mit 1,58 Milliarden Mark, die Schweiz (0,57), die Niederlande (0,54), Japan (0,14) und Frankreich (0,11). Daß die USA im Vergleich zu früheren Jahren nicht zu *den ersten fünf Herkunftsländern* ausländischer Investitionen gehören, wird sowohl auf niedrigere Bruttoinvestitionen als auch auf Rückflüsse zurückgeführt. Die wichtigsten Anlagebranchen in der Bundesrepublik waren die Kreditinstitute mit 1,15 *Milliarden Mark. Es folgten Beteili*gungsgesellschaften (1,05), Mineralölverarbeitung (0,71) und Chemische Industrie (0,14).

Japanisches Wachstum gebremst

dpa/UPI, Tokio

Der Höhenflug des Yen und der damit verbundene Rückgang des Exportvolumens haben die japanische Wirtschaft gedämpft. Das Amt für Wirtschaftsplanung teilte mit, das im Wirtschaftsjahr 1986/87 (1. 4.) angestrebte Wachstum von vier Prozent sei nicht zu erreichen. Zwischen Januar und März war die japanische Wirtschaftsleistung erstmals seit elf Jahren um 0,2 Prozent geschrumpft.

Seit 1985 ist der Yen gegenüber dem US-Dollar um 40 Prozent teurer geworden. Der Kursanstieg führte zwar zu einem starken Einbruch im Exportvolumen, jedoch – in US-Dollar – nicht zu einem Ausgleich der Handelsbilanz. So wird der japanische Überschuß im Handel mit den USA *1986* mit *60 Milliarden Dollar* den Rekordwert des Vorjahres von 49,7 Milliarden weit übertreffen.

Förderung für Daimler-Benz beschlossen

rtr, Stuttgart

Die auf 130 Millionen DM geschätzte Entlastung Baden-Württembergs durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Länderfinanzausgleich wird die Stuttgarter Landesregierung für die Förderung des geplanten dritten Pkw-Werks von Daimler-Benz im badischen Rastatt verwenden. Das teilte Regierungssprecher Matthias Kleinert mit.

Er fügte hinzu, die Landesregierung werde einen entsprechenden Ergänzungsetat zum Haushaltsentwurf 1987/88 nach einem Grundsatzbeschluß vom Montag demnächst vorlegen. Die Aufwendungen des Landes für die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen sollen zwischen 120 und 140 Millionen DM liegen. Daimler-Benz soll nach dem jetzigen Zeitplan Mitte 1988 mit dem Bau beginnen können.

Keine Sensation

Wb. – Eine Sensation ist es nur auf den ersten Blick: Siemens und die BASF wollen im Computer-Be*reich kooperieren. Ein solcher* Schritt wurde in der Branche schon länger diskutiert, und seine Dimension rückt dann ins rechte Licht, schaut man auf den Geltungsbereich der geplanten Zusammenarbeit. Nur um die kompatiblen (sprich: anstelle von IBM-Maschinen einsetzbaren) Großcomputer geht es, und die sind bei beiden Konzernen nur Handelsware.

Der Chemieriese und der Elektrogigant, beide kleben sie in diesem Bereich ihre Etiketten auf japanische Geräte. Die Software allerdings, auch die Systemsoftware, stammt aus den deutschen Häusern. Für Siemens bedeutete dieses Geschäft bisher eine (auch profita*ble) Abrundung der eigenen Pro*duktpalette nach oben mit einem Anteil von etwa zehn Prozent an dem 4-Milliarden-Mark-Gesamtvolumen der kommerziellen Datenverarbeitung. Die BASF dagegen hat in diesem Teilbereich, der noch in diesem Herbst als eigenständige Gesellschaft ausgegliedert wird, mit 600 Mill. DM den Löwenanteil ihres Informatik-Geschäfts von insgesamt gut 1 Milliarde Mark.

Die ähnliche Größenordnung deutet auch auf ähnliche Probleme. Vertrieb und Service im Großcomputer-Geschäft sind einigermaßen aufwendig und auch nicht neben*her von den Mannschaften* zu bewältigen, die die „kleineren" Produkte betreuen. Sollen befriedigende Erträge und nicht nur einfach schwarze Zahlen kommen, dann bedarf es schon einer ausreichenden Mengenbasis. Durch die Kooperation wird man ihr näherkommen.

Beifall und Pfiffe für Supermarkt-Erlaß

Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels begrüßt NRW-Entscheidung

A. G. Bonn

Beifall bei der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) und „scharfen Protest" beim Bundesverband der Selbstbedienungs-Warenhäuser (BdSW) hat der jetzt in Nordrhein-Westfalen in Kraft gesetz*te Erlaß zur Ansiedlung von Einzel*handelsgroßbetrieben ausgelöst, mit dem der nordrhein-westfälische Städtebauminister Christoph Zöpel die Ansiedlung von Verbrauchermärkten auf der grünen Wiese bremsen will.

Wie die *HDE gestern erklärte*, seien diese Maßnahme und die deutlichen Worte der Landesregierung zu begrüßen. Es bleibe zu hoffen, daß die Kommunen nunmehr verstärkt von dem ihnen zur Verfügung stehenden bau- und planungsrechtlichen Instrumentarium Gebrauch machen, um künftig eine gezieltere Stadtentwicklungspolitik zu betreiben. Dadurch könnten städtebauliche Fehlentwicklungen besser vermieden werden.

Der BdSW dagegen bezeichnete diese für Städte und Gemeinden verbindliche Verwaltungsanweisung als „ministerielles Verhinderungsgebot" für SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Fachmärkte sowie als unzulässigen Eingriff in die Planungshoheit der Städte und Gemeinden. Er *biete nicht nur einseitigen Wettbe*werbsschutz für integrierten städtischen Einzelhandel, sondern sei zugleich eine Mißachtung der Verbrauchervorstellungen und -erwartungen an eine bequeme und preiswerte Warenversorgung. Der BdSW bezeichnet es als einen fragwürdigen Weg, über das Baurecht Standorte mit günstigeren Kostenstrukturen zu verhindern und Verbraucher verstärkt in die Innenstadt zu zwingen. Nur der freie Zugang traditioneller und neuer Be*triebsformen aller Größen zu geeigne*ten Standorten führe zu einem klaren Leistungsangebot für die Versorgung der Bevölkerung.

Zöpel hat seinen Erlaß mit der Befürchtung begründet, daß die Innenstädte bei einer weiteren Expansion der Verbrauchermärkte veröden und damit einen Attraktivitätsverlust erleiden. Hinzu käme eine Gefährdung der Versorgung von Bürgern, die kein Auto besitzen.

Streit um Subventionen

Von WILHELM HADLER

K*lagen über Subventionen* der anderen gehörten schon immer zu den Standardthemen deutscher Politiker in Brüssel. Neuerdings muß sich der Bundeswirtschaftsminister jedoch immer häufiger wegen „Sündenfälle" im eigenen Land rechtfertigen. Das umstrittene Angebot der Stuttgarter Regierung, einem florierenden Großunternehmen die Erschließungskosten für ein *Industriegelände abzunehmen*, ist nur eines von mehreren Beispielen für eine großzügige Auslegung der europäischen Wettbewerbsregeln. Immer häufiger gibt es daher mit Brüssel Streit um die regionalen Förderpraktiken.

Soeben hat die Kommission wegen „mangelnder Transparenz" der bayerischen Regionalbeihilfen gegen Bonn ein Verfahren wegen Verletzung des EWG-Vertrages eingeleitet. Es *geht um einen* besonderen Investitionszuschuß zur Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze, um die Möglichkeit re*gionaler Unter*stützungen mit einer Reihe von allgemeinen Beihilfen zu verbinden, um zinsgünstige Mittelstandsdarlehen und um Kredite für Ersatzinvestitionen. Vor dem Europäischen Gerichtshof wird ein Einspruch der Bundesregierung gegen das Verbot bestimmter nationaler Beihilfen in Nordrhein-Westfalen verhandelt. Das Urteil dürfte neue Normen für das europäische Recht setzen.

In Brüssel wird nun auch verstärkt über *Fälle deutscher* Subventionen diskutiert. Aber die Deutschen *sind nicht die* schlimmsten Sünder bei den regionalen Förderpraktiken.

Nach dem Römischen Vertrag sind Beihilfen zur Förderung der regionalen Entwicklung erlaubt, wenn sie dem in der Präambel genannten Ziel der Gemeinschaft dienen, das Entwicklungsgefälle zwischen den einzelnen Gebieten und den Rückstand weniger begünstigter Regionen zu verringern. Eine zu weite Steuerung der berechtigten Gebiete oder zu hohe Beihilfen in den weniger benachteiligten Regio*nen würden jedoch – wie die Kom*mission in ihrem jüngsten Wettbewerbsbericht ausführt – den Vertragsregeln widersprechen.

In der Bundesrepublik werden regionale Beihilfen nicht nur in peripheren oder armen Gebieten (zum Beispiel am Zonenrand) gewährt, sondern seit eh und je beinahe flächendeckend. Die von Bund und Ländern ausgehandelte „Förderkulisse" deckt zum Beispiel etwa 65 Prozent des deutschen Territoriums ab und eine *Fläche, auf der 45 Pro*zent der Bevölkerung leben.

Nach Meinung der Kommission sind *in einem so wohlhabenden* Land wie der Bundesrepublik damit die Grenzen des regional poli*tisch Begründbaren überschritten.* Entweder, so argumentiert man in Brüssel, müsse der geförderte Raum reduziert werden, oder man müsse sich überlegen, künftige Hilfen als allgemeine Subventionen zu betrachten, die vor ihrer Genehmi*gung einer jeweiligen Einzelnotifi*zierung in Brüssel unterliegen.

Das wiederum ruft den Wider*stand mancher deutscher Politiker* heraus. Den „Eurokraten" in Brüssel wird vorgeworfen, sie wollten weltfremd und vom grünen Tisch her die deutsche Regionalpolitik steuern. Erst recht könnten sich da allerdings die italienischen oder *belgischen Stahlunternehmen auf*regen, denen die EG-Behörde die Betriebssubventionen verweigert und nicht selten ein Überleben unmöglich macht.

Traditionell konzentrieren sich die Staats*beihilfen in eini*gen Ländern auf die Unterstützung notleidender Industriezweige. Diese Beihilfen werden bekanntlich *nur* dann genehmigt, wenn sie mit Restrukturierungsplänen verbunden sind.

Dagegen liegen die Schwerpunkte der deutschen Subventionen bei der Landwirtschaft, der Kohleför*derung, der Forschung der regiona*len Entwicklung, dem Verkehr und dem Wohnungsbau. Andere Länder konzentrieren sich wiederum auf die langfristige Investitionsfinanzierung. Wettbewerbsverzerrungen gibt es vor allem, wenn sich mehre*re Beihilfen kumulieren.*

Grundsätzlich hätte die EG auch das Gatt-Prinzip übernehmen und den Mitgliedsländern die Autonomie in der Beihilfenpolitik überlassen können. Subventionsbedingte Wettbewerbsverzerrungen hätten dann durch Ausgleichsabgaben an den EG-Binnengrenzen kompensiert werden müssen.

Ein solches Verfahren stünde jedoch im Widerspruch zum Ziel eines wirklichen Gemeinsamen Marktes. *Hier liegt denn auch der* Grund dafür, daß die EG-Staaten vorgezogen haben, ein wichtiges Instrument ihrer Wirtschaftspolitik der supranationalen Kontrolle zu unterwerfen.

In der Kommission sind rund 50 Beamte allein mit der Prüfung von staatlichen Beihilfen beschäftigt. Nahezu in jedem dritten Beihilfefall leiten sie eine Untersuchung ein. Oft gelingt es in den Verhandlun*gen eine zufriedenstellende Lösung zu finden.* 1985 konnten deshalb 31 von 38 Verfahren wieder eingestellt werden.

Schaden von 400 Millionen Pfund soll reguliert werden

Londoner Metallhändler beschuldigen Zinnrat massiv

WILHELM FURLER, London

Die Zinnkrise und der darauffolgende Zusammenbruch des internationalen Zinnkartells wird in jedem Fall ein Nachspiel haben. So hat jetzt eine Gruppe von elf Londoner Metallhändlern die 22 Regierungen der Mitgliedsländer des Internationalen Zinnrats ITC in einem offiziellen Dokument beschuldigt, im Zusammenhang mit der Zinnkrise „unrechtmäßig und unverantwortlich" gehandelt zu haben. Die Gruppe droht den ITC-Mitgliedsregierungen, darunter auch der Bundesregierung, gerichtliche Schritte an, sollte es nicht zu einer Einigung über die Schuldenfrage kommen.

Die Gruppe der Londoner Metallhändler, die sich schon vor einiger Zeit zu einer Interessengemeinschaft mit der Bezeichnung „Tinco Realisations" zusammengeschlossen hat, fordert von den Mitgliedsregierungen im *Zinnrat rund 400 Mill. Pfund (gut 1,2* Mrd. DM). So hoch sollen die Verluste sein, die den Brokern aus der im Oktober letzten Jahres aufgetretenen Krise am Zinnmarkt und aus dem im März dieses Jahres schließlich nicht mehr aufzuhaltenden Zusammenbruch des Zinnkartells entstanden sind.

In dem Dokument, das an die Handels- und Wirtschaftsminister aller ITC-Mitgliedsländer adressiert wurde, wird den Mitgliedern „gemeinsame Verantwortlichkeit in verschiede*nen Bereichen"* für ihre ausstehenden Verbindlichkeiten gegenüber den Londoner Metallbrokern vorgehalten. Alle Zinnrat-Regierungen wären sich der schlimmen Verfassung der Finanzlage des ITC sehr wohl bewußt gewesen, und zwar schon seit einigen Jahren vor dem Zusammenbruch.

*Mit ihrer Initiative wollen die Me*tallhändler noch einmal öffentlich Druck auf die Mitgliedsregierungen ausüben, für ihre finanziellen Verpflichtungen geradezustehen. Zwar wird in dem Dokument von Tinco betont, daß eine außergerichtliche Ei*nigung angestrebt wird, aber anderer*seits wird kein Zweifel daran gelassen, daß ein gerichtliches Vorgehen nach Auffassung aller Berater beste Erfolgschancen hätte.

Tinco Realisations würde den eigenen Angaben zufolge nicht unbedingt alle Mitgliedsregierungen verklagen, sondern Verfahren in denjenigen Ländern einleiten, in denen die Rechtsauffassung es am wahrscheinlichsten erscheinen lasse, daß die Verpflichtungen der ITC-Mitgliedsländer durch Gerichtsbeschluß ein*deutig festgestellt werden.*

Seit dem Zusammenbruch des Zinnkartells hat sich der Zinnpreis mehr als halbiert. Er liegt jetzt deutlich unter 4000 Pfund je Tonne. Der Interventionspreis vor dem Auftreten der Krise am 24. Oktober letzten Jahres lag bei *8329 Pfund. Zusätzlich zu* den rund 400 Mill. Pfund, die von den Metallhändlern gefordert werden, werden den Gläubigerbanken von den Zinnratsmitgliedern rund 340 Mill. Pfund geschuldet.

AUF EIN WORT



„Wir müssen die Steuerreformpläne bis an die Grenze des haushaltspolitisch zu Verantwortenden ausreizen. Um so besser sichern wir uns gegen die Verteilung falsch verstandener Wohltaten ab."

Ludolf von Wartenberg, MdB, finanzpolitischer Sprecher der CDU.

FOTO: BACHERT

So rollt die Lira im Geschäft des Karim Aga Khan

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Ismaelitenoberhaupt und Financier Karim Aga Khan ist dabei, seine Aktivitäten in Italien weiter auszubauen und die von ihm kontrollierten Unternehmen zu diesem Zweck neu zu ordnen. Erster Schritt dazu ist die jetzt von den Hauptversammlungen beschlossene Eingliederung der sardischen Immobiliengesellschaften Costa Smeralda Development Holding und Porto Cervo SpA in die Finanziaria Costa Smeralda, die damit zur Holding aller Immobilienaktivitäten des Aga Khans aufrückt.

Die Costa Smeralda (die „Smaragdküste") wurde als Touristik-Ressort für den internationalen Smart-Set von einem Konsortium unter Führung von Karim Aga Khan im Frühjahr 1962 aus der Taufe gehoben. Ihr Areal erstreckt sich auf rund 3000 Hektar Fläche im äußersten Nordosten Sardiniens entlang eines Küstenstreifens von 55 Kilometer Länge zwischen zwei markierten Granitblöcken, dem einen im Norden bei Liszia di Vacca, dem anderen im Süden bei Razza di Junco.

Noch vor Ende des Jahres werden der gesamte Transportbereich *unter* der bisher lediglich als Luftverkehrsgesellschaft fungierenden Alisarda *und der* Touristikbereich unter der Costa Smeralda Hotel SpA zusammengefaßt werden. Die drei neuen Bereichsholdings werden vom nächsten Jahr an konsolidierte Bilanzen vorlegen, aber weiterhin von dem Aga-Khan-Zentrum in Aiglemont bei Paris finanziell und strategisch *koor*diniert bleiben. Zu den Plänen des Aga-Khan-Imperiums in Italien ge*hört nicht nur* der Ausbau der Freizeit- und Fremdenverkehrskapazitäten an der Costa Smeralda, sondern auch eine Serie neuer Akquisitionen.

Unter anderem ist vorgesehen, die Luftverkehrsgesellschaft Alisarda, die heute ausschließlich den Flugdienst von und nach Sardinien betreibt, *im Rahmen der Deregulierung* des internationalen Flugverkehrs allein oder im Verbund mit der staatlichen italienischen Alitalia auch auf anderen Linien einzusetzen. Um die damit verbundenen hohen Investitionen finanzieren zu können, soll Alisarda in zwei Jahren in Mailand zur Börsennotiz angemeldet werden.

Seit Juli ist bereits Hotelholding Fimpar an der Mailänder Börse, die zu 69 Prozent von drei dem Aga Khan gehörenden Finanzgesellschaften *kontrolliert wird. Im Portefeuille* dieser Holding befindet sich seit vorigem Jahr die 51-Prozent-Mehrheit von Italiens größter Hotelkette, Ciga Hotel, in Venedig, sowie seit Ende Juli dieses Jahres der neue Immobilienbesitz in dem sardinischen Porto Rotondo, das der Aga Khan von seinen Freunden, den venezianischen Adelsbrüdern Nicoló und Luigi Donná delle Rose, für rund 25 Milliarden *Lire erworben hat.* Es handelt sich dabei um das Sportinghotel und die Marina mit 540 Bootsplätzen, die künftig im Verbund mit den gleichen Anlagen der nördlich sich anschließenden Costa Smeralda betrieben werden.

Die Aga-Khan-Gesellschaften in Italien erreichten im Jahre 1985 einen Umsatz von über 400 Milliarden Lire. Davon entfielen *188 Milliarden Lire*, 14 Prozent mehr als im Vorjahr, auf die Aktivitäten der Costa Smeralda und 221 Milliarden Lire auf den Hotelkonzern Ciga, dem 23 Hotels der Luxus- und Erste-Klasse-Kategorie gehören. Die sardischen Unternehmen erwirtschafteten einen Gesamtgewinn von beinahe 19 Milliarden Lire, Ciga Hotel von 10 Milliarden Lire. *Der Hauptteil* der sardischen Aktivitäten entfiel *auf Alisarda*, die im vergangenen Jahr 90 Milliarden Lire umsetzte. Ein weiteres Viertel wurde durch die vier an der Costa Smeralda gelegenen Luxushotels (Porto Cervo, Pitrizza, Romanzzino und Cala di Volpe) aufgebracht.

Um seine Tätigkeit zu diversifizieren, hat Ciga Hotel vor wenigen Monaten die Betriebsführung einer Anzahl der zur spanischen Entursa-Kette gehörenden Hotels übernommen. Gegenwärtig verhandelt Ciga Hotel über den Kauf von vier österreichischen Hotels der obersten Kategorie, die im Jahre 1985 zusammen 55 Milliarden Lire umsetzten. Wie es heißt, soll sich die Investitionssumme dafür auf 65 Milliarden Lire belaufen.

In die sardischen Aktivitäten sollen in der Zeitspanne *1986–1988* insgesamt 314 Milliarden Lire investiert werden. In den drei Jahren davor wurden 114 Milliarden Lire investiert.

Heftige Kritik an Abgabe für Fehlbelegung

A. G. Bonn

Kritik an dem *nordrhein-westfälischen* Gesetzentwurf zur Erhebung der Fehlbelegungsabgabe haben der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbauministerium, Friedrich-Adolf Jahn, und der Verband Rheinischer Wohnungsunternehmen in Düsseldorf geübt.

Wie Jahn in Bonn erklärte, habe es die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen *versäumt, das Fehlbelegungsgesetz* zumindest für Sozialwohnungsinhaber in den unteren *Einkommensbereichen sozial* verträglicher zu gestalten. Während zum Beispiel Bayern die Einkommensgrenze, bei deren Überschreitung die Abgabe fällig wird, um 20 auf 40 Prozent erhöht habe, weigere sich das *Land Nordrhein-Westfalen, eine ähnliche* Regelung zu treffen.

Der Verband Rheinischer Wohnungsunternehmen appellierte sogar an den Landtag in Düsseldorf, auf die geplante *Gesetzesregelung* gänzlich zu verzichten und statt dessen zu beschließen, daß das „Gesetz über den Abbau der *Fehlsubventionierung*" nicht länger angewendet wird. Damit würde auch in Nordrhein-Westfalen *wie bereits jetzt schon in den meisten* Bundesländern mehr soziale Gerechtigkeit praktiziert als bei einem Fortbestehen der Abgabepflicht.

Der Verband begründet seinen *Vorstoß mit der Feststellung,* daß die mit der Fehlbelegerabgabe verfolgten Ziele fast alle verfehlt worden seien. *Die Sonderabgabe wird lediglich in* vier Bundesländern erhoben.

Der französische Wohnungsbau belebt sich wieder

Selbst Paris erwacht aus dem Dornröschenschlaf – Steuerliche Anreize und deutliche Lockerung des Mieterschutzes

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

In Frankreich werden wieder mehr Wohnungen gebaut. Selbst Paris erwacht aus seinem Dornröschenschlaf. Nicht nur in den populären Außenbezirken, sondern auch in der teuren Innenstadt sind jetzt Baukräne auszumachen. Hier war der Wohnungsbau in den letzten Jahren völlig zum Erliegen gekommen. Das lag vor allem an der von der sozialistischen Regierung eingeführten Vermögensteuer. Sie trifft schon denjenigen, der nicht mehr als eine Dreizimmerwohnung in *guter* Lage sein eigen nennt. Diese sogenannte „Reichtumssteuer" wurde von der neuen Regierung *abgeschafft.*

Außerdem hat sie rückwirkend zum 1. Juni eine Reihe steuerlicher *Anreize zur* Wiederbelebung des Wohnungsbaus geschaffen, der von 400 000 Einheiten im vorsozialistischen Jahr 1980 auf 295 000 Einheiten im letzten Jahr zurückgegangen war. Danach können insbesondere die für Wohnungsbaukredite bezahlten Zinsen in größerem Umfang als bisher in der *Einkommensteuer* abgesetzt werden.

Aber die bürgerliche Regierung will vor allem den Bau von Mietwohnungen fördern. Insgesamt sind in Frankreich zwar inzwischen mehr als die Hälfte der französischen Haushalte Besitzer ihrer Wohnung, wie eine kürzlich veröffentlichte Untersuchung des Nationalen Statistischen *Instituts ergab.* In Paris beträgt dieser Anteil aber nur 24,1 Prozent, während er in den Vorstädten und Landgemeinden *mit rund 70 Prozent* am höchsten ist.

Um den Mietwohnungsbau anzukurbeln, können jetzt Bauherren oder *Wohnungskäufer,* die sich zu einer vierjährigen Vermietung ihrer Wohnung verpflichten, zehn Prozent ihrer *entsprechenden* Investitionen bis zu einem Plafond von 400 000 Franc (130 000 DM) von ihrer Steuerschuld *absetzen.* Wer beispielsweise 40 000 Franc Einkommensteuer innerhalb von vier Jahren schuldet, kann damit *steuerfrei werden.* Außerdem wurde die Steuerfreigrenze auf Mieteinnahmen für solche Wohnungen von 15 *auf 35 Prozent* aufgebessert.

Mieterschutz gelockert

Nicht zuletzt aber sieht ein jetzt von der *Nationalversammlung* in erster Lesung gebilligtes neues Wohnungsgesetz, das im Herbst in Kraft treten wird, eine wesentliche Lockerung des Mieterschutzes vor. Er war 1982 von der sozialistischen Regierung durch das berüchtigte „Loi Quilliot" vor allem durch die verstärkte Reglementierung der *Mieten* wesentlich verschärft worden. Dies hatte zur Folge, daß die Zahl der privat, also *außerhalb des sozialen Wohnungsbaus, erstellten Wohnungen* von 50 000 Einheiten 1981 auf lächerliche 5000 im letzten Jahr zusammenschrumpfte.

Die wichtigste Bestimmung des neuen Gesetzes ist die Herstellung der Mietpreisfreiheit für neu erstellte *und freistehende Wohnungen.* Die Mietverträge müssen aber über mindestens drei Jahre laufen und können *dann alle sechs Monate gekündigt* werden. Für laufende Mietverträge gilt eine Übergangsregelung. Auch die *Mieterschutzgesetzgebung aus* dem Jahre 1948, der noch rund 700 000 Altbauwohnungen unterliegen, *soll etwas gelockert* werden.

Wohnungsbauminister Pierre Méhaignerie verspricht sich von den neuen *Maßnahmen* innerhalb von vier Jahren die Freigabe von 160 000 Altbauwohnungen und den Bau von *zusätzlich mindestens 100 000* neuen Wohnungen. Die daraus der Staatskasse entstehenden Kosten werden auf jährlich 3 Mrd. Franc veranschlagt. Die gesamten staatlichen Hilfen zur Förderung des Wohnungsbaus (einschließlich der Zinssubventionen für Kredite) bezifferte der Minister für dieses *Jahr* auf rund *100* Mrd. Franc. Daran gemessen erscheinen die neuen Maßnahmen eher bescheiden. *Aber sie sollen* vor allem eine Initialzündung sein und neues Vertrauen in den Immobilienmarkt schaffen.

Wie weit sich dieser Markt belebt, ist schwer zu sagen. Zwar waren die bisherigen Reaktionen der Bauwirtschaft und der Immobilienmakler überwiegend positiv. Von der vielfach prophezeiten „Flucht in die Immobilien" kann aber noch nicht die Rede sein.

Kein Wertpapier-Ausstieg

So ist bisher auch ein massiver Ausstieg aus den Wertpapieren ausgeblieben, wie das nach wie vor sehr hohe Kursniveau an der Pariser Börse zeigt. Dabei hätte nicht nur die neue Wohnungspolitik, sondern auch die rückläufige Rendite für Rentenwerte, die in Frankreich beliebteste Anlage, zu *Umschichtungen* Anlaß geben sollen. Aber wahrscheinlich schätzt man inzwischen den Wertzuwachs für *Immobilien* auch real geringer ein als in früheren Zeiten der starken Inflation.

So hat sich an den französischen Grundstücks- und Wohnungspreisen seit dem Regierungswechsel nicht sehr viel geändert. In den Landgemeinden sind die Preise sogar weiter zurückgegangen. Das andere Extrem ist Paris, wo sich die Wohnungspreise in den letzten vier Jahren in etwa verdoppelt haben. Hier kostet in einem guten Quartier der Quadratmeter Wohnfläche inzwischen 20 000 Franc.

Protektionismus in Spanien

Attacken von Briten und Bauern zur See und zur Luft

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die spanische Flagge sieht sich im See- und Lufttransport doppelten Angriffen ausgesetzt. In Brüssel bemüht sich die Europäische Feed Trade Association (Gafta) um die Verurteilung der *Flaggendiskriminierung* im Transport von Getreide, Zucker, Kaffee und anderen Waren nach Spanien. Spanien behält den Transport dieser Waren der eigenen Flagge vor. Auf den Kanarischen Inseln überlegen sich die Verlader, wie sie die spanische Luftverkehrsgesellschaft Iberia bei der Verfrachtung kanarischer Früchte nach Europa ausmanövrieren können, um auch auf preiswertere Gesellschaften zurückgreifen zu können. Die kanarischen Bauern und Verlader planen, den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg anzurufen.

Im Seeverkehr mit Spanien werden die Importe von Getreide, Zukker, Kaffee und Baumwolle fast ausschließlich unter spanischer Flagge verschifft, wie die „Financial Times" von Gafta erfahren haben will. Dabei lägen die spanischen Frachtraten um 50 Prozent über denen des Marktes. Nach Meinung vor allem britischer Reeder ist die spanische Handelsflotte nicht stark genug, um auf dem *internationalen Frachtmarkt konkurrieren* zu können.

Nun verhandeln die europäischen *Transportminister bereits seit anderthalb Jahren* über die Liberalisierung des Seetransports. Im Verhältnis zu *Drittländern* scheint man bereits weitgehend einig geworden zu sein, wenigstens jene Dumpingpraktiken auszuschalten, wie sie vor allem von Ostblockflotten ausgeübt werden. Innerhalb der Gemeinschaft stößt man allerdings auf erhebliche Schwierigkeiten, *da sich nicht nur Spanien,* sondern auch Frankreich, Italien, Portugal und Griechenland den sogenannten *Cabotageverkehr, des nationalen* Seetransports der eigenen Flagge, sichern. Nun hat die spanische Regierung *anläßlich des Beitritts zur* EG auch für den Seetransport eine Zeit der Anpassung erbeten und erhalten. *Die britische Attacke wird* also noch eine Weile auf eine positive Antwort warten müssen.

Auch die staatliche Luftgesellschaft *Spaniens, Iberia, konnte* bisher den Einbruch der internationalen Chartergesellschaften in den Obst- *und* Gemüsetransport von den Kanarischen Inseln verhindern. Die Chartergesellschaften aber bieten einen Kilopreis an, der, wie die Inselzeitung „La Provincia" von kanarischen Verladern erfuhr, um 40 Prozent unter den Raten der Iberia liegt. Als besonders erschwerend erscheint den kanarischen Bauern, *daß die Transporte* der Iberia in Madrid umgeladen werden müssen, während die Chartermaschinen *direkt fliegen.*

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Rezession in Japan

Tokio (dpa/UPI) – *Der Höhenflug* des Yen und der damit verbundene Rückgang des Exportvolumens haben *die japanische Wirtschaft* in eine Rezession gestürzt. Das Tokioter Amt für Wirtschaftsplanung teilte mit, das im Wirtschaftsjahr 1986 (Beginn 1. April) angestrebte Wachstum von vier Prozent sei nicht mehr zu erreichen. Zwischen Januar und März 1986 war die Wirtschaftsleistung um 0,2 Prozent *geschrumpft.*

Kampa-Haus im Aufwind

Düsseldorf (J. G.) – Mindestens die Vorjahresdividende von 16 DM kündigt der Börsenneuling Kampa-Haus AG, Minden, aus bislang „weiter verbessertem" Ertrag für 1986 in seinem ersten Zwischenbericht an. Die Fertighaus-Familienfirma, *die vor einem* Vierteljahr 25 Prozent vom 20 Mill. DM Aktienkapital bei gut 6500 Aktionären placierte (Freiverkehrskurs derzeit knapp unter dem Zeichnungspreis von 360 DM), nennt für das erste Halbjahr einen „überdurchschnittlich hohen" *Auftragseingang von* 74 Mill. DM (plus 16 Prozent). Der Auftragsbestand sichere die Auslastung *für mehr als ein Jahr.*

Schneider geht an die Börse

Frankfurt (cd.) – Die Schneider Rundfunkwerke AG, Türkheim/Unterallgäu, will mit zehn Mill. DM Stammaktien aus einer Kapitalerhöhung auf 40,1 Mill. DM an die Börse gehen. Der Ausgabekurs der neuen Aktien, die von einem Konsortium unter Federführung der Dresdner Bank und Mitführung der Hypobank plaziert und in München und Frankfurt amtlich notiert werden sollen, *wird Ende September festgelegt.* Das Familienunternehmen hat den Umsatz von 1981 bis 1985 von 231 auf 430 Mill. DM fast verdoppelt und erwartet *für 1986 ein Plus von 20 Prozent.*

Erdgas für die UdSSR

Moskau/Hamburg (dpa/UPI) – Der Iran will wieder *Erdgas an die Sowjetunion liefern.* Nach Angaben der iranischen Nachrichtenagentur Irna werden ab Dezember 1986 täglich rund drei Mill. Kubikmeter geliefert und bis *1990* allmählich auf rund 84 Mill. ausgeweitet. Das ursprünglich geplante Dreiecksgeschäft zwischen dem *Iran,* der UdSSR und der Bundesrepublik, Frankreich und Österreich werde dadurch aber nicht wiederbelebt, *erklärte ein* Sprecher der Essener Ruhrgas AG.

Rege Order*tätigkeit*

Offenbach (dpa/VWD) – *Zufriedene* Gesichter zum Abschluß der 82. Internationalen Offenbacher Lederwarenmesse: Mit rund 8200 Fachbesuchern konnten *Aussteller* und Veranstalter im Verlauf der vier Messetage ein Plus von sieben Prozent gegenüber *dem Vorjahr verzeichnen.* Die 452 Firmen aus 22 Ländern berichteten angesichts stabiler Preise von einer guten, teilweise sogar sehr guten Ordertätigkeit.

L'Oreal erhöht Kapital

Paris (VWD) – L'Oreal SA beabsichtigt, am nationalen und internationalen Kapitalmarkt 1,4 Mrd. Franc aufzunehmen. L'Oreal bietet 429 142 *Investment-Zertifikate,* ein von der Struktur her einer nicht stimmberechtigten Stammaktie ähnliches Papier *auf der Basis zehn zu eins* zum Preis von 3175 Franc pro Stück an, sowie ebenfalls 429 142 stimmberechtigte Zertifikate, *die den Aktionären* offeriert werden.

15 Prozent für Japans Autos

Mazda und Toyota kämpfen um die deutsche Führung

dpa/VWD, Hamburg

Die japanischen Autos haben sich in der Bundesrepublik mit einem Marktanteil von gegenwärtig fast 15 *Prozent (13 Prozent) etabliert.* Sie können sich inzwischen vor allem in der unteren, aber auch zunehmend in der Mittelklasse (1,6 bis zwei Liter) auf einen festen Kundenstamm verlassen, wie von den Vertretern der in der Bundesrepublik vertretenen japanischen Importfirmen zu hören ist.

Dabei sind die japanischen Anbieter kein geschlossener Block. Vielmehr nimmt die Konkurrenz untereinander in der Bundesrepublik zu. Nachdem Mazda drei Jahre hintereinander Spitzenreiter war setzt Toyota alles *daran, in diesem Jahr wieder* den ersten Platz zu erobern. In den ersten sechs Monaten hat Toyota mit 15 Modellen knapp über 46 000 Einheiten neu zugelassen (plus 44 Prozent). Dahinter folgt Mazda mit 44 500 Einheiten bei *nur* sechs Grundmodellen (plus 23 Prozent). Das Modell 626 (1,6 bis 2 Liter) ist das meist verkaufte japanische Auto auf dem deutschen Markt. In den ersten sechs Monaten 1986 wurden mehr als 21 000 Stück abgesetzt. Die Nummer Drei Nissan, in Japan Partner von Volkswagen, *und hinter Toyota der zweitgrößte* Produzent hat im 1. Halbjahr knapp 41 000 Wagen (plus 25 Prozent) abgesetzt.

Durch die Einführung neuer Modelle werden nach Ansicht des *Mazda-Sprechers Michael Dithmer* die Auseinandersetzungen am Markt immer spannender. Bei den Marken *auf den hinteren Rängen* lautet die Reihenfolge für die erste Hälfte 1986: Mitsubishi (32 500), Honda (25 000), Suzuki (11 200), Subaru (7700), Daihatsu (6400) und Isuzu (2750).

FINANZANZEIGEN



[illegible] für die Auslandstöchter

[illegible] weiter Ausschau nach Diversifikationen

adh. **Darmstadt**

[illegible] Wella AG, Darmstadt, hat auch [illegible] Jahr ihren Gewinn weiter [illegible]proportional gesteigert. Nach [illegible] sechs Monaten weist der [illegible]bericht für die AG ein Ge[illegible] (vor Steuern) von 12,5 Pro[illegible] 19,5 (17,3) Mill. DM aus. Der [illegible] der AG expandierte in der [illegible] Zeit um 8,5 Prozent auf 277 [illegible] DM. Dahinter steht ein mit [illegible] 11 Prozent stark weiter gewach[illegible] Inlandsgeschäft, während der [illegible] (gesamt knapp 50 Mill. DM) [illegible] Prozent zurückfiel; im ersten [illegible] hatte der Rückstand noch 9,4 [illegible] ausgemacht. Ihre Mitarbei[illegible] steigerte die AG gegenüber [illegible] Vorjahr um 5,5 Prozent auf 3083 [illegible]schäftigte.

[illegible] Gruppenzahlen des erfolg[illegible] Darmstädter Haarkosmetik-[illegible]ernehmens sieht das Bild anders [illegible] Umsatz plus 1,7 Prozent auf 849 Mill. DM, Gewinn vor Steuern minus [illegible] Prozent auf 66 Mill. DM. Dahinter [illegible] freilich nicht ein Versagen der ausländischen Wella-Gesellschaften (die insgesamt rund 70 Prozent zum Wella-Geschäft beitragen), sondern vielmehr die Verschlechterung der meisten ausländischen Währungskurse im Verhältnis zur D-Mark. Die Mehrzahl der Auslandsgesellschaften weist nämlich, wie der Vorstand in seinem Aktionärsbrief betont, „gute reale Zuwachsraten in Umsatz und Ertrag" auf. Für das Gesamtjahr rechnet das Unternehmen mit einem Anhalten des bisherigen Trends.

Mit einer kräftigen Aufstockung der Investitionen (weltweit sind für dieses Jahr 135 nach 86 Mill. DM geplant) unterstreicht das Unternehmen seinen Anspruch, auch in Zukunft zu wachsen. Dabei wird unverändert auch nach Diversifikationsmöglichkeiten, allerdings in vertrauten Bereichen, Ausschau gehalten. Sozusagen „nebenbei" entstanden ist der Bereich Industrieprodukte, der zweistellig wächst und mit Stativen und Wandarmen bereits 15 Mill. DM zum Technikgeschäft beiträgt.

Deutsche Beteiligungen im Visier

[illegible] britische 3 i etabliert sich in der Bundesrepublik

adh. **Frankfurt**

Eine *„große Zahl gutgehender mit[illegible]ständischer Firmen"* in der Bun[illegible]republik hat jetzt die britische In[illegible]estors in Industry Group pcl, Lon[illegible]don, *auf den Plan gerufen. Mit einer* [illegible]genen deutschen Tochter, der 3 i Gesellschaft für Industriebeteiligungen mbH, Frankfurt, sollen die [illegible]jährigen britischen Erfahrungen auf die Bundesrepublik übertragen werden. Die 3 i, hinter der mehrere britische Banken und die Bank of England stehen, hat in Großbritannien bisher in gut 9000 Unternehmen rund 3,2 Mrd. Pfund Sterling investiert; zur Zeit ist sie bei rund 4000 kleinen und mittleren Unternehmen engagiert.

Rund 40 Mill. DM werden in diesem Jahr für Beteiligungen zur Verfügung stehen, erklärte Friedrich Graf von der Groeben, geschäftsführender Gesellschafter der neugegründeten deutschen Tochter. Damit strebe 3 i ein breitgestreutes Portofolio von langfristigen Engagements in mittelständischen Firmen an. Grundsätzlich würden nur Minderheitsbeteiligungen eingegangen; dabei hat 3 i eine Beteiligungssumme von 2 bis 3 Mill. DM in Visier. Die Beteiligung habe grundsätzlich nicht eine kurzfristige Gewinnrealisierung, sondern ein kontinuierliches Wachstum mit entsprechender Wertsteigerung zum Ziel, betont von der Groeben.

Als Konkurrenz zu den Beteiligungsgesellschaften der Banken sieht sich 3 i nicht, da man echtes Haftkapital zur Verfügung stelle. Hauptkriterium für die Beteiligung sei ein gutes Management und nachweisbarer Erfolg, unterstreicht von der Groeben. Die Branche sei erst in zweiter Linie wichtig. Eine zeitliche Begrenzung gebe es nicht.

Im Auge hat 3 i bei seinen Minderheitsbeteiligungen vor allem Unternehmen, bei denen beispielsweise Gesellschafter ganz oder teilweise abgelöst werden sollen und Probleme auftauchen, das in der Unternehmensbeteiligung gebundene Kapital zu realisieren. Bei Fragen der Unternehmer-Nachfolgeregelung bietet 3 i übrigens auch Finanzpakete an, die es dem Management ermöglichen, die Firma zu erwerben.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Alsfeld: Nachl. d. Josef Fischer; **Berlin-Charlottenburg:** B & D Gaststätten-Betriebs- u. Vermietungs-GmbH; **Bochum:** Hermann Weber; **Essen:** Heinz-Dieter Schuritz, Friseur, Duisburg; **Hamburg:** Herbert Knorn GmbH; G H Gehwegreinigung Hamburg GmbH; **Offenbach:** Meid & Held GmbH; **Offenburg:** OBM Bauges. f. Massiv- u. Fertigbau mbH; **Uelzen:** Nachl. d. Karl Groer; **Vechta:** Johann Schlüter GmbH & Co. KG, Lohne; Paul Ernst GmbH, Lohne; Calveslager Frischei GmbH & Co. KG, Vechta, Calveslage; **Wiesbaden:** planen + bauen Wilke + Kalkhof oHG; Nachl. d. Franz-Dieter Huber; **Wolfsburg:** Manfred Ludwig KG.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Stuttgart: Nahtrans-Blau GmbH; Bletec Profilier GmbH, Oberbolhingen.

Vergleich beantragt: Flensburg: Harmstorf Consulting & Engineering GmbH; **Köln:** Kleine-Erfkamp & Co. KG; V + B Verwaltungs- u. Baubetreuungsges. mbH i. L.; Walter Parascknowicz; **Remscheid:** „Werbemothes" Manfred Schröder, Inh. Manfred Schröder; **Stuttgart:** Hugo Scherbenske, Plüderhausen; **Wiesbaden:** 1. Deutscher Edelkatzenzüchter Verband e. V.

Bayer-Konzern hat den besten Gewinn

Zuversichtlicher Ausblick auf das zweite Halbjahr – Steigende Investitionen

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Was der Börsenkurs dieser Tage mit einem Zehntel Vorsprung vor BASF und auch vor Hoechst schon antizipierte, bestätigt nun der Chemiemulti Bayer AG, Leverkusen, mit seinem Zwischenbericht für das erste Halbjahr 1986. Die mit derzeit 2,87 Mrd. DM Aktienkapital größte deutsche Publikumsgesellschaft hat gegenläufig zu dem auch hier aus Ölpreis-/Dollarkursverfall gesunkenen Chemieumsatz den 1985 („dem besten Jahr unserer Geschichte") erzielten Gewinn vor Steuern im Halbjahresvergleich sogar noch etwas verbessert und liegt hier im Welt-Gewinn klar an der Spitze des Dreigestirns der deutschen Großchemie.

Die AG zeigt bei einem Umsatzrückgang um 3,5 Prozent auf 9,1 Mrd. DM mit 66,8 (66,7) Prozent Exportanteil eine Gewinnbesserung um sechs Prozent auf 880 Mill. DM. Im Welt-Bereich lag trotz Umsatzminderung um 12,2 Prozent auf 21,6 Mrd. DM der Bruttogewinn mit 1,74 Mrd. DM immerhin noch um 0,9 Prozent höher als vor Jahresfrist, nachdem hier das erste Quartal mit 810 Mill. DM noch einen kleinen Rückstand von 1,2 Prozent brachte.

Der Vorstand erklärt den weiteren AG-Gewinnanstieg mit günstigeren Rohstoffpreisen und mit dem Wegfall von „Sonderbelastungen" aus dem Beteiligungsbereich, die 1985 noch auf den Ertrag drückten. Er fügt die Prognose an, daß die wirtschaftlichen Voraussetzungen weiter günstig seien, die Kapazitätsauslastung auch im zweiten Halbjahr wohl auf zufriedenstellendem Niveau bleibe und für das volle Jahr trotz des dollarkursbedingten Umsatzrückgangs „zuversichtlich" das „hohe Ergebnisniveau" des Vorjahres erwartet werde.

Gestützt wird diese Zuversicht mit dem Hinweis, daß im AG-Geschäft die Absatzmengen bislang „annähernd" auf dem hohen Vorjahresniveau geblieben seien. Ähnliches ist für den Weltumsatz zu unterstellen, dessen relativ starker Rückgang aus der um 27 Prozent gesunkenen Dollarumrechnung stammte, während das Geschäft in Westeuropa auch nominal „fast auf Vorjahresniveau" blieb und in Osteuropa wie in Japan gesteigert wurde.

Im Einklang mit der zuversichtlichen Prognose sollen die Sachinvestitionen 1986 bei der AG auf 1 (0,78) Mrd. DM und im Weltbereich auf 2,2 (2,06) Mrd. DM erhöht werden. Gleichfalls im Einklang mit solcher Zuversicht wurde bei der AG die Beschäftigtenzahl im Jahresmitte-Vergleich um 1,8 Prozent auf 63 793 aufgestockt. Der Personalaufwand stieg dabei um 6,2 Prozent auf 2,25 Mrd. DM – beim Blick auf den Gewinnanstieg auch ein Indiz dafür, daß die Vorteile aus billigerem Rohstoffeinkauf wohl größer waren als die Nachteile der Verkaufspreisminderungen. Wie bekannt, will dieser im Dreigestirn am wenigsten „ölabhängige" Konzern seinen Forschungsaufwand auch 1986 über dem hohen Niveau der Sachinvestitionen halten.

Varta leidet unter Währungseinflüssen

dpa/VWD, **Bad Homburg**

Die Varta AG, Bad Homburg, erwartet 1986 erneut ein zufriedenstellendes Ergebnis. 1985 hatte der größte deutsche Batteriehersteller in der AG einen Jahresüberschuß von 33,6 Mill. DM erzielt. Wie der Vorstand im Aktionärsbrief schreibt, konnte im ersten Halbjahr 1986 das Geschäftsvolumen im Inlandskonzern gegenüber dem *vergleichbaren Vorjahres*zeitraum um vier Prozent auf 532 Mill. DM ausgeweitet werden. Der Weltumsatz ging allerdings um vier Prozent auf 857 Mill. DM zurück.

Dieser Rückgang entfalle auf die Auslandsgesellschaften, die ein Minus von zehn Prozent hinnehmen *mußten* (in Landeswährungen gerechnet ergab sich ein Plus von zehn Prozent), und sei ausschließlich auf Währungskursveränderungen zurückzuführen. Ohne diesen Sondereinfluß läge der Weltumsatz um sieben Prozent über dem des Vorjahres. Die Investitionen sollen mit rund 100 Mill. DM wieder das Rekordvolumen des Vorjahres erreichen.

Die Sparte Starterbatterien mußte nach dem außergewöhnlich guten Vorjahr den Angaben zufolge im ersten Halbjahr 1986 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum einen Umsatzrückgang um neun Prozent auf 338 Mill. DM hinnehmen. Der Umsatz bei den Gerätebatterien ging um vier Prozent auf 277 Mill. DM zurück.

Dagegen konnten die Industriebatterien ein Umsatzplus von drei Prozent auf 202 Mill. DM erzielen. Bei Varta-Plastic stieg der Umsatz um 18 Prozent auf 33 Mill. DM. Die Zahl der Mitarbeiter erhöhte sich seit Ende 1985 weltweit um 216 auf 12 911, wobei die Aufstockung im wesentlichen bei den Auslandsgesellschaften erfolgt sei.

Vom Tabakladen bis Chloé

Dunhill entwickelt sich zu einer internationalen Holding

dpa/VWD, **London**

Dunhill, das sind nicht nur Pfeifen und Tabak, das ist eine Unternehmensgruppe, die mit Prestigeprodukten eine kleine aber wohlhabende, internationale Kundschaft anspricht und damit sehr gut verdient. Die britische Firmengruppe Dunhill Holdings plc, London, deren Urzelle das 1907 von Alfred Dunhill gegründete Tabakspezialgeschäft im Londoner Stadtteil St. James ist, präsentiert sich inzwischen als erfolgreiche Holding einer kleinen Handvoll selbständiger Firmen, die, jede auf ihrem Gebiet, international zu den führenden Anbietern von Luxusartikeln gehört.

Die Metamorphose vom Tabakspe*zialisten zur Firmengruppe für* Prestigeartikel vollzog sich, so erläuterte der Managing Director, Anthony Greener, im wesentlichen erst in den letzten zehn Jahren. Im Geschäftsjahr 1985/86 (31. März) publizierte die Dunhill Holdings plc einen Umsatz von 130 (117) Mill. Pfund (393,3 Mill. DM).

Der Gewinn vor Steuer stieg auf 20 (15) Mill. und nach Steuern auf 12,4 (9,6) Mill. Pfund. Davon wurden an die Aktionäre 2,3 (1,6) Mill. Pfund ausgeschüttet. Der Wert der Aktien von nominell zehn Pence, die an der Londoner Börse gehandelt werden, kletterte von 80 Pence das Stück (1985) auf 500 Pence in diesem Jahr. Mehrheitsgesellschafter mit 50,6 Prozent ist der Tabak- und Bierkonzern Rothmans International plc. Grundkapital und Reserven belaufen sich auf zusammen 52,5 Mill. Pfund.

Unter dem Dach der Holding arbeiten gegenwärtig vier selbständige Firmen: Da ist zunächst die Alfred Dunhill Ltd., London, die sich auf exklusive Artikel für den Herrn - von der persönlichen Tabakmischung über erlesene Pfeifen, goldene Füllhalter *bis zum Kaschmir-Blazer* - spezialisiert hat. Vor zehn Jahren erwarb Dunhill den führenden amerikanischen Tabak- und Pfeifenspezialisten, Lane Ltd., New York, die ebenfalls in der oberen Preiskategorie operiert.

Ein Jahr später (1977) stieg Dunhill auf dem deutschen Markt bei der Montblanc-Simplo GmbH, Hamburg, ein, einem Hersteller exklusiver Schreibgeräte. Seit 1985 liegen sämtliche Montblanc-Anteile bei der Dunhill Holding.

Eine interessante Akquisition gelang im vergangenen Jahr. Für 6,5 Mill. Pfund erwarb die Dunhill Holding die französische Modehaus-Gruppe Chloé, Paris. Mit Chloé legte sich Dunhill erstmals auch eine weibliche Komponente zu. Chloé soll laut Greener weiter entwickelt und vor allem mehr internationalisiert werden, denn Dunhill verkauft seine Produkte zu über 90 Prozent im Ausland. Sie werden weltweit in 25 Dunhill-Shops - davon je einer in München und Düsseldorf - in 85 ausgewählten Boutiquen, in Kaufhausabteilungen und Duty Free Shops auf internationalen Flughäfen geführt.

Mit dem Erwerb von Chloé ist aber keineswegs Ebbe in der Dunhill-Firmenkasse. Als nächstes hat das Management den US-Markt im Visier. Hier möchte man das vorhandene Potential noch besser erschließen. Der größte Markt für Dunhill ist jedoch Japan. Der gut verdienende japanische *Mann scheint* ein besonderes Faible für das Exklusive zu haben.

Am deutschen Markt benötigte die Montblanc-Simplo einige Jahre und durchgreifende *Sanierungsmaßnahmen*, bis es eine befriedigende Rendite abwarf. Trotz solcher „Mißgriffe" hat Dunhill dabei nie Geld verloren, *versicherte Greener.*

Börsen-Novität von Conti

Bereits sehr hohe Kurse: Können Käufer nicht rechnen?

cd./MF. **Frankfurt/Stuttgart**

Die Conti Gummi AG *bringt* über ein internationales Konsortium unter Führung der Deutschen Bank eine Börsennovität: Eine von ihrer Tochter Intercontinental Rubber Finance, Amsterdam, zum Kurs von 150 Prozent begebene sechsprozentige zehnjährige Optionsanleihe über 150 Mill. DM, zu der *neben* Aktien-Optionsscheinen auch Anleihe-Optionsscheine gehören. Je 1000-DM-Anleihestück werden zwei Warrants mitgeliefert, die zehn Jahre lang zum Bezug von sechs Conti-Aktien zum Preis von voraussichtlich 323 DM berechtigen, sowie ein Zinswarrant, der drei Jahre lang zum Bezug von 1 000 DM einer sechsprozentigen DM-Anleihe der Amsterdamer Conti-Tochter berechtigt.

Zu diesen Originalkonditionen errechnet sich über den Optionsschein ein Preis von gut 406 DM für die Conti-Aktie, also knapp 22 Prozent über dem aktuellen Kurs (334 DM), wenn man davon ausgeht, daß der Zinswarrant praktisch wertlos ist. Da am Markt gestern bereits Kurse von 180 Prozent für die Optionsanleihe mit Warrants geboten wurden, kommt für die darüber bezogenen Conti-Aktien ein Preis von knapp 460 DM heraus, also ein Aufgeld von rund *37 Prozent auf den aktuellen Kurs.* Rentenhändler halten das für total überzogen und vermuten, daß viele Käufer „derart irre Preise nur zahlen, weil sie nicht richtig rechnen können".

Das starke Winterreifengeschäft im Frühjahr 1985 hat im Konzernbereich Reifen der Continental-Gummi-Werke AG, Hannover, dazu geführt, daß der Reifenumsatz des Konzerns im ersten Halbjahr 1986 mit 1,67 Mrd. DM gegenüber der Vorjahresvergleichszeit unverändert blieb. Bis zum Ende des laufenden Geschäftsjahres 1986 rechnet Conti-Vorstandsmitglied Wilhelm Schäfer jedoch mit einem Umsatzplus bei Reifen von drei bis vier Prozent. Überdurchschnittliches Wachstum prognostizierte Schäfer bei der Vorlage der Halbjahreszahlen des Conti-Konzerns in Stuttgart für die Pkw-Hochleistungsreifen, die Pkw-Winterreifen und für die Lkw-Reifen der vierten Generation. Im Gesamtkonzern macht heute der Reifenumsatz 74 Prozent aus. An dem Reifen-Konzernumsatz waren im Geschäftsjahr 1985 die Marken Conti mit 50 Prozent, Uniroyal mit 26 Prozent und Semperit mit 24 Prozent beteiligt. Ein Drittel ging in die Erstausrüstung und zwei Drittel wurden im Ersatzgeschäft abgesetzt.

Der Continental-Konzern, der im ersten Halbjahr 1986 seinen Gesamtumsatz im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 2,1 Prozent auf 2,35 (2,3) Mrd. DM steigerte, will seinen Reifen-Marktanteil in Europa von heute 17 Prozent auf 20 Prozent im Jahr 1990 erhöhen.

Menge um jeden Preis wird nicht verkauft, erklärte Schäfer. So hat auch der Ertrag des Conti-Konzerns in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres 1986 „deutlich über Vorjahr" gelegen. Grund dafür sei die gute Ausla*stung der zehn europäischen Reifen*werke, verbunden mit einer Effizienzsteigerung gewesen. Die Investitionen im Reifenbereich würden kräftig um 24 Prozent auf 213 Mill. DM erhöht.

In Spanien und Portugal hat Conti hochgesteckte Ziele. Dort habe das Unternehmen bereits eine Runderneuerungsfabrik und eine Fabrik für Reifen für Gabelstapler. Auch Japan wird für Conti ein wichtiger Kunde. 1986 werden voraussichtlich etwa 250 000 japanische Fahrzeuge mit Conti-Reifen ausgerüstet sein.

Vorstand fast komplett neu

Neues Unternehmenskonzept soll Hohner Gewinn bringen

MF. **Stuttgart**

Die Matth. Hohner AG, Trossingen im Schwarzwald, hat im Geschäftsjahr 1985 einen Umsatzrückgang um *15,5 Mill. DM auf 122,7 Mill. DM* und einen operativen Verlust in der Größenordnung von etwa 10 Mill. DM erlitten. In den letzten Wochen wurde *fast der gesamte Vorstand* ausgewechselt. Ein neuer, auf zwei Personen reduzierter Vorstand will mit einem neuen Unternehmenskonzept diesen *größten* europäischen Musikinstrumentenhersteller bis zum Jahr 1987 wieder in die Gewinnzone bringen.

Der *Schuldenberg von derzeit 90* Mill. DM soll in etwa fünf Jahren halbiert sein. Der operative Verlust soll, so erklärte Vorstandsmitglied Friedrich Liegert in Stuttgart, im laufenden Jahr auf etwa 5 Mill. DM ebenfalls halbiert sein. Die „momentane Schwäche" des Unternehmens sei durch „hausgemachte" Management*fehler inzwischen ausgeschiedener* Vorstandsmitglieder entstanden, erklärte Liegert weiter. Durch Abbau im Verwaltungsbereich wird die Belegschaft von 1294 per 31. Dezember 1985 auf 1170 per 31. März 1987 reduziert. Die in der Produktion beschäftigten rund 950 Mitarbeiter sollen nicht reduziert werden.

Nach einer „sehr konservativen Umsatzplanung" soll der Umsatz der Matth. Hohner AG 1986 auf 126 und *1987 weiter auf 132 Mill. DM steigen.* Der Bereich Elektronische Musikinstrumente (Heimorgeln und Keyboards), der 1985 den Verlust bei Hohner *verursachte, soll 1986 rund 44* Mill. DM und 1987 rund 50 Mill. DM Umsatz bringen. Dabei soll der „hohe Bonus des Namens Hohner" auch auf elektronische Musikoinstrumente, wie Akkordeons, Mundharmonikas und Blockflöten sollen 1986 und 1987 wenig verändert jeweils 82 Mill. DM Umsatz bringen.

Renten teilweise angehoben

Die Meinungen darüber, ob es noch in dieser Woche zu einer Diskontsenkung in der Bundesrepublik kommt, blieben geteilt. Infolgedessen wurde auf dem Rentenmarkt mit spürbarer Zurückhaltung agiert. Inländische Anleger interessierten sich für Pfandbriefe mit Laufzeiten bis zu vier Jahren. Längerlaufende Emissionen veränderten ihre Renditen kaum. Anders stand es bei den öffentlichen Anleihen, wo im langen Bereich erneut die Ausländer den Ton angaben. Bundesanleihen mit langen Laufzeiten zogen um durchschnittlich einen Viertelpunkt an.

Bundesanleihen

Bundesbahn

			26.8.	25.8.
F	6 dgl. 77	9/87	101,4G	101,4G
F	6 dgl. 78 II	7/88	102,3	102,3G
F	6½ dgl. 77	5/89	105,95	105,95
F	8 dgl. 79 I	7/89	107,8	107,75G
F	6 dgl. 78 I	2/90	103	103,05
F	8 dgl. 80 II	7/90	109,1G	109,1G
F	9 dgl. 81	3/91	114	114
F	10½ dgl. 81	9/91	121,2	121,2G
F	10¼ dgl. 81	11/91	120,9G	120,9G
F	8 dgl. 80 I	2/92	110,7	110,7
F	10 dgl. 82	2/92	120,1	120,1
F	9½ dgl. 82	7/92	118,7	118,7
F	8 dgl. 82	11/92	111,8G	111,8G
F	7¾ dgl. 83	1/93	109,9	110G

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

		26.8.	25.8.
F	6 Lanw.Rent.Bk.RS15	100,05	100,05
F	6 dgl. RS 16	100,1G	100,1G
F	6½ dgl. RS 60	100,95G	100,95G
F	7 dgl. 94	104,25G	104,25G
F	7 dgl. 99	100G	100G
F	8 dgl. 101	105,65G	105,65
F	7½ dgl. 102	105,75G	105,75G
F	9½ dgl. 126	101,5G	101,5G
D	6½ Dt.Ausgl.Bk. 77/87	101,5G	101,5G
D	5½ dgl. 78/88	101,1bG	101G
D	7 dgl. 79/87	101,15G	101,15
D	6 dgl. 86/96	97,8G	97,8G

Industrieanleihen

Optionsscheine

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Optionsanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	26.8.	25.8.
8 Afr. Entwickl. 79/87	101,25T	101,25G
10 dgl. 82/89	109,76G	109,75G
8 dgl. 84/91	105,9G	106G
9 Air Canada 82/92	111,75G	111,75G
7¾ dgl. 85/93	106,25	105,75G
9½ Akzo 82/89	105	105,5
7¾ Allied Chem. 84/94	104,25G	104,9
8¾ AMCA Ltd. 85/91	105G	105,5

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kakaonotierungen an der New Yorker Comex. Mit bruchteiligen Abschlägen ging Kupfer aus dem Markt. Um das Limit höher notierte Kaffee.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	25.8.	22.8.
Sept.	250,75	251,50
Dez.	256,75-257,00	256,50-256,75
März	255,50-255,75	256,00-255,75

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)
Wheat Board cif.

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

25.8.	22.8.
29,00	29,00

MAISÖL New York (c/lb)
US-Mittelweststaaten fob Werk

25.8.	22.8.
17,75	17,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Energie-Terminkontrakte

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Kartoffeln

Bauholz

Zinn-Preis Penang

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

Euro-Geldmarktsätze

Goldmünzen

Nullkupon-Anleihen (DM)

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

New Yorker Finanzmärkte

Dollar-Anleihen

Lux. Franc-Bonds

Rechnungs-Einheiten

Euro-Yen

ECU

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

Ab 28. August können Sie die F&G-Aktie zeichnen. Die Energie-Aktie besonderer Art.

F&G hat eine lange Tradition und beste Zukunftsperspektiven.
Das Unternehmen lieferte 1888 das erste Starkstromkabelnetz in Deutschland und besitzt heute weltweit anerkannte, hochmoderne Produktions- und Entwicklungsstätten. Ausgehend von Kabelfertigung und Stromtransport erschloß sich F&G den Markt der Energieverteilung. Das Unternehmen ist einer der international bedeutenden Hersteller für Schaltanlagen. F&G-Schutzschalter in Industrie, Handwerk und Haushalt tragen wesentlich zum hohen Sicherheits-Standard der Elektrizität bei.

Und F&G projektiert und realisiert komplette elektrotechnische Großanlagen. Darüber hinaus ist F&G in neue Bereiche vorgestoßen, wie beispielsweise den Einsatz hochfester Verbundwerkstoffe und Lichtwellenleiter-Sensoren. Unternehmensstrategie ist auch in Zukunft: Kontinuierliches Wachstum durch umfassendes Spezial-Know-how. An der Entwicklung von F&G können Sie sich beteiligen.

Das Aktien-Verkaufsangebot

Ab 28. August 1986 werden von einem Bankenkonsortium unter Führung der Berliner Handels- und Frankfurter Bank 800.000 auf den Inhaber lautende Aktien einem breiten Publikum zum Kauf angeboten.
Der Verkaufspreis je 50-Mark-Aktie beträgt 125,– DM. Die Aktien sind für das Geschäftsjahr 1986 voll dividendenberechtigt.
Der Kaufpreis für die Aktien zuzüglich der üblichen Effektenprovision und der Börsenumsatzsteuer ist von den Erwerbern am 5.9.1986 zu entrichten.
Kaufanträge nehmen folgende Banken während der üblichen Schalterstunden entgegen:

Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Commerzbank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Genossenschaftsbank
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Merck, Finck & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhardt KGaA
M.M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.

Die Aktien sind zum Handel und zur amtlichen Notierung an den Wertpapierbörsen zu Düsseldorf, Frankfurt am Main und Hamburg zugelassen.
Der Handel und die amtliche Notierung werden voraussichtlich am 9.9.1986 aufgenommen.

F&G-Gruppe 1985 im Spiegel der Zahlen

Umsatz	894,5 Mio DM
Exportquote vom Umsatz	45,7%
Investitionen in Sachanlagen	28,3 Mio DM
Stammkapital	50,0 Mio DM
Jahresüberschuß	11,9 Mio DM
Mitarbeiter	3880

Das F&G-Programm

Stromübertragung	Stromverteilung	Serien- und Spezialprodukte
Energiekabel Energiekabelgarnituren Starkstrom-Leitungen Freileitungen Blankes Leitmaterial	Mittelspannungs-Schaltanlagen Hochspannungsgeräte Komplette elektrotechnische Anlagen	Niederspannungs-Schaltgeräte Elektrische Maschinen Technisches Halbzeug Faserverbundprodukte

FELTEN & GUILLEAUME ENERGIETECHNIK
AKTIENGESELLSCHAFT



Inlandszertifikate

	Ausg. 26.8.	Rückn. 26.8.	Rückn. 25.8.
AAR-UNIV FJ	174,86	164,69	164,69
Adifonds	70,55	67,19	67,83
Adirenta	23,99	23,29	23,28
Adirewa	110,29	107,08	107,42
Adiverba	113,74	107,85	108,01
Aditerba	190,87	181,78	182,21
Aegis Ertr.-Fds	40,32	38,39	38,31
Aegis Wachst.-Fds	68,85	65,54	65,36
AGI Fonds	172,25	164,05	164,05
Akkumula	213,60	203,43	203,20
Albingia Rendite Fds.	52,75	50,40	50,58
Alla Kapital Fds.	39,20	36,45	36,64
Allianz-Rentenfonds	127,55	124,44	124,40
Analytik Fonds	33,57	31,21	31,26
Arc-Rendit	60,51	58,41	55,37
AriDeka	59,05	56,69	56,89
Assecura I	92,46	92,00	92,00
Austr. Pazifik	45,35	44,30	43,94
Berenberg-U-Fonds	418,45	406,26	407,64
Berenberg-U-Eff.-F.	52,89	51,35	51,53
Berenberg-U-Renten	125,77	122,70	122,84
BW-Renta-Univ.	55,34	53,99	53,95
BW-Wartberg-Univ.	137,78	134,75	134,87
Colonia Rentenfonds	52,71	50,92	50,85
Concentra	39,81	38,84	39,04
cbs-Fonds V I	–	60,06	60,06
DekaFonds	57,74	54,82	55,15
DekaRent	33,72	32,74	32,74
DekaSpezial	256,06	243,26	244,34
DekaTresor	62,62	61,09	61,07
DespaFonds	85,25	80,99	80,99
DEVIF-Invest	109,70	104,41	104,86
DEVIF-Rent	56,70	55,07	55,02
DIFA-Fonds	179,90	170,80	170,80
DIFA GRUND	105,81	100,52	100,52
DIT Fonds f. Verm.	70,41	68,69	68,86
DIT Rohstoffonds	65,71	63,31	63,26
DIT Pazifikfonds	127,15	123,45	121,15
DIT Spezial	76,61	74,38	74,16
DIT Technologiefonds	81,25	78,88	78,64
DIT Wachstumsfonds	74,56	72,39	72,51
DIT Fds.f WdLu Opt.A	135,48	132,18	131,48
Dt. Rentenfonds	86,78	85,08	85,06
Dt. Vermögensb. Fds. A	41,50	39,52	39,49
dgl. I	54,63	52,03	52,26
dgl. R	78,47	77,65	77,44
DWS Bayern Spezial	104,55	99,54	99,93
DWS Energiefonds	87,30	85,17	85,29
DWS Provesta	89,35	85,07	85,15
DWS Rohstoff Fds.	76,45	74,57	74,78
DWS Technologie Fds.	89,85	87,66	87,47
Fondak	76,42	72,78	73,21
Fondirent	80,86	78,50	78,50
Fondis	69,04	65,75	66,01
Fondra	115,54	110,04	110,76
FT Accuzins	139,76	135,69	135,59
FT Am Dynamik	23,41	21,42	21,48
FT Frankf. Eff. F	150,78	143,74	142,64
FT Interspezial I	27,86	27,35	27,35
FT Interspezial II	34,61	31,67	31,71
FT Interzins	46,92	45,55	45,54
FT Nippon Dynamik	106,28	97,75	97,35
FT Re-Spezial	197,97	188,07	187,83
Gerling Dynamik	72,71	69,58	69,32
Gerling Rendite	57,46	55,79	55,75
GKD-Fonds	77,55	74,55	74,78
Gothaerent	97,16	93,78	93,74
Grundbesitz-Invest	74,40	70,79	70,79
Grundwert-Fonds	134,55	127,54	127,54
Hbg.-M. Rentenfonds	60,70	58,37	58,36
Hansainternational	51,43	49,69	49,49
Hansarenta	50,41	48,71	48,70
Hansasecur	70,74	67,37	66,93
Hansazins	50,91	49,19	49,16
Haus-Invest	69,40	66,04	66,04
H-Fonds Nr. I	117,10	111,40	111,40
dgl Nr. 2	75,90	72,20	72,20
Industria	66,02	64,10	64,17
INKA-Global	90,10	85,70	85,00
INKA-Rent	53,40	51,80	51,80
INKA-Re-Invest	140,00	135,80	135,60
Inrenta	75,45	73,59	73,57
Interglobal	161,28	156,58	156,31
Inter-Renta	39,65	38,47	38,47
Intervest	105,40	100,35	100,32
Interkapital	29,20	27,50	27,30
Int. Rentenfonds	82,35	80,34	80,24
Investa	74,00	70,44	70,85
Investors Fds.	15,00	13,94	14,04
Iveralonds	64,41	58,95	58,83
Japan-Pazifik-Fds.	84,89	82,42	82,76
Kapitalt. Spezial	142,11	136,07	135,44
Magdeb. W.-Fd.DIT	86,72	82,11	82,27
Medico-Invest	125,23	117,00	116,10
Merkur I	30,35	30,35	30,35
NB Rent	58,17	56,47	56,46
Nordcumula	80,10	77,77	77,40
Nordrenta Int.	57,93	56,24	56,27
Nordstern-F. RK	53,00	51,20	51,15
Nürnberger Rentenfds.	50,85	48,55	48,52
Oppenh. Int. Rent.	104,25	101,20	101,13
Oppenh. Priva-Rent	116,31	112,91	112,81
Oppenheim-Privat	59,59	56,74	56,53
Oppenheim-Spez. I	128,67	124,91	124,65
Oppenheim-Spez. II	96,81	92,19	91,46
Plusfonds	80,44	76,61	76,94
Privatfonds	72,50	69,02	68,68
Re-Inrenta	170,35	166,16	166,01
Renditdeka	36,34	35,28	35,27
Rentak	168,08	159,88	159,62
Rentex	113,40	109,99	109,99
Rentensparfonds	59,35	57,62	57,62
Ring Aktien-Fds. DWS	50,75	48,44	48,60
Ring Renten-Fds. DWS	48,80	46,58	46,56
Säkular-U-Fonds	177,92	172,74	167,02
SMH-Rentenfonds	54,48	52,89	52,88
Südinvest I	67,65	64,43	64,69
dgl. II	80,31	76,49	76,79
dgl. III	27,90	27,09	27,09
dgl. IV	83,42	80,71	80,51
Thesaurent	66,70	65,07	64,85
Thesaurus	246,43	240,42	241,60
Transatlanta	31,66	30,74	30,99
Unifonds	34,50	32,81	33,00
Uniglobal	100,70	95,84	96,31
Unikapital	85,15	83,03	83,04
Unirak	89,85	85,54	85,46
Unirenta	47,00	40,69	40,69
Unispezial I	–	58,99	58,69
Universal-Eff.-F.	101,83	99,83	97,85
Unizins	117,35	113,90	113,86
Verm.-Aufbau-F.	127,91	121,82	121,99
Verm.-Ertrag-F.	101,38	97,48	97,40
VICTORIA Rent-Anlg	72,96	70,49	70,48

Auslandszertifikate

	Ausg.	Rückn.	Rückn.
Austro-Inv. DM	34,60	32,65	32,45
Bond Valor DM	114,57	112,39	112,27
Convert Fund A DM	36,00	34,20	34,20
Convert Fund B DM	107,60	102,30	102,40
CS Money Market DM	1094,39	1094,30	1094,26
Eurinvest DM	96,60	92,60	91,90
Eurunion DM	196,88	181,46	180,84
Formular Sel. DM	81,60	76,30	76,30
GT Inv. Fund DM	79,10	66,50	66,80
Intersaar DM	unerh.	unerh.	27,00
Japan Sel. DM	456,70	427,00	427,00
Unico DM	78,00	75,67	75,76
Amerika-Valor sfr.	450,00	435,00	438,50
Asia Fd. $	362,42	345,16	344,59
Automation sfr.	123,00	114,50	114,50
Bond-Invest sfr.	64,00	62,75	63,00
Bond Valor Yen	11093,00	10887,00	10880,00
Bond Valor $	129,87	127,44	126,94
Bond Valor sfr.	109,55	107,30	107,20
Bond Valor Ster.	109,35	107,30	107,60
CSF-Bonds sfr.	78,50	75,75	75,75
CS Gold Valor	99,97	98,09	98,88
CS Money Market $	1161,69	1161,48	1161,50
CS Money Market Ster.	1128,25	1128,24	1127,97
CS Money Market Yen	105975,0	105972,0	105911,0
Convert Valor sfr.	141,70	139,05	138,70
Convert Valor $	155,16	152,25	152,18
Dreyfus $*	14,90	13,63	13,70
Dreyfus Internat. $*	51,35	48,27	48,51
Dreyfus Intercont. $*	52,02	51,35	48,90
Dreyfus Leverage $*	23,66	21,65	21,76
Energie-Valor DM	185,53	176,19	175,80
Europa Valor sfr.	196,25	187,00	186,25
Fonsa sfr.	197,00	192,50	191,50
Founders Growth $*	10,56	10,36	10,48
Founders Mutual $*	11,71	11,71	11,81
Goldmines hfl.	–	195,00	198,00
Intercont. Tr. sfr.	–	352,00	352,00
Interswiss sfr.	172,00	165,50	165,50
Intervalor sfr	83,75	80,75	80,75
Japan Portfolio sfr.	1528,00	1477,50	1479,75
Kemper Growth $*	14,94	13,67	13,74
Pacific-Valor sfr.	199,50	187,25	187,50
Pharmafonds sfr.	347,50	323,00	325,00
Pioneer Fund $*	25,45	23,29	23,40
dgl. II $*	20,71	18,95	19,06
Schweizeraktien sfr.	504,00	477,75	474,50
Siat-Imm. sfr.	1710,00B	1700,00G	1700,00G
Siat 63 sfr.	1345,00B	1335,00G	1335,00G
Swissimmob. N.S. sfr	2615,00	2490,00	2490,00
Swissimmob. 1961 sfr	1345,00	1275,00	1275,00
Swissvalor sfr.	418,25	406,25	403,50
Technology $*	15,29	13,99	14,07
Technogrowth Fd	99,64	94,01	94,01
Templeton Growth $*	unerh.	unerh.	unerh.
Universal B.S sfr	78,50	76,00	75,00
Universal Fund sfr.	121,18	117,69	117,78
Ussec	771,00	734,00	734,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Optionshandel

Frankfurt: 26. 8. 1986
2862 Optionen = 152 450 (165 150) Aktien,
davon 318 Verkaufsoptionen = 16 700 Aktien.

Kaufoptionen: AEG 10-300/50; 310/40G, 320/31, 330/26; 340/16; 350/12; 360/10,5; 1-300/57; 320/40; 340/31,5, 360/50; 380/20; 400/17,5, 4-300/75B; 340/50; 360/60G, 360/35G; 380/26; BASF 10-240/35G, 250/28; 260/19,9B; 270/14,5; 280/8,9, 290/6,1; 300/6; 310/3; 330/2,5; 1-260/34; 270/25; 280/18; 290/17; 300/11,9; 310/10; 320/8, 350/6,1, 4-260/45G; 280/27,2; 300/18; 320/13,5. [illegible]

Verkaufsoptionen: AEG 10-290/1,9B; 300/3,6; 310/5B; 320/8; [illegible]

Rentenoptionen

Frankfurt: 26. 8. 1986

Kaufoptionen: 7 3/4 Bund 82 I (90): JAN87-108/2,25G; 110/0,5G, JUL87-108/3G; 110/1,2G; [illegible]

Verkaufsoptionen: 7 3/4 Bund 82 I (90): JAN87-110/1,5G; [illegible]

Junge Aktien

Berlin: Hermes 810G, VAB 2900G, Düsseldorf: Allianz Vers. 2570, BMW 600, Goldschm. 240, IKB 289,5G, Lehnkering 210G, O & K 139, Frankfurt: Allianz Vers. 2500, BMW 600, Frankona 420, Fuchs St. 182, Fuchs Vz. 160, Goldschm. 240,2, IKB 289,5, Magdeburger Feuer NA 799B, Magdeburger Feuer 1300G, Mainkraft 300G, Mercedes 1161, Ymos Vz. 182. Hamburg: Doag 380T, München: IKB 295, Mercedes 1150, Stumpf 130TB, VAB 2750bG.

Bezugsrechte: Düsseldorf RHEINHYP 47. Frankfurt: Andreae-N.Z. entl., RHEINHYP 47, München: Andreae-N.Z. entl., RHEINHYP 47bG. Stuttgart: RHEINHYP 47.

Devisenmärkte

Bei weiterhin ruhigem Geschäft verlagerte sich der Handel am 26. August in Dollar auf eine etwas höhere Stufe zwischen 2,043 und 2,048. Die Leitwährung reagierte nicht auf die um 1/16 Prozentpunkt schwächeren Dollar-Zinssätze. Unverändert wurden die Zentralbankratssitzung am Donnerstag mit eventuellen Zinsentscheidungen sowie die US-Handelsbilanz am Freitag als mögliche Eckpfeiler für kommende Kursfindung genannt. Die Notiz stellte sich auf 2,0453. Der Abwärtstrend der meisten Währungen kam durch die Erholung des US-Dollar zum Stillstand. Der Japanische Yen gab allerdings um zwanzig Punkte auf 1,3265 nach. US-Dollar in Amsterdam 2,3080; Brüssel 42,3450; Paris 6,7830, Mailand 1409,50 Wien 14,3940; Zürich 1,6474; Ir. Pfund/DM 2,7540, Pfund/Dollar 1,4814; Pfund/DM 3,030.

Devisen und Sorten

26.8.1986	Disk.-satz	Frankf. Geld	Devis. Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Sorten* Ankauf	Sorten* Verkauf
New York[1]	5,50	2,0413	2,0493	2,0399	1,99	2,09
London[2]	10,0	3,023	3,037	2,987	2,96	3,11
Dublin[2]	16,5	2,747	2,761	2,707	2,69	2,84
Montreal[1]	8,58	1,4635	1,4715	1,4537	1,43	1,53
Amsterd.	5,00	88,50	88,72	88,44	87,75	89,50
Zürich	4,00	124,05	124,25	124,14	123,00	125,75
Brüssel	8,00	4,818	4,838	4,792	4,68	4,86
Paris	9,50	30,435	30,595	30,26	29,80	31,45
Kopenh.	7,00	26,395	26,515	26,18	25,50	27,25
Oslo	8,00	27,88	28,00	27,465	27,00	28,75
Stockh.	8,00	29,54	29,70	29,265	28,75	30,50
Mailand[3]**	12,0	1,445	1,455	1,424	1,40	1,48
Wien	4,00	14,19	14,23	14,176	14,11	14,32
Madrid	8,00	1,522	1,532	1,493	1,48	1,60
Lissabon**	14,5	1,396	1,416	1,357	1,15	1,70
Tokio	3,50	1,324	1,327	1,326	1,29	1,35
Helsinki	8,50	41,57	41,77	40,725	40,50	42,50
Belgrad* **	–	–	–	–	0,27	0,67
Budap.* **	–	–	–	–	2,75	4,25
Athen* **	20,5	1,498	1,552	–	1,00	1,75
Ankara* **	–	–	–	–	0,22	0,41
Sydney*	–	1,220	1,247	–	1,17	1,29
Johannbg.*	10,5	0,768	0,802	–	0,51	0,78
Hongkong *	–	26,03	26,31	–	24,00	31,00

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund, [3] 1000 Lire; [4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage, * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet.
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Amerikanische Gesellschaft, führender US-Hersteller von „Low Tech"-Zubehör für Microcomputer sucht nach je einem

Exclusive Distributor

für die Gebiete mit den Postleitzahlen von 1–8.
Der Distributor sollte eine unabhängige Gesellschaft sein, die unsere Produkte importieren und in seinem Gebiet an Büros, Computer- und verwandte Handelsbereiche vertreiben kann.

Unsere Produktserie ist umfangreich und wächst ständig. Sie wird bereits sehr erfolgreich in allen europäischen Ländern vertreten.

Bitte wenden Sie sich an unsere europäische Filiale:

MicroComputer Accessories Europe, S.A.
Rue de Florence 37, 1050 Brussels, Belgium
Phone 00-32-2-5 38 61 73, Fax 00-32-2-5 37 37 77, Telex 2 4 088

Ein starkes Produkt sucht Partner
Weil der Markt unser Produkt will, suchen wir für Teile der BRD weitere

Vertriebspartner

im Franchising-System mit vollem Gebietsschutz.
Bei idealer Marktsituation für Sie: Sie vertreten ein Spitzenprodukt mit fast unbegrenzten Marktchancen. Gibt es eine bessere Unterstützung, Ihre Zukunft zu sichern? Wir erwarten, daß diese Chance Ihren ganzen Einsatz herausfordert. Einmaliges Startkapital von ca. DM 40 000,– erforderlich.
Ihre Bewerbung richten Sie an die von uns beauftragte Agentur.

AfS Wichelmann & Brandt · Postfach 11 41 · 2357 Bad Bramstedt
Tel. 04192/57 57

Mittelständisches Handwerksunternehmen

(Spezialgebiet Audio-Videotechnik und Elektromechanik), Sitz Großraum Hamburg, sucht Übernahme einer exklusiven Gebietsvertretung als Lager- und Servicestützpunkt für Norddeutschland. Umfangreiche und gut ausgestattete Werkstatt und Lagerräume stehen zur Verfügung.
Kontakt und Angebote erbeten unter D 4744 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Erbitte Angebot über Zusammenarbeit

mit leitender aktiver Mitarbeit, evtl. Übernahme einer Handelsvertretung oder mittelfristige Kaufabsicht. Erfolgreiche Praxis in mittlerer Unternehmensführung, Industrie-, Labor- u. Feinchemikalien, staatl. Gifthandelserlaubnis, erstklassige Referenzen.
Angeb. erb. u. K 4749 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Mitbenutzung meines Büros geboten
(Organ., Räumlichk., Personal), geeignet als Stützpunkt, Depot, Ausl.-Lager im Harz/Haide-Gebiet

jm Hildesheimer Organisations- und Dienstleistungs-Service
Butterborn 6
3200 Hildesheim
Tel. (0 51 21) 5 96 54

Tel. 02 01 / 48 00 24 **DM 4,70!**
je Kunde kostet Sie der Außendienst, der Ihre 1000 Kunden 4mal p. a. besucht und so mehr Umsatz bringt. Fragen Sie an bei CADICS, Niederweniger Str. 49, 4300 Essen 15

Wir übernehmen für Ihre Produkte/Waren, Lagerung, Auslieferung/Verteilung, evtl. Verkauf. Raum Norddeutschland, 200 m² Lager, Stapler, Lkw m. Ladebordwand vorh. Tel. 0 54 61 / 44 13

Wir suchen mehrere

schicke, moderne

Zusatzartikel

zur Belebung des Sortiments unseres Orientteppich-Einzelhandelsunternehmens. Die Artikel sollten unserer Branche nicht ganz fremd sein.

Angebote richten Sie bitte unter F 4746 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



Gesellschaft für internationale Vermarktung von Innovationen und Produkten mbH

Unternehmer-persönlichkeiten als Exklusivpartner gesucht.

Brienner Str. 54b · D-8000 München 2
Tel.: 089-52 50 28/29/20
Telex: 5213 794 cmd
Telefax: 089-52 51 50 imt-munich

Apotheker in Belgien

sucht Verbindung zu Pharma-Vertrieb zwecks Einführung registrierter Spezialitäten auf Basis von Heilpflanzen nach Belgien.

Angebote an:
Firma S.A.K.O. sm.
Kasteellei 79
B-2130 Brasschaat

Ihr Büro in der Schweiz
Übernahme von Postweiterleitungs- und Büro-Serviceauftrag, evtl. Agentur.
ITC, Kramgasse 41
CH-3011 Bern

Hersteller exkl. Attaché-Koffer in Holz (sehr repräsentativ) sucht
geeignete Vertriebswege
Zuschr. unt. X 4562 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Armer, kranker Frührentner
sucht Spitzen-Manager
zwecks möglichem Milliardenprojekt.
Der Wassermann, Tel. 06 81 / 4 97 44

Wir möchten unser konkurrenzloses Produkt bundesweit vertreiben und suchen

Handelsvertreter

mit freien Kapazitäten.
Kontakte zu Industrie, Speditionen, Heizungshandwerk und sonstige Gewerbebetriebe *sind sicherlich von Vorteil. Gebietsschutz* und werbliche Unterstützungen machen Bezüge von

DM 80 000,– p. a. und mehr

zur Realität.
Kontaktaufnahme erbitten wir unter Tel. 02 28 / 47 20 06, 9–16 Uhr.

STELLENGESUCHE

SIE SIND: Ein Handels- oder Produktionsbetrieb mit Standort im Großraum Hamburg.
SIE VERMARKTEN: Investitionsgüter über direkte und/oder indirekte Absatzkanäle.
SIE ERZIELEN: Einen Jahresumsatz von ca. 100 Mio. DM.
SIE SUCHEN: Einen Geschäftsführer/Leiter Marketing und Vertrieb mit Blick für das heute Machbare und zukünftig Mögliche.
Dann geben Sie mir eine Kurzinfo unter Y 4761 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.
ZUR PERSON: Vertriebsleiter, Mitte 30, verh., ziel- und ergebnisorientiert, Praktiker mit erfolgreichem Werdegang durch *alle* Bereiche des Vertriebs und Marketing.

Geschäftsführer

Dipl.-Kfm., 52 J., Werdegang: management trainee, Vorstandsassistent, Prok., product-manager, Leiter profit center, Gesamtvertriebsleiter in Industrie, seit 7 Jahren Geschäftsführer einer Fachgroßhdlg. mit 200 Mitarb., beste Zeugnisse u. Referenzen, kreativ u. mobil, verh., sucht neue interess. Aufgabe als Geschäftsführer eines Mittelbetriebes, Industrie od. Großhdl., zum 1. 1. 87, evtl. früher. Ist-Eink. 130 000 p. a.

Zuschriften erbeten unter E 4745 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Projektleiter

Dipl.-Ing. (33 J.), in ungek. Stellung, sucht neuen Wirkungskreis im Großraum Hamburg/Lübeck, ca. 6 J. Berufserfahrung in der Entwicklung von Automatisierungs- und Leitsystemen (SW – Engineering, Systemanalyse und Projektmanagement), zuletzt auch verantwortl. Mitwirkung bei betriebl. Reorganisation.

Angeb. unter Z 4782 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Kaufmännischer Leiter

Dipl.-Kfm., 44 J., mit langj. Führungs- und Vertriebserf. in der Elektronik- und Investitionsgüterindustrie, ungek., wü. von Südafrika nach Deutschland zurückzukehren.
Schwerpunkte: Verkauf, Einkauf, Vertragswesen, Zusammenstellen von Finanzierungspaketen, Administration, Controlling, Personal, Engl. fließend.
Ziel: Adäquate, *herausfordernde Aufgabe* in einem exportorientierten Unternehmen.
Zuschr. erb. u. V 4736 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter Investitionsgüter
37 J., 12 J. Vertriebserfahrung, kaufm. u. techn. Ausbildung, sucht anspruchsvolle Aufgabe. Zuschr. u. C 4655 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Geschäftsführer auf Abruf

Bei unerwartetem und vorübergehendem Bedarf in der „Chefetage" stehen unverzüglich erstklassige Führungskräfte für eine Übergangsphase zur Verfügung.

Zuschr. erb. u. P 4599 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte

Diplom-Biologe

27, Studium Univ. Würzburg, Diplom 12/86, Studienschwerpunkte: Mikrobiologie, Genetik, Biochemie, Tierökologie und angewandte Zoologie.
Wunsch: Tätigkeit als wiss. Mitarbeiter, wiss. Assistent in einem Institut oder in der Industrie, auch Ausland.
Auskünfte gibt: Herr Reimann
Fachvermittlungsdienst Würzburg, Ludwigkai 3, 8700 Würzburg, ☎ 09 31/8 07-3 26, FS 6 80 029
Bundesanstalt für Arbeit

Assistent der Geschäftsführung/Volljurist

36 J., in renommiertem mittelständischen Unternehmen, ungek., in verantw. Position in Projektmanagement/Unternehmensentwicklung tätig, Englisch, Spanisch, Französisch, Portugiesisch, Auslandserfahrung, unternehmerisch denkend, sucht neue Aufgabe in Unternehmen oder Verband, vorzugsweise im Hamburger Raum.
Zuschr. erb. u. M 4597 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Mitglied der Geschäftsleitung, Dipl.-Kfm. Dr. rer. pol., Anf. 40 – GF und zuständig für Finanzen, Datenverarbeitung, Rechnungswesen und Personal – in einer international tätigen Firmengruppe im Bereich Handel mit Fabrikation, sucht aus ungekündigter Vertrauensstellung neue unternehmerische Aufgabe als

Vorstand oder **Geschäftsführer**

möglichst im Raum Hamburg.
Zuschr. erb. u. N 4598 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

TECHN. KAUFMANN

28, kfm. u. handw. Ausbildung, techn. mittl. Reife und techn. Abitur. 2 J. im VK tätig, in ungek. Stellung, sucht adäq. Stellung, auch Ausland oder Reisen.
Zuschr. u. A 4741 an *WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen*

Rückversicherung
Deutscher, in Venezuela ansässig, z. Z. in leitender Stellung, bietet europäischem Rückversicherungs- oder Versicherungsunternehmen seine Dienste für den lateinamerikanischen und karibischen Raum an. Zuschr. erb. unter U 4757 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Pharmaexportkaufmann
Mitte 30, langjähr. Erf. im Export von Medikamenten/Pharmarohst., Auslandserf., ungek., sucht verantwortungsvolle Position in Industrie oder Handel.
Angeb. unter R 4754 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Dynamisches vertriebsorientiertes

Marketing-Team

sucht Unternehmen mit nachhaltigen Marktchancen. Banken, Versicherungen bevorzugt. *Marktanalyse*, Produktdesign, Werbung u. Verkaufsförderung aus einer Hand.
Zuschr. erb. u. X 4738 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Funkoffizier
(1. Klasse) übernimmt Urlaubsvertretung und zeitlich begrenzte Tätigkeit, auch fremde Flaggen.
Telefon 0 89 / 2 28 38 50 ab 18 Uhr

Sozialwissenschaftler
38 J., *15jährige Berufserfahrung* im Bildungs- und Hochschulbereich, verbandserfahren, langjähr. Verbandsvertreter auf kommunaler u. Landesebene, ungekündigt, sucht neue Tätigkeit, auch außerhalb des angestammten Ausbildungsbereichs. Arbeitsbereich: Düsseldorf, Köln, Ruhrgebiet.
Zuschr. u. A 4653 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Mann, 40 Jahre, ledig, z. Z. selbst. mit eigenem Büro, kl. Lager, Ford Escort, gepfl. Merc. 280 SE, sucht Beschäftigung. Keine Vers., Kapitalanlage etc.
Ang. erb. u. X 4760 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Tätigkeit beliebiger Art in der CSSR gesucht.
Möglichst umgehend.
Telefon 0 69 / 81 68 07

Großhandelskaufmann
48 J., erfahren in Food, Einkauf, Disposition, Verkauf, EDV, Lagerwesen, verbindliches Auftreten, engagiert, belastbar, sucht neue Position.
Angeb. u. N 4752 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Verkaufsleiter
30 J., erfahren in Außendienst, sucht adäquate Stellung im *Angestelltenverhältnis* im Großraum Hamburg.
Zuschr. erb. unt. W 4737 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Fleischfachmann
Ein- u. Verkauf, mit Erfahrung im Lebendhandel, sucht neuen Wirkungskreis. Ich bin 37 J. jung und gewöhnt, als Betriebsleiter Leute zu führen. Suche mittelständischen Betrieb, der noch ausbaufähig ist, auch im Ausland. Kenntnisse der deutschen Wurstproduktion sind vorhanden. Meine Stärke ist Flexibilität sowie Organisationstalent.
Zuschr. bitte u. V 4648 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Kaufmann
33 J., bisher 2 J. im WP-Bereich tätig, sucht Stelle als Assistent bei WP/Stb (-gesellschaft).
Zuschr. erb. u. *M 4751* an *WELT*-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Französin
28 J., perfekt in Englisch (Diplom) u. Deutsch, sucht feste Anstellung für Übersetzungsarbeiten.
Zuschr. erb. u. Y 4739 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ihr Mann für alles!
Kfm., 44, Engl., Span., flexibel, zupakkend, sucht a. o. Aufgabe. In- u. Ausland.
Zuschr. u. H 4748 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Kreditleiter
40 J., einsatzfreudig, flexibel, erfahren in allen gewerbl. Krediten inkl. Im- u. Exportfinanzen, sucht neuen Wirkungskreis. Angeb. u. S 4755 an *WELT-Verlag, Postfach 10 08 64*, 43 Essen.

Jg. Export-Kaufmann
(27), Abit., gute engl. Sprachk., 4 Jahre Praxis mit Auslandsreisen, Nah-/Fernost, Maschinenbranche, sucht Wirkungskreis, mögl. mit Aussicht auf Auslandsaufenthalt.
Zuschr. u. L 4596 an *WELT*-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Gebietsverkaufsleiter
NH u. SH, 46 J., langj. Berufserfahrung *in Führung des Außendienstes (Lebensmittel)*, gute Kontakte zu Zentralen u. Handel, in ungek. Stellung, sucht zum 1. 1. 1987 oder früher neues verantwortungsvolles Aufgabengebiet.
Zuschr. u. L 4750 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Dipl.-Ingenieur (FH)
Allgem. Masch.-B., 50 J., mehrj. Erf. im Stahl-, Maschinen- u. Anlagenbau, im Vertrieb, der Auftragsabwickl. u. des gewerbl. Rechtsschutzes. Als *Proj.-Ing.*, Gruppenleiter u. Leiter der Patentabt., in ingek. Stellung, sucht im Großr. HH gleichw. Tätigkeit wegen wirtsch. Schw. des Arbeitgebers.
Zuschr. u. P 4753 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Junger Mann, 24 J., sucht Stellung im gesamten Bundesgebiet und Ausland als

Werkschutz oder Fahrer

Führerschein Kl. 3, spreche sehr gut Englisch, Spanisch, etwas Franz. Bis 1. 10. 86 noch beim BGS tätig.
Angeb. erb. u. C 4743 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Zahntechnikermeister
im Rentenalter, aber noch aktiv im *Berufsleben stehend, sucht neues Aufgabengebiet* als mitarbeitender Konzessionsträger.
Zuschr. erbeten unt. G 4747 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Butler – Chauffeur
45 J., ledig, engl. u. franz. Sprachkenntnisse, *gutes Organisationstalent* u. Kochkenntn., sucht neuen Wirkungskreis im Großraum Hamburg.
Zuschr. u. Z 4740 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Frau
kfm. Angest., sucht Beschäftigung, *Regalpflege usw. Büro, Pkw, Lagermöglichkeit. Keine Vers.*
Angeb. u. W 4759 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Elektromonteur
30 J., su. Montagestelle im Ausland. Zuschr. erb. u. V 4758 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENANGEBOTE

Marketing Manager

International trading company operating throughout Middle East and Europe wishes to appoint marketing manager to be *responsible* for establishing marketing strategies for a wide range of products. He/she will assume overall charge of all marketing follow-ups.

The appointee will be 30–40, witz fluent English, appropriate background in *international marketing, and valid driving licence.*

Salary and benefits will match the post.

For further information, contact immediately (also evenings): DARI GMBH. Tel. 0 23 53 / 1 20 10, Postfach 24 27, 5880 Lüdenscheid.

Fille au paire
nach *Südfrankreich* gesucht. Mindestens 19 Jahre alt, gesund, sportlich, Führerschein. Sprachschule am Ort.
Von September 86 bis Juli 87.
Lebenslauf mit Foto und Referenzen an
Fam. M. Brüggemann, Bastide de Malbosc, 63, Chemin Blancard, F-06130 Grasse, Frankreich.

Telefonische Anzeigenannahme

Essen-Kettwig
(0 20 54) 1 01-5 24

Ein bewährter Weg zum beruflichen Aufstieg

Stellengesuche in der WELT

Stellengesuche erscheinen in der WELT als Doppel-Insertion jeweils am Mittwoch und am darauf folgenden Samstag.

Stellengesuchanzeigen werden bei der WELT zu stark ermäßigten Preisen berechnet. 1 Anzeigenmillimeter (das ist eine Fläche von 1 mm Höhe und 1 Spalte = 45 mm Breite) kostet für beide Erscheinungstage DM 5,70.

Preis- und Größenbeispiele

30 mm / 2spaltig
DM 342,– zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

35 mm / 1spaltig
DM 199,50 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

20 mm / 1spaltig
DM 114,– zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

An: DIE WELT, Anzeigenabteilung,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1

01-358

Bestellschein

Bitte veröffentlichen Sie in der Rubrik Stellengesuche zum nächsterreichbaren Termin eine Anzeige
______ mm hoch; ____spaltig zum Preis von DM ______
zuzüglich DM 10,26 Chiffre-Gebühr.
Alle Preise einschließlich 14% Mehrwertsteuer.

Name: ______
Straße/Nr.: ______
PLZ/Ort: ______
Vorwahl/Telefon: ______
Unterschrift: ______
Der Anzeigentext:

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Aktien im Rückwärtsgang

Abgaben in VW zur Vorbereitung der Kapitalerhöhung

DW. – Die vorbörslich freundliche Tendenz ließ sich während der regulären Börsenzeit nicht fortsetzen. Das lag einmal an dem niedrigen Volumen vorliegender Kaufaufträge aus dem Ausland, zum anderen aber an der Börsenkulisse, vor dem Monatsultimo wieder angeschwollenen Bestände auf ein Normalmaß zu reduzieren. Besonders spürbar war der Abgabedruck bei den VW-Aktien. Institutionelle Anleger scheinen VW-Aktien zu verkaufen, um für die neuen Vorzugsaktien Platz zu schaffen, die eine höhere Rendite bringen.

Lebhaft war der Handel erneut in Commerzbank-Aktien, doch auch sie konnten die Anfangsgewinne nicht halten und schlossen deutlich unter Vortagsstand. Während die Notierungen der Geschäftsbanken zurückfielen, gab es im Hypothekenbankbereich einige Sonderbewegungen mit deutlichen Kurssteigerungen. Neben VW lagen im Bereich der Autowerte auch BMW und Daimler unter leichtem Druck. Bei den Puma-Aktien gab es erneut lebhafte Schwankungen zwischen 1000 und 940 DM. Bei Mannesmann wurden die Anlagekäufe fortgesetzt und führten zu einer weiteren, allerdings nur leichten Kursbesserung. Glattstellungen gab es im Bereich der Großchemie, aber auch bei Siemens. Springer-Aktien wurden um fast 10 DM reduziert. Jetzt zeigt sich, daß es nicht nur Ausländer waren, die in letzter Zeit in diesen Papieren aktiv gewesen sind, sondern daß die Kulisse ebenfalls mitgekauft hat.

Frankfurt: Puma sanken um 60 DM, Ceag verminderten sich um 6 DM und Schiess um 4,90 DM. Binding Vz. erholten sich um 20 DM, Esslinger um 17 DM und Bilfinger um 7,20 DM.

Düsseldorf: AVA legten 30 DM zu und Isenbeck befestigten sich um 9 DM. Concordia Chemie sanken um 10 DM, Kochs Adler verminderten sich um 4 DM und Leffers um 3 DM.

Hamburg: Beiersdorf befestigten sich um 5 DM, HEW erholten sich um 1,40 DM und Markt- und Kühlhallen mußten mit plus 6 DM bezahlt werden. Bremer Vulkan sanken um 2,50 DM und Holsten Brauerei um 2 DM.

Berlin: Rheinmetall St. erhöhten sich um 11 DM. Engelhardt wurden um 7 DM niedriger taxiert, Berliner Elektro ermäßigten sich um 6,50 DM und Herlitz St. um 4 DM.

München: Agrob St. verbesserten sich um 7 DM, Deckel konnten 2,30 DM und Elektro 2000 25 DM zulegen. Audi sanken um 8 DM, Flachglas verloren 10 DM und Hutschenreuther gaben um 20 DM nach.

Stuttgart: Daimler verloren 15 DM und Porsche 10 DM. Oberland Glas wurden um 8,50 DM höher gehandelt. Aesculap legten 5 DM und Progress 1,90 DM zu. WMF St. zogen um 2 DM an.

Nachbörse: schwächer

WELT-Aktienindex: 284,68 (287,04)
WELT-Umsatzindex: 3945 (4589)
Advance-decline-Zahl: 80 (118)
38-Tage-Linie: 262,43 (261,96)
200-Tage-Linie: 275,06 (274,89)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

	Düsseldorf 26.8.	25.8.	25.8. Stücke	Frankfurt 26.8.	25.8.	25.8. Stücke	Hamburg 26.8.	25.8.	26.8. Stücke	München 26.8.	25.8.	26.8. Stücke
AEG	343-3-37-337,5G	340	30493	342,2-3-38-7,5G	342G	60035	344-4-38-338	342	5860	342,5-2,5-38-38	343	13866
BASF	271-2-69-269	273,5	34281	271-1,5-268,2G	273,5G	48107	272-2-68-268	273,5	8926	272-9-68,5-68,5	273	7498
Bayer	308-8-3,5-304	308	32105	308-8-3,6-04,1	308	27745	307-7-3,5-304,5	308	24264	309-9-4-304	308,5	12658
Bayer. Hypo	618-8-8-618G	619G	6793	623-3-15-618	623	5011	620-0-15-615	615	2559	618-8-7-617	620	3505
Bayer. Vbk.	580-8-75-575G	582G	856	585-5-75-570G	581,5	6856	588-8-78-578	585	2197	588-8-75-575	583	4732
BMW	621-4-05-618	627	13203	620-0-15-617	623	37966	615-5-5-615	625	1580	623-3-15-615	623	9647
Commerzbk.	351-1-44-345	350	90406	352-2-42-543,2	349,5G	102596	345-50-40-344	349	61188	353,5-3,5-42-42	350	29417
Conti Gummi	338-8-4-334	335,5G	29957	338-8-3-333	336	54641	339-40-33-334	335	16726	339,5-40-35-335	336	5770
Daimler	1312-2-295-295G	1312	12563	-1312-295-1301G	1315G	24807	1315-05-00-1300	1318	1613	1312-15-290-290	1320	3579
Dt. Babc. St.	198,5-8,5-7-197	200	2162	196-7-6-197	200	3198	200-0-0-200	200	1751	204-0-0-200bB	204	607
Dt. Babc. Vz.	199-9-6-195G	199	2056	195-5-1-191	202	2612	–		621	196G-6-6-196bG	196	100
Dt. Bank	845-6-1,5-843	850	15029	848-8-1-843	850	21559	847-6-0-839	850	12200	855-5-47-842	850	5639
Dresdner Bk.	455,5-5,5-0-0,5	456	9797	455-5-0-450,9G	456,5	26661	456-6-1-450	456	21145	457,5-7,5-0-450	456,5	8007

Aktien-Umsätze

Düsseldorf	25.8.	
Allianz Vers.	2720	2519
Girmes	4051	10485
Gold.	472	1305
Henkel	12997	7794
Hussel	1427	431
IKB	1753	1140
Trinkaus	4270	1215
Varta	1210	1532
Unilever	510	1521
Zanders	1090	7555

Frankfurt	26.8.	
Allianz Vers.	2266	7795
Altana	800	1946

Inland

		26.8.	25.8.
H	Aach M Beil. 12,5	2352	2370
H	Aach. M. Vers. 7	1800bG	1800
D	Aach. Rück. 9	2780	2800
D	Aseag *4	360G	360G
M	Ack-Gögg. 8	167	168
H	Adca 3	185	190
D	Adler 12+16	295G	295G
F	AEG 0	340,5	340
D	AEG KABEL 9	420	420
S	Aesculap 9	435	430
F	AGAB 5	171,5xD	176,5
D	Agrippina *0	3700	3790
M	Agrob *0	192bG	185

		26.8.	25.8.
F	Cobk.Genußsch.	126	125,9
D	Conc. Chem. 4,5	235T	245T
B	Conc. Spinne * 0	505T	510G
D	Contigas 8	345	345G
D	Conti Gummi 5	334,9	335,9
D	Dahlb. St. 7,75	284,5	285
D	dgl. Vz. 14,75	410bB	410bB
S	Daimler 12+2,5	1300	1315
M	Deckel AG 6	230bG	227,8
D	Dt. Atl. Tel.10	690T	690T
D	Dt. Babcock St. 5	199,5	202
D	dgl. Vz. 3,5	195	197,5
F	Dt. Bank 12	834,5	848
D	Dt. Centralboden 12	880	900T
D	Dt. Conti Rück. 0	4000T	4000G
D	dgl. NA 0	1010	1010G

		26.8.	25.8.
H	Hol. Lüb. 9	640bB	650
Hn	Hann. Papier 6	248	241,5
H	Harmstorf 0	40	45
D	Harpener 11+1	321	321
F	Hartm. & B.St. 6	2610bG	2610bG
F	dgl. Vz. 6	1700	1700
M	Hasen-Bräu 9	970	950G
S	Heidelb. Zem. 7	630G	635G
M	Hellit & W. 5	270G	270
D	Hein, Lehm. *6	300bB	300bG
D	Heinr. Ind. *16+2	660	660
D	Henkel 3	442	442
F	Henninger 2	175	184,8
B	Herlitz 7	185	189
B	dgl. Vz. 7,8	175	170
B	Hermes 8	820G	820G

		26.8.	25.8.
F	dgl. Vz. 7,5	335G	338bB
D	Mannesmann 6	381,8	373
F	Mannh. Vers. 8	955	935
H	Markt & K. 8	211	205G
F	MAN St. 5,8	226	233
F	dgl. Vz. 5,5	195	198,5
F	MAN-Rol. 20,2	600	620bB
F	Massa	495	469
S	M.Mül.Weing. *0	310G	300bG
D	Mauser 0	85G	83
F	Mercedes 10,5	1180	1193
F	Metallges. 6	315	314,5
S	Met. u. Lack 0	103G	104,8
S	Müag 6,5	460G	460G
F	Moenus 0	87,1	87,5
F	Monachia 5	2640G	2640G

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Stockholm

Singapur

Tokio

Sydney

Oslo

Toronto

Wien

Zürich

Der gefallene Engel als Außerirdischer: Firth

Seit den Tagen von Jules Verne hat sich das Genre Science-fiction einiges gefallen lassen müssen, vom Nervenkitzel für Fortschrittsgläubige, vom Vehikel für Sozialreformer bis zu den Alpträumen der Endzeit-Apostel. Jeremy Paul und Alan Gibson blieben in ihrem Fernsehspiel „Die seltsamen Missionen des Dominick Hide" mit einem Bein auf dem Boden unserer Realität, um dem Genre mit einer Synthese von Gegenwart und Zukunft, von Welt und All eine Komödie abzulisten.

So lassen die Autoren dieses 1980 für die BBC geschriebenen Spiels ihren außerirdischen Helden Dominick

Die seltsamen Missionen des Dominick Hide – ARD, 20.15 Uhr

Hide von seinem Planeten, 150 Jahre überspringend, mitten auf dem Riesenrummelplatz im Londoner Battersea Park landen, wo seine fliegende Untertasse allerdings erstaunlicherweise nicht umgehend Scotland Yard auf den Plan ruft. Nach einer Party versäumt Dominick den Rückflug.

Wir erleben unsere vertraute Welt aus der Sicht eines Bürgers einer keimfreien Zukunftsgesellschaft. Da der Mann aus der Raum- und Zeitfähre sich in eine reizende Erdenbürgerin verliebt, kommen die vorprogrammierten Verfremdungseffekte auch bei den menschlichen Beziehungen nicht zu kurz. Das Spiel bringt uns mit seiner Mischung von Abenteuer, Humor und Gefühl zu der beruhigenden Einsicht, daß wir in unserer unvollkommenen Welt so schlecht nun auch wieder nicht sind.

Hauptdarsteller Peter Firth (32) kennt man in der angelsächsischen Welt in erster Linie als ein Wunderkind der Bühne. Bei uns lernte man ihn an der Seite von Nastassja Kinski in Roman Polanskis „Tess" kennen.

Der Sohn eines Kneipenwirts aus der nordenglischen Industriestadt Bradford war in der Schule ein „Total-Versager", im Beruf ein Senkrechtstarter, der sich sogar den Umweg über die Schauspielschule schenkte. Mit 19 stand er schon auf der Bühne des Londoner Nationaltheaters. Mit 21 war er, an der Seite von Richard Burton, in Peter Shaffers „Equus" ein Broadway-Hit. Peter Firth ist einer jener Schauspieler, bei denen der Regisseur allein fürs Kalkül aufkommen muß, weil bei ihm alles Instinkt ist.

Firth über seine Anfänge: „Man sagte mir in der Schule voraus, daß ich allenfalls Hilfsarbeiter in der Fabrik werden könne." Noch bevor er mit 15 abging, hatte er bei Schauspiel-Workshops im Stadttheater mitgemacht und war für kleine Rollen von der Fernsehanstalt „Yorkshire Television" entdeckt worden. Mit 17 ging er nach London, kam an eine kleine Rolle in einem Film von Zeffirelli, an größere im Fernsehen, wurde von dem Regisseur John Dexter für das Stück entdeckt, in dem er den Durchbruch schaffte: „Equus" war der erste Welterfolg von Peter Shaffer. Peter Firth durfte, blutjung, gleich nach „Equus" den ersten Romeo des Nationaltheaters spielen, den Melchior Gabor in Edward Bonds Nachdichtung von Wedekinds „Frühlingserwachen". Das Engagement am Broadway katapultierte ihn dann zum Film.

„Das Leben ist zu kurz, um mit Polanski zwei Filme zu machen", meinte Firth allerdings nach der einjährigen Arbeit an „Tess". Seine Kritik an Polanskis Regiearbeit zeigt, was er vermißte: „Er ist schrecklich. Absolut von sich eingenommen, meschugge, aber auch irre komisch, unfähig, an einem Gedanken oder einer Figur länger als zehn Sekunden festzuhalten. Man weiß bei ihm nie, wie man eine Rolle angehen soll, weil er ständig hin und herspringt, alles selbst vormacht, aber alles nach wenigen Sekunden wieder abbricht."

Peter Firth hat zwar nicht mehr das „Gesicht eines gefallenen Engels", das man einst bewunderte. Doch Film und Fernsehen haben längst erkannt, daß sich mit dem Gesicht des erwachsenen Firth auch gut arbeiten läßt.

SIEGFRIED HELM



Keimfreie Küsse im Battersea-Park? Peter Firth als Dominick Hide mit seiner Filmliebe Jane (Caroline Langrishe) FOTO: TELEBUNK

Erstmals Radio-Korrespondenten aus China in Bonn

„Kritisch, aber positiv"

Schön haben sie es, am Waldrand in der neuen Wohnanlage Cäcilienpark, die Neuankömmlinge in der Korrespondentengemeinde in Bonn, Chen Mingxiang und Qin Peigen von Radio Peking. Chen gesteht zwar, daß ihm ein nettes Zweifamilienhaus lieber gewesen wäre, doch hat er im für ihn exotischen Ringen mit Vermietern und Maklern erst einmal aufgegeben. „Das ist noch eine Aufgabe für meinen Nachfolger", meint er. Er will sich jetzt auf die Umsetzung seiner Devise „kritische, aber im wesentlichen positive Berichterstattung, denn wir wollen doch etwas von Deutschland lernen" konzentrieren.

Mit der Einrichtung des achten Auslandsbüros – nach Mexiko, Pakistan, USA, Frankreich, Jugoslawien, Japan und Hongkong – hat der chinesische Monopolsender wohl nicht nur geografisch, sondern auch politisch Prioritäten gesetzt. In den Interviews, die Chen Mingxiang bisher mit Willy Brandt, Jürgen Warnke, Hans-Jochen Vogel, Lothar Rühl und Friedhelm Ost geführt hat, stehen allerdings die bilateralen und internationalen Beziehungen, Stellungnahmen zu Weltfrieden und Abrüstung, Schuldenprobleme der Dritten Welt, Afghanistan und Kambodscha – zentrale Punkte des chinesischen außenpolitischen Engagements – im Vordergrund. Süd-Ost-Asien und ein bißchen westeuropäische Beziehungen stehen noch im Fragenkatalog. Innerdeutsches oder auch Wahlkampf ist aber zunächst kein Thema.

Normalerweise transportiert ein Telefax-System die chinesischen Schriftzeichen unmißverständlich über Telefon ins Reich der Mitte. In sehr selten Fällen, wie zum Beispiel während des Besuchs des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei, Hu Yaobang, in Deutschland, leistet man sich mit Hilfe der ARD oder der Deutschen Welle eine Direktleitung für den Originalton. Fernsehübertragungen sind bisher einfach zu teuer, sie werden für ein zukünftiges Entwicklungsstadium der chinesischen Wirtschaft aufgespart.

Neben großer Politik, Forschung und Technik – Nierenverpflanzung und Sonnenenergie standen gerade auf dem Themenplan – sind es natürlich wirtschaftliche Trends, die interessieren. Chen Mingxiang macht sich dabei nicht allzuviel Illusionen: Die 800 Millionen Chinesen, die auf dem Land leben, erreichen nur die allgemein gehaltenen, mit Erklärungen versehenen Berichte. Trotzdem ist er der Meinung, daß man nicht nur in den Intellektuellenkreisen der Großstädte mehr wissen will über „die Heimat von Marx und Engels, Goethe und vor allem moderner Technologie" – „Made in Germany, deutscher Fußball und klassische Musik sind ein Begriff". Bis jetzt hatte man jedoch noch keine Zeit für Sport- und Kulturberichte.

Chen Mingxiang selbst ist mit seinen 47 Jahren auf dem Gebiet Deutschland ein alter Hase. Der Shanghaier hat in Peking, Tübingen und Köln Deutsch studiert. Seit 1963 ist er bei Radio Peking tätig. Volontär, Übersetzer, Redakteur und Chefreporter im Deutschlandressort sind die Stufen seiner Karriereleiter. Die Kulturrevolution hat ihm in diesem für die Propaganda notwendigen Apparat nicht so zugesetzt wie anderen. Er wurde zwar auch „aufs Land verschickt", doch konnte er wenigstens „sachlich weiter arbeiten, auch wenn die Inhalte andere waren", wie er das nennt. Seine „deutsche Literatur bestand damals nur noch aus Anti-Düring und Feuerbach".

Nun ist er zunächst für zwei Jahre in Bonn. Unter Umständen wird sein Aufenthalt um weitere zwei Jahre verlängert. Seine Frau – Lehrerin für deutsche Geschichte – kommt erst nach, wenn die 18jährige Tochter die Aufnahmeprüfung zur Universität bestanden hat. Sie will Deutsch studieren.

RENATE FRANK

KRITIK

Sizilianische Grausamkeiten

Auch wenn es nur der Kopf einer Schaufensterpuppe war, mit dem die Banditen Boccia spielten: Der Fernsehfilm **Kaos** der Brüder Taviani hat nichts deutlicher werden lassen als die mitleidlose Grausamkeit der Menschen auf Sizilien. Gleich zu Anfang begegnete man ihr, beim Umgang mit dem „Rabenvater", der, um künftig ein Zwischenspiel-Motiv zu haben, ein Glöckchen um den Hals band.

Doch die beiden Regisseure Paolo und Vittorio T. wollten auch die Landschaft und die Welt dingfest machen, in denen das Nicht-Domestizierte des Menschen derart unverhüllt zu Tage liegt. Es bleibt ihr Geheimnis, wie sie es fertigbrachten, das Trostlose unfruchtbarer Felder, die gähnende Leere eines Platzes vor der Dorfkirche mit ihrem antiken Giebel, einen in ziellose Unendlichkeit führenden, steinbewehrten Weg mit denkbar realistischer Härte einzufangen – und dennoch eine verführerische optische Schönheit daraus zu gewinnen. Schönheit, die Touristen wahrnehmen würden, ohne den Lebenskampf der dort lebenden Menschen und ihre erbarmungswürdige Einsamkeit zu ermessen.

Das nämlich war auch zu spüren: Daß die Regisseure, die auch das Drehbuch nach den Novellen von Luigi Pirandello schrieben, diesem Landstrich und seinen Menschen eine tiefe Liebe entgegenbringen. Man sah es unter anderem daran, wie die Kamera Gesichter anvisierte und in ihnen Zerklüftetes abtastete – oder, wie sie immer wieder Kinder ins Bild setzte, gleichsam um im Zuschauer Mitleid zu erwecken für Menschen, die unter solchen Bedingungen leben.

K. BERGMANN

Anzeigen für eine Sendung

Andere senden nur Probleme. Wir auch die Lösung." So vielversprechend kündigte SAT 1 vorgestern in groß aufgemachten Zeitungsanzeigen seine **T.O.P.-Wirtschaftsreportage** an. Thema: Mut zur Zukunft – Existenzgründungen. Fazit: Die Ludwigshafener haben den Mund nicht zu voll genommen.

Unternehmen und Institutionen – zusammengeschlossen in der Pilot-Medien GmbH – sind verantwortlich für diese Sendung. Profis von der Gesellschaft für Wirtschaftsfernsehen (GWF) aus München zeichnen als Macher. Das journalistische Handwerk beherrschen Alois Schwoim und seine Crew: Anhand von Beispielen aus allen Landesteilen wurde dem Zuschauer verständlich vor Augen geführt, welche Probleme es bei Existenzgründungen gibt: 20 000 Pleiten bei Neugründungen im letzten Jahr sprechen ein deutliche Sprache.

Ein Musikfachgeschäft, eine Farbberaterin, ein Sicherheitsunternehmen, eine Textilhändlerin, ein Analyselabor und eine Halbleiterfirma – die Palette der Beispiele zeigt, daß sich die Redaktion ihre Recherche nicht leicht gemacht hat, zumal jedem Exemplar ein Stolperstein auf dem Weg in die Selbständigkeit zugeordnet wurde: Von der richtigen Idee, über die Lage des Geschäfts bis zur Finanzierung. Vater Staat greift immerhin vielfältig unter die Arme – wenn auch oft nur bei „zweihundertprozentigen Projekten".

So mancher Gründungswillige Zuschauer wurde sicher von den wettbewerbserfahrenen Gründern im Film desillusioniert: Weniger Verdienst, weniger Freizeit und hohes Risiko.

THOMAS LINKE





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Ratgeber: Kochen
10.00 heute
10.03 Globus
Die Welt, von der wir leben
10.35 Ännchen von Tharau
12.10 Kulturweltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

9.55 Leichtathletik-EM '86
14.50 Klamottenkiste
Larry, der ABC-Schütze
Larry ist in seine Schulfreundin verliebt. Doch die Träume werden zum Alptraum: Als er vom Stuhl fällt, tröstet ihn seine strenge Lehrerin.
15.05 Unsere kleine Farm
Die Waisenkinder
Charles Ingalls bringt es nicht über sich, die Waisenkinder James und Cassandra herzugeben; er nimmt sie mit nach Walnut Grove. Geschwister zu finden ...
15.50 Tagesschau
16.00 Sie – er – Es
Tania Blixen, deren Werke zu den Klassikern der Moderne zählen, hat ein abenteuerliches Leben hinter sich: Mit ihrem Ehemann, einem dänischen Baron, bewirtschaftete sie in Kenia eine Kaffeeplantage. Ihr Schicksal wurde in „Jenseits von Afrika" verfilmt.
16.45 Wilde Tiere
Jagd am Wasserloch
17.05 Links und rechts vom Äquator
Themen: Schulen in Dänemark. Teufelsmuseum in Polen. Busbahnhof Accra (Ghana)
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die seltsamen Missionen des Dominick Hide
Fernsehfilm
Von Jeremy Paul
Regie: Alan Gibson
21.45 Brennpunkt
SDI – Testfall für Abrüstung
22.30 Tagesthemen
23.00 Einsatz in Manhattan
Kojak spielt riskant
Bei der Verhaftung eines Dealers wird ein Polizist erschossen.
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken

ZDF

15.00 heute
15.05 Der Waschbär Rascal
15.30 Ferienkalender
16.05 Mickys Trickparade
16.30 Väter der Klamotte
Der Sittenwächter ohne Hose
Charley, der chronisch in Geldnöten steckt, empfiehlt sich per Zeitungsannonce für jedwede Aufgabe. Er hat Glück: Für das Honorar von 1000 Dollar soll er das Senatoren-Töchterlein Muriel daran hindern, an einem Schönheitswettbewerb teilzunehmen.
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Leichtathletik-EM
Zehnkampf: Start 20 km Gehen. 100 m Frauen: Zwischenläufe. 100 m Männer: Zwischenläufe
18.50 Mittwochs-Lotto
Ziehungen A und B
19.00 heute
19.20 Leichtathletik-EM
Entscheidungen: 20 km Gehen. Speerwerfen Männer. Weitsprung Frauen. 100 m Frauen. 100 m Männer
21.45 heute-journal
22.10 Wer bekehrt hier wen?
Kirche und Randchristen
Gerhard Müller beobachtet unter anderem die Arbeit im Katholischen Forum Dortmund
22.40 Die Stille um Christine M.
Niederländischer Spielfilm (1981)
Regie: Marleen Gorris
Drei einander unbekannte Frauen treffen sich in einer Boutique: die Hausfrau Christine, die 50jährige Kellnerin Annie und die Direktionssekretärin Andrea. Christine wird in der Boutique vom Geschäftsführer beim Ladendiebstahl erwischt. Die Frauen finden ein Ventil für ihre Aggressionen: Gemeinsam erschlagen sie den Geschäftsführer.
0.10 heute

Ausführliche Berichte von der Leichtathletik-Europameisterschaft um 9.55 (ARD), 17.15 und 19.20 Uhr (ZDF) FOTO: SVEN SIMON



SAT 1

15.00 Streifen verbindet
Sowj. Zeichentrickfilm
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Tarzan
Regie: William Whitney
18.00 Es darf gelacht werden
18.30 APF blick
18.45 Tennis in Flushing Meadows
19.45 Der Herrscher von Kansas
Amerikanischer Western (1959), Regie: Melvin Frank
21.30 APF-blick
Aktuelles, Show und Künste, Sport, Quiz und Wetter
22.15 Wunder, Mystik, Phänomene
Mit Richard Mahkorn („Neue Revue"); Erich von Däniken (Schriftsteller); Pfarrer F. Haack (evangelische Kirche); Professor Andreas Resch (Institut für Grenzgebiete der Wissenschaft)
22.45 Mit Tennisschläger und Kanonen
Anschließend: APF-blick
23.45 Die heiße Nacht
Englischer Spielfilm (1961)
Mit Richard Attenborough
1.15 Tennis in Flushing Meadows



19.00 Reisewege zur Kunst
Der türkische Osten
19.45 Follow me
20.00 Tagesschau
20.15 Inspektion Lauenstadt
Der Kompagnon
21.05 Alle meine Tiere
Das Picknick
21.50 Point Blank
Amerikanischer Spielfilm (1967)
Mit Lee Marvin, Angie Dickinson
Anschließend: Nachrichten



18.00 Mini-ZIB
18.10 Bilder aus Deutschland
18.30 Eiger, Mönch und Jungfrau
Mit der Jungfraubahn
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Landauf – landab
Musikalisch durch die Wachau
20.15 Klingendes Österreich
Volksmusik im Ausseer Land
21.15 Zeit im Bild 2
21.30 Energie aus der Hölle
Geothermie – Erdwärme
22.45 Begegnungen
Frank A. Meyer im Gespräch mit Gerhard Mcleizke
23.45 Nachrichten



18.15 Da-Da-Damals/Regional 7
18.35 Auto – Auto
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Dr. Jonathan Ferrier
Geschichte eines amerikanischen Arztes um 1860. Mit David Birney
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Dicke Luft in Sacramento
Italienischer Western (1974)
21.16 Zeichentrick
22.05 RTL-Spiel
22.10 Popeye
22.15 Wer bin ich?
Spielleiter: Rainer Holbe
22.45 Wetter/Horoskop/Betthupferl

III.

WEST

18.30 Familie mit Bommel
19.00 Aktuelle Stunde
Bürgertelefon: 0221/23 64 33
20.00 Tagesschau
20.15 Aus den Landesstudios
21.15 Peters Bastelstunde
Mit Peter Frankenfeld, Inge Meysel, Heidi Kabel
21.45 eff-eff
Themen: Artgerechte Echsen-Haltung. Fitneß-Wochenende. Stippvisite in Brüssel. Pflastermaler
22.30 Willkommen, Mr. Chance! –
Amerikanischer Spielfilm (1980)
Mit Peter Sellers, Shirley McLaine
Regie: Hal Ashby
0.35 Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
Akupunktur gegen Sucht?
19.15 Landwirtschaft aktuell
Herbstmanöver (NDR und RB)
19.15 Kindsein ist kein Kinderspiel (5)
Taschengeld (nur SFB)
20.00 Tagesschau
20.15 Hamburger Journal Spezial
Gesprächsleitung: Ralf Reck
20.15 Fehler machen alle
Bleiben wir die Sklaven Dudens?
21.00 Offerte
Aktuelles aus dem Kulturleben
21.15 Die Schrecken des Krieges (3)
Napoleon in Madrid
Regie: Mario Camus
22.10 75 Jahre Film
Bilder einer Ausstellung
Von Ella Hershon, Roberto Guerra
23.20 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.32 Ein Platz für Tiere
19.20 Hessenschau
Ab 20 Uhr wie NORD

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Simon
18.35 Matt und Jenny
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Schlaglicht
Schweizer Autobahngebühren
20.10 Agatha Christie:
Miss Marple und die Tote in der Bibliothek
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Zu Gast/Magazin
22.15 Man lebt nur zweimal
Englischer Spielfilm (1966)
Mit Sean Connery, Karin Dor
0.10 Nachrichten

BAYERN

18.15 Bilderbogen
18.45 Rundschau
19.00 Showgeschichten
Regie: Michael Pfleghar
19.45 Der Forellenhof
Schreck in der Abendstunde
20.45 Zeitspiegel
Politik
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
Im Kreuzgang von Feuchtwangen
21.50 Hollywood
22.40 Lese-Zeichen
23.10 Der Spanische Bürgerkrieg
Kampfstatt für Idealisten
23.55 Rundschau

Rudolf Horn

* 21. November 1915 † 16. August 1986

Für uns alle unfaßbar hat uns nun auch unser lieber Vati und Opa nach kurzer schwerer Krankheit verlassen.

In Liebe und Dankbarkeit
Ursula Harding geb. Horn
Uwe Harding
Michael und Kerstin

2000 Hamburg 65, Sodenkamp 72

Auf Wunsch des Verstorbenen hat die Trauerfeier im engsten Familienkreis stattgefunden. Bitte keine Besuche.

Am 16. August 1986 verstarb im Alter von 70 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit, Herr

Rudolf Horn

Herr Horn war bis zum Jahre 1981 als Mitglied der Geschäftsleitung unser Vertriebsorganisation „ter Hell Paraffin" tätig.

Er hat durch seine persönliche Aktivität, mit seinem profunden Wissen und seiner jahrzehntelangen Erfahrung für unsere Firma ein vorbildliches Vertriebsnetz, besonders im innerdeutschen Markt, aufgebaut und gepflegt.

Herr Horn war als hervorragender Fachmann bei seinen Kunden sehr geschätzt und konnte durch seine loyale Art und seine menschlichen Qualitäten viele gute Freunde gewinnen.

Sein Rat und der Mensch Rudolf Horn werden uns allen fehlen. Wir nehmen mit Trauer Abschied von dem Verstorbenen und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

„ter Hell Paraffin"
Vertriebsgesellschaft
HANS-OTTO SCHÜMANN
Geschäftsleitung
und Mitarbeiter

Neues auf alt getrimmt

dan – Ein Album mit Pop-Oldies herauszubringen war bisher recht einfach: Man brauchte nur Bill Haleys „Rock Around the Clock", dazu vielleicht noch Chuck Berrys „Sweet Little Sixteen" und Eddie Cochrans „Summertime Blues" sowie genug weniger bekannte Singles, um das ganze dann „20 Rock'n'Roll Classics" nennen zu können. Mitunter konzentrierte sich das Interesse auch auf einen einzelnen Sänger, dessen Werke dann als „16 Greatest Hits" verkauft wurden, was bei der durchschnittlichen Dauer einer Karriere meist bedeutete: zwei Hits und 14 Flops.

Als dann ein Revival auf das andere folgte, ging man dazu über, sich jeweils auf einen Musikstil zu beschränken und taufte die Platten „History of Surf Music" oder „20 Great Doo-Wop Recordings". Trotzdem gab es noch genug Singles, an denen keiner Interesse hatte. Nun ging man dazu über, sie nicht mehr nach Stilen oder Interpreten, sondern nach Themen zu sortieren. Da wurde all derer gedacht, die es nur zu einem einzigen Hit gebracht hatten: „20 One Hit Wonders". Andere besannen sich darauf, daß das Motto der frühen Rock'n'Roll-Jahre ja nicht „Sex and Drugs and Rock'n'Roll" hieß, sondern „Cars, Guitars and Teenage Violence", so daß ihre Sammlung mit dem Namen „Boppin' Cadillac" ausschließlich Auto-Songs enthielt, wobei die erste Seite den verschiedensten Cadillacs vorbehalten ist.

Da inzwischen deutlich wurde, daß es ohnehin nur noch auf die Idee ankam, konnten sich auch Alben wie „Beatlesongs" und „The World's Worst Records" behaupten. Das erstere enthält Lieder nicht von den „Beatles", sondern über sie; das zweite präsentiert die angeblich schlechtesten Titel der Popgeschichte und wird deshalb komplett mit Spucktüte geliefert.

Doch irgendwann werden selbst die letzten Archive vollständig geplündert sein, ohne daß die Nachfrage nach Pop-Oldies nachgelassen hat. Dieser Katastrophe widmet sich schon jetzt die Gruppe „Big Daddy": sie nehmen die Hits der 80er Jahre im Stil der 50er auf, um einen reibungslosen Nachschub zu gewährleisten – und um den Nachgeborenen zu zeigen, was ein „Rama-Lama-Ding-Dong" ist.

WELT-Interview mit dem Berliner Kultursenator Volker Hassemer über die 750-Jahrfeiern der Stadt

Blickt nicht in den Scherbenspiegel!



„Berlin ist die einzig mögliche Hauptstadt des ganzen Deutschlands": Kultursenator Volker Hassemer FOTO: KLAUS MEHNER

WELT: Die Feiern zum 750. Geburtstag Berlins laufen zwangsläufig zweigeteilt ab. Was man aus Ost-Berlin hört, läuft darauf hinaus, Berlin geschichtlich, geistig und politisch als Hauptstadt der „DDR" zu vereinnahmen. Wie verhält sich West-Berlin gegenüber solchen Versuchen?

Hassemer: Unser Ziel war es immer, möglichst viel gemeinsam zu machen. Wir gehen dabei von der normalen Tatsache aus, daß die ganze Stadt Geburtstag hat und folglich auch die ganze Stadt feiert. Die Realität sieht allerdings so aus, daß wir auf sehr wenig Resonanz von der anderen Seite stoßen. Ja, in bezug auf das Jahr 1987 sind noch weniger Kontakte, Hilfen und Informationen möglich als normalerweise.

WELT: Wie reagiert West-Berlin auf das, was Ost-Berlin plant?

Hassemer: Ich habe eher den Eindruck, daß es umgekehrt ist. Wir stellen Berlin dar unter den Begriffen wie Weltoffenheit und Toleranz, die in Ost-Berlin nicht glaubwürdig erlebt werden können. Wir erinnern daran, daß Berlin nicht nur die deutsche Hauptstadt war, sondern überhaupt die einzig mögliche Hauptstadt eines zukünftigen Deutschland sein kann. Wir reagieren nicht, wir agieren aus unseren gesellschaftlichen und politischen Grundprinzipien heraus. Von Ost-Berlin haben wir den Eindruck, daß es uns etwa in Programmpunkten wie „Die Welt zu Gast in Berlin" zu folgen versucht.

WELT: Ost-Berlin begleitet das Jubiläum mit großem publizistischen Aufwand. Wie wollen Sie das zu befürchtende Ungleichgewicht in diesem Bereich ausgleichen?

Hassemer: Es gibt ja den grundsätzlichen Unterschied, daß bei uns ein freies Verlagswesen existiert. Von dort her sind auch zahlreiche Subventionswünsche an uns herangetragen worden. Aber wir waren der Auffassung, daß die Feiern selbst einen günstigen Buchmarkt für das Thema Berlin schaffen. Deswegen haben wir uns weitgehend darauf beschränkt, mit einem Zuschuß von 750 000 Mark eine neue Geschichte Berlins herausbringen zu lassen, berlinische Lebensbilder vorzustellen und die Geschichte der Bezirke neu zu erarbeiten. Soweit ich sehen kann, ist das Angebot der Verlage auch ohne direkte Subventionen so groß, daß wir uns nicht zu verstecken brauchen.

WELT: Gerade in Berlin neigt man häufig dazu, sich bei Jubiläen – aber nicht nur da – so kritisch selbst darzustellen, daß man nicht selten in einen Scherbenspiegel blickt. Wird das auch diesmal wieder so sein?

Hassemer: Natürlich darf das Jahr 1987 nicht das Urteil des augenblicklich regierenden Senats widerspiegeln, aber wir haben von vornherein sichergestellt, daß sich Berlin zum Beispiel in der zentralen Jubiläumsausstellung selbst wiedererkennen kann. So wurden in die Historische Kommission zur Vorbereitung Wissenschaftler ganz unterschiedlicher Position berufen, die sich auch recht schnell auf eine einvernehmliche Grundkonzeption einigten. Wir haben für die Jubiläumsveranstaltungen keine ausgewogene Meinung definiert, sondern dafür gesorgt, daß gute Köpfe in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander zusammenarbeiten.

WELT: Die städtebaulichen Überlegungen im Umfeld der 750-Jahrfeier haben einigen Staub aufgewirbelt. Wie sind Sie mit diesen Problemen fertiggeworden?

Hassemer: Wir haben die 750-Jahrfeier benutzt, einen ganz alten und jetzt neuen Bereich der Stadt wiederzugewinnen und zu entdecken. Der Bereich mit dem Reichstag, der Kongreßhalle und dem Gropiusbau liegt fast exakt in der Mitte Berlins und ist durch die Mauer gewissermaßen zum Niemandsland infiziert worden. Unsere Überlegungen gehen dahin, mit der Wiederbelebung dieses Bereichs das Gedächtnis der Menschen für ihre Stadt zu schärfen und auch das Gefühl für ihre Stadt neu zu wecken. So werden wir zum Beispiel den Hamburger Bahnhof mit einer großen Ausstellung wieder vorstellen. Im Anhalter Güterbahnhof entsteht das Museum für Verkehr und Technik. Im Gropiusbau findet die zentrale Berlin-Ausstellung statt. Die Kongreßhalle wird wieder aufgebaut sein. Der Kammermusiksaal steht kurz vor seiner Vollendung. Das alte Nobelhotel Esplanade wird in ein Filmhaus verwandelt. Und wir werden in diesem Bereich auch feiern. Zwischen großem Stern und Brandenburger Tor findet der historische Jahrmarkt statt. Große Musikveranstaltungen mit 20 000 Leuten laufen im Tiergarten ab. Die Berliner und ihre Gäste sollen sozusagen Trampelpfade in das alte Zentrum Berlins ebnen. Dazu kommt, daß die alten Arbeiterbezirke Wedding und Kreuzberg nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ eine Wiederbelebung erfahren. Wir verstehen unsere Bauaktivitäten zum Jubiläum als einen großen Schub zur Wiedergewinnung der Stadt, als einen Zukunftsimpuls zur Erhaltung Berlins.

WELT: Ihr Konzept ist also nicht nur fröhliche Festtagsstimmung, sondern ein Ansatz zu einem neuen Berlin-Bewußtsein?

Hassemer: Wir wollen feiern, hoffentlich mit vielen Leuten, hoffentlich brechend voll und überaus fröhlich. Aber wir wollen aus dieser Feier nicht mit einem Kater erwachen. Und so endet unser Jubiläumsjahr mit einer Reihe gewichtiger Konferenzen über die wissenschaftliche, wirtschaftliche und politische Rolle Berlins. Da stellen wir dann die Frage: Was wird denn nun in Zukunft mit diesem Berlin?

WELT: In welcher Weise werden sich denn die Bundesrepublik und die Bundesländer zur Hauptstadt Berlin bekennen?

Hassemer: Zunächst einmal gibt es eine finanzielle Unterstützung von seiten des Bundes in Höhe von 70 Millionen Mark. 30 Millionen davon fließen in den Jubiläumsetat, der rund 100 Millionen Mark umfaßt. 40 Millionen stecken wir in bauliche Maßnahmen, deren Gesamtkosten allerdings zwischen zwei und drei Milliarden liegen dürften. Aber natürlich gibt es auch inhaltliche Beiträge der Bundesländer. Der wichtigste, von der Idee her einprägsamste, dürfte eine „Nationalgalerie auf Zeit" sein. Jedes Bundesland stellt darin einen oder zwei seiner interessantesten Künstler aus den letzten beiden Jahrhunderten vor. Diese Nationalgalerie läßt besonders eindrucksvoll die Zusammengehörigkeit augenfällig werden.

WELT: Und die Politik?

Hassemer: Zu unserem Verständnis des Jubiläums gehört es, daß wir über die Zukunft der Stadt nicht nur mit wissenschaftlichen und wirtschaftlichen und kulturellen Akzenten nachdenken, sondern daß wir auch die politische Zukunft diskutieren. Und wir verstehen es auch als ein Signal, mit dem wir die Aufmerksamkeit der Welt auf uns und unsere besondere Problematik richten. Daß bedeutende Politiker und Staatsmänner, so die Spitzen der Alliierten, nach Berlin kommen werden, ist in dieser Hinsicht ein erfreulicher, aber mehr demonstrativer Aspekt. Berlin wird aktiv feiern und läßt sich auch von Ost-Berlin die Verantwortung für die Stadt nicht abnehmen.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Götterdämmerung an Londons National Theatre

Wotan nimmt Abschied

Am Londoner Nationaltheater ist ein Machtwechsel in Sicht, der das Ende einer Ära für dieses Haus und das Ende eines Kapitels englischer Theatergeschichte schlechthin einleitet. Sir Peter Hall (55), als Nachfolger Lord Oliviers seit 1973 Direktor des National Theatre, hat seinen Kronprinzen benannt und damit zu verstehen gegeben, daß er nach Ablauf seines Vertrages 1988 den Intendantensessel des zwar nicht traditionsreichsten aber doch renommiertesten Theaters im Königreich räumen werde. Eine Götterdämmerung bahnt sich an, denn auch Trevor Nunn, einer von zwei künstlerischen Direktoren der Royal Shakespeare Company, hat laut gedacht und erklärt, er könne sich vorstellen, daß man in Stratford gut zu Rande komme, wenn er nur noch lockeren Kontakt halte.

Sir Peter Hall, nicht die Wahl des großen Olivier als sein Nachfolger, wurde dennoch einer von Englands Theatergöttern. Seit 1973 führt er die drei Bühnen des „National" am Südufer der Themse in London als Spitzenmanager von Format und als Vollblut-Theatermann, dessen Inszenierungen zu den besten des Hauses gehören.

Er hat sich mit schier übermenschlicher Kraft und einer gehörigen Portion schlitzohriger Bauernschläue auf dem Schleudersitz gehalten und von dort mit Verve und Angriffsgeist wider die „Kulturbanausen", die Subventionen kürzen wollen, für das Theater gekämpft.

Er hat dem Musical Eingang zu dem Musentempel der Nation verschafft, was ihm intellektuelle Snobs verübelten. Er hat den Ministerialen mit dem Rotstift damit gezeigt, daß ein staatlicher Kulturtempel geschickt Anleihen bei Praktiken des kommerziellen Theaters machen und sich den Zustrom eines Massenpublikums sichern kann. Götterdämmerung, weil der 1977 von der Queen in den Ritterstand erhobene Hall ein Vierteljahrhundert lang im Walhalla des englischen Theaters das Sagen hatte: Er rief die Royal Shakespeare Company als festes Ensemble ins Leben, war ab 1960 ihr Direktor, führte sie zu Weltruhm und reichte die Fakkel dann an Trevor Nunn weiter.

Bei der RSC war er acht Jahre lang Alleinherrscher. Das National führt er seit 1973 in Alleinverantwortung. Einen solchen Wotan wird es nicht mehr geben. Nunn teilt sich in Stratford und im Londoner Barbican schon die Arbeit an der Spitze mit Terry Hands. Hall holt sich im September als rechte Hand den bisherigen Intendanten des rührigen Provinztheaters Leicester Haymarket, David Aukin, ins Haus, der den Ruf eines ausgezeichneten Organisators genießt.

Aukin, der selber nicht Regie führt, ist für die Zukunft die Rolle des Chefadministrators zugedacht. Halls Kronprinz als künstlerischer Direktor heißt Richard Eyre. Da der Nachfolger des Direktors nur vom Obersten Gremium, dem Theaterrat, bestellt werden kann und dessen Beurteilung des Kronprinzen noch Staatsgeheimnis ist, läßt sich bisher nur dies sagen: Richard Eyre hat sich bei der Bühne, im Film und im Fernsehen als eminenter Praktiker mit Imagination ausgezeichnet.

Seine Inszenierung des Musicals „Guys and Dolls" am National bescherte dem subventionierten Theater einen Hit, einen Kritiker- und Publikumserfolg zugleich. Sein Film „The Ploughmans Lunch" wird zu den besten Leistungen des jungen englischen Films gerechnet.

Eyre, seit zwei Jahren als einer der Hausregisseure des National mit diesem Riesenapparat und seinen drei Bühnen bestens vertraut, ist als Bühnenpraktiker einer der wichtigsten Geburtshelfer des zeitgenössischen englischen Theaters, der David Hare, Howard Brenton, Trevor Griffith, um nur einige zu nennen. Mit seinen 43 Jahren ist er in England seit zwei Jahrzehnten im Theater tätig.

Richard Eyre ist der Typ des sensiblen Künstlers. Er dürfte kaum die Standfestigkeit eines Peter Hall haben, der sich freilich sogar mit der Regierung Thatcher anlegte. Im Gespann mit einem exzellenten Impresario könnte am Londoner National Theatre die Show weitergehen. Sir Peter Hall, der sich schon seit Jahren als Direktor von Glyndebourne seiner heimlichen Liebe, der Oper, widmet (Bayreuth bescherte er seinen „Natur"-Ring), wird man künftig wohl häufiger an den ersten internationalen Häusern erleben.

SIEGFRIED HELM

Berliner Ausstellung: „Von Gotzkowsky zur KPM"

Viel spielerisches Flair

Auch daran ist der große Friedrich schuld: Daß nämlich anno 1761 Johann Ernst Gotzkowsky die „Fabrique en Porcelaine de Berlin" einrichtete, aus der zwei Jahre später, weil sich der Manufacturier finanziell sehr stark übernommen hatte und folglich seine Manufaktur an den König verkaufen mußte, die „Königlich-Preußische Porzellan-Manufaktur" (KPM) wurde.

Der 200. Todestag des Monarchen und zuvor die Rückgabe der KPM-Archivalien durch die „DDR" ermöglichten jetzt die Ausstellung „Von Gotzkowsky zur KPM – aus der Frühzeit des fridericianischen Porzellans", die dem Spezialisten eine Fülle von neuen Erkenntnissen und dem Laien ein ungewöhnliches Schauvergnügen bietet.

Immerhin gelang es, zweihundertvierundsiebzig Stücke im Knobelsdorff-Flügel des Charlottenburger Schlosses zusammenzutragen, die alle wesentlichen Ausformungen und Bemalungen der Gotzkowsky-Porzellane umfassen.

Allerdings trägt nur etwa ein Drittel seine G-Marke (das ist immerhin ein Großteil der nicht einmal hundert bekannten Gotzkowsky-Porzellane), während die anderen bereits mit dem KPM-Zepter gemarkt wurden, jedoch die Formen und die Entwürfe der Gotzkowsky-Zeit stets übernommen haben.

Ergänzt wird die Ausstellung durch eine Auswahl aus dem Bestand von rund zweitausendvierhundert Radierungen (den der Ausstellungskatalog vollständig verzeichnet), die den Porzellanmalern der Manufaktur als Vorlageblätter dienten. So läßt sich beispielsweise verfolgen, wie aus einem Stich nach Watteau bestimmte Details auf ein Teeservice wanderten, oder wie Tierszenen von Ridinger auf Tellern und Tassen mit Jagdmotiven wiederkehren.

Aber auch ohne diese Vergleiche, die die Kopien der Kupfer in den Vitrinen mit dem Porzellan ermöglichen, bieten sich hier die Serviceteile und Tafelzierate äußerst reizvoll dar. Allein schon die hübsche Idee, bei Tee- und bei Kaffeekannen den Ausguß zumeist mit einem kleinen Kopf zu schmücken, gibt diesen Porzellanen ein ausgesprochen spielerisches Flair.

So ist die Ausstellung eine Lust für die Augen, und der Katalog, der neben vorzüglichen Abbildungen die Biographie Gotzkowskys und die Geschichte der Manufaktur mit wissenschaftlicher Akribie referiert, eine kluge Erweiterung. (Bis 2. Nov.; Katalog 35 Mark; im Buchhandel: Verlag Arenhövel, 49 Mark)

PETER DITTMAR

Zur neuesten Ausgabe des Gutenberg-Jahrbuches

Als Goethe Zensor war

Göthe hat eine Rolle hier gespielt, die ihn als einen überwitzigen Halbgelehrten und als einen wahnsinnigen Religions-Verächter nicht eben nur verdächtig, sondern ziemlich bekannt gemacht. Er muß, wie man fast durchgängig von ihm gläubt, in seinem Obergebäude einen Sparren zuviel oder zu wenig haben." Anlaß dieser kaum freundlich zu nennenden Beurteilung des Kandidaten Johann Wolfgang Goethe anno 1772 durch einen Straßburger Professor der Theologie war die Dissertation „De legislatoribus", die von der juristischen Fakultät „ex capite religionis et prudentiae", also aus religiösen Gründen und Gründen der Vernunft, abgelehnt und unterdrückt wurde.

Hans-Joachim Koppitz verweist in seinem Aufsatz über „Goethes Verhältnis zur Zensur" in der neuesten Ausgabe des „Gutenberg-Jahrbuchs 1986" (Gutenberg-Gesellschaft, Mainz, 392 S., mit zahlr. Abb., 75 Mark) auf diesen Casus. Es sollte für Goethe nicht der einzige bleiben. Nur wenig später wurden „Die Leiden des jungen Werther" in verschiedenen Teilen des Reiches verboten. Und die Zensurkuriosa in Bezug auf den „Faust" sind von (scheinbar) aufgeklärteren Nachgeborenen immer wieder gern zitiert worden.

Aber Goethe war nicht nur ein Opfer der Zensur, wie Koppitz ausführt, sondern als Mitglied des Geheimen Consiliums in Weimar gehörte er zugleich auch der höchsten Zensurinstanz des Herzogtums an, die sich u. a. wiederholt mit den Jenaer Professoren, die die Kathederfreiheit sehr weit auslegten, zu beschäftigen hatte. Dazu gehörte der Fall des Professors Oken, der die aufmüpfige Zeitschrift „Isis" herausgab und deshalb vor die Alternative gestellt wurde, die Zeitschrift oder sein Professorenamt aufzugeben (worauf er auf die Professur in Jena verzichtete). Auch mit dem Fall Johann Gottlieb Fichte, seit 1794 Professor in Jena, der atheistischer Lehren beschuldigt und darum 1800 aus dem Amt entlassen wurde, war Goethe – keineswegs ein Gegner der Zensur, wenngleich auch kein engherziger Zensor – befaßt.

Es ist also ein Beitrag, der weit über die Ambivalenz des Dichters im hohen Staatsamt hinausgreift. Aber es ist nicht der einzige, der die zwiespältige Position eines Autors beschreibt. So referiert z. B. Johann Belkin über „ein frühes Zeugnis des Urheberschutzgedankens in Hieronymus Brunschwygs ‚Liber de arte distillandi'". Dabei geht es um den Schutz vor den Nachdrucken.

Während 1499 Sebastian Brant in einer „Verwahrung" als Nachschrift zu seinem „Narrenschiff" gegen die Nachdrucker zu Felde zog, weil sie stümperhaft gearbeitet, ganze Sätze und Zeilen ausgelassen und damit das Werk verhunzt hatten, wählt Brunschwyg ein anderes Argument. Er hält den Nachdruckern vor, daß sie das Geschäft des Erst-Verlegers beeinträchtigen, der dann künftig nichts Neues mehr wage.

Es ist die Fülle unterschiedlicher Untersuchungen zur Geschichte des Buches und des Buchdrucks, die, gelegentlich sogar von scheinbar peripheren Gesichtspunkten ausgehend, bemerkens- und bedenkenswerte Fakten zutage fördert und damit das Gutenberg-Jahrbuch zu einer anregenden Lektüre macht.

PETER JOVISHOFF

KULTURNOTIZEN

Die Gerhard-Marks-Stiftung in Bremen präsentiert vom 31. August bis zum 26. Oktober die Werke der Bildhauerin Clara Rilke-Westhoff.

Zeichnungen und Aquarelle von Hermann Hesse sind vom 9. bis 27. September in der deutschen Buchhandlung „Roi des Aulnes" (Erlkönig) am Pariser Montparnasse zu sehen.

Kunst- und Kulturprojekte von Frauen für Frauen möchte die Akademie Remscheid dokumentieren, die hiermit alle in der Kulturarbeit tätigen Frauen auffordert, sich mit dem Institut in Verbindung zu setzen.

Zeitgenössische bulgarische Kunst ist in Konstanz vom 27. August bis zum 28. September zu sehen.

Eine Jünglingsskulptur aus römischer Zeit ist bei Ausgrabungen griechischer Archäologen in der Nähe von Argos auf dem Peloponnes gefunden worden.

Lust und Leid am Broadway: Das Musical „Rags"

Miss Liberty hatte Pech

Es war unausbleiblich: In diesem Jahr, in dem die Amerikaner mit nationalem Überschwang den 100. Geburtstag der Freiheitsstatue feiern, mußte „Miss Liberty" auch am Broadway ihre Aufwartung machen. Sie tut es in dem Musical „Rags", in dem sie das Bühnenbild der ersten und letzten Szene überragt.

„Rags" ist ein musikalisches Bilderbuch der amerikanischen Einwanderergeschichte. Das Musical schildert das Schicksal der 1910 aus Rußland eingewanderten Rebecca Hershkowitz während ihres ersten Jahres in der neuen Welt, ihre Suche nach ihrem verschollenen Mann, ihre Romanze mit einem idealistischen Sozialisten, ihre zähen Bemühungen, sich und ihrer Familie eine bessere Zukunft zu sichern. „Rags" ist die klassische amerikanische Einwandererlegende als Musical.

Für die Rolle der Rebecca gewannen die Produzenten Teresa Stratas, die damit am Broadway debütiert. Die Besetzung ist nahezu ideal. Die kleine Sängerin mit der großen Stimme wirkt bei ihrer Ankunft als Einwanderin in New York wie ein besorgter kleiner Spatz – kein Wunder, daß mehrere Kritiker sie mit Edith Piaf verglichen.

„Rags" wird von der Stratas und der Musik von Charles Strouse getragen. Die Melodien sind essentiell amerikanisch mit Anklängen an Sousa, Joplin, Gershwin und Weill. Teresa Stratas liegt diese Musik ganz offensichtlich. Ihre Weill-Aufnahmen, die mit Lotte Lenyas Segen zustandekamen, beweisen es.

Trotz der Musik und trotz der großartigen Leistung der Stratas ist „Rags" unbefriedigend wie ein nicht ganz eingehaltenes Versprechen. Es hatte nicht den erhofften Erfolg bei Publikum und Kritik und wurde denn auch – zunächst einmal – nach wenigen Vorstellungen wieder abgesetzt. Das Libretto ist zu kaleidoskopartig, und die Charaktere haben zu wenig Chancen, sich zu profilieren.

Manchmal glaubt man, Joseph Stein (Buch) und Stephen Schwartz (Songtexte) hätten sich geradezu bemüht, Klischee-Figuren auf die Bühne zu bringen: den jüdischen Hausierer (Dick Latessa), den jungen Gewerkschaftler (Terrence Mann), den fröhlich-dreisten Straßenjungen (Josh Blake als Rebeccas Sohn), die ausgebeutete Näherin (Judy Kuhn).

„Es ist alles vorhersehbar, zu vorhersehbar", klagte Clive Barnes von der „New York Post" in seiner Besprechung. „Es ist süß – zu süß. Es hätte eine Miniserie im Fernsehen sein können." Aber „Rags" ist, auch wenn es dem Musical an Originalität fehlt, solide handwerkliche Arbeit. Die Stratas und Strouses Musik retten „Rags" vor der Banalität. Nur wer zuviel erwartet, wird von „Rags" enttäuscht sein. Hoffen wir, daß es bald wieder auf den Spielplan kommt!

ALFRED von KRUSENSTIERN



Russische Emigrantin in New York: Teresa Stratas als Rebecca in dem neuen Musical „Rags" FOTO: AP

JOURNAL

Neue Ausgabe der Werke Robert Schumanns

dpa, **Bonn**

Nach mehrjährigen Vorbereitungen an den Universitäten Zürich und Köln ist jetzt mit den Arbeiten an einer „Neuen Schumann-Gesamtausgabe" begonnen worden. In dieser wissenschaftlich-kritischen Edition sollen die musikalischen Werke des bedeutenden romantischen Komponisten ohne spätere Zutaten und Entstellungen veröffentlicht werden. Robert Schumann selber hatte sich vor 150 Jahren als erster Komponist von Rang für Gesamtausgaben seiner großen Vorgänger eingesetzt. Die Schumann-Neuausgabe wird 41 Notenbände umfassen; hinzu kommen Dokumentar- und Ergänzungsbände, mit denen u. a. die unveröffentlichten Schriften erschlossen werden sollen.

Die erste Buchmesse von Peking

dpa, **Hamburg**

Auf der ersten Internationalen Buchmesse in Peking vom 5. bis 11. September ist auch die Bundesrepublik vertreten: Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels in Frankfurt mit einer Sonderausstellung Kunstbücher, einige wissenschaftliche Verlage und das Außenhandelsunternehmen Grossohaus Wegner (Hamburg). Das Grossohaus wird an dem von ihm organisierten Gemeinschaftsstand der deutschen Verlage rund 500 Publikationen aus den Bereichen Wissenschaft und Technik, Literatur und Belletristik und 45 Zeitschriften aus rund 50 Verlagen präsentieren.

„Der kleine Prinz" wird jetzt verfilmt

AFP, **Moskau**

„Der kleine Prinz", Antoine de Saint-Exuperys philosophisches Märchen, wird in einer amerikanisch-sowjetischen Koproduktion verfilmt. Der Vertrag wurde von der US-Produktionsgesellschaft Jambre und der sowjetischen Sowinfilm geschlossen. Mit dem französischen Regisseur Christian-Jacque kam eine Einigung über eine weitere Koproduktion zustande, die Verfilmung von „Quatre-vingt treize" (Dreiundneunzig) von Victor Hugo. In sowjetisch-italienischer Zusammenarbeit entsteht demnächst die Filmadaptation einer Komödie von Goldoni.

Museum für moderne Kunst in Seoul

AFP, **Seoul**

Das Nationale Museum für moderne Kunst ist im Seoul Grand Park eröffnet worden. Als erste Ausstellung ist französische Kunst des 20. Jahrhunderts zu sehen – 84 Gemälde und Plastiken von Picasso, Matisse und sieben weiteren führenden Künstlern dieses Jahrhunderts. Sie findet im Rahmen der Veranstaltungen zur Feier der seit hundert Jahren bestehenden diplomatischen Beziehungen zwischen Seoul und Paris statt.

Fünftes Holland-Festival der alten Musik

DW. **Utrecht**

Das „Holland-Festival der alten Musik" geht vom 29. August bis 7. September ins fünfte Veranstaltungsjahr. Thematische Schwerpunkte sind diesmal wieder das Liturgische Drama, das Werk Josquin des Prez' und schließlich die Laute. Zu den Ausführenden gehören das Europäische Barock-Orchester und der Chor der Niederländischen Bachvereinigung. Das Rahmenprogramm bilden Open-Air-Konzerte, Workshops, Vorträge und Video-Shows.

Friedrichs Zeitalter und die Folgen

DW. **Dortmund**

Die siebte Dortmunder Geschichtswoche an der Volkshochschule der Stadt ist dem „Friderizianischen Zeitalter" gewidmet. In Vorträgen wird Friedrich II. als Reformer und Philosoph vorgestellt. Weitere Veranstaltungen beschäftigen sich mit dem preußischen Landrecht, das auf seine Anregung geschaffen wurde oder dem Verhältnis von „Preußentum und DDR-Sozialismus".

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Für den Kinofreund ist es schon eine vertraute Institution: das Fischer Film Almanach. Die neueste Ausgabe gibt wiederum eine präzise Übersicht über alle im letzten Jahr in der Bundesrepublik erst- und uraufgeführten Filme. Sie werden mit filmografischen Daten und kurzen Inhaltsangaben vorgestellt und meist mit einem wertenden Akzent der Herausgeber versehen. Im Anhang finden sich Rückblicke auf Festivals und Filmpreise, filmpolitische Anmerkungen sowie eine Aufstellung der im letzten Jahr verstorbenen Filmgrößen. blu

Fischer Film Almanach". Hrsg. von Walter Schobert und Horst Schäfer. Frankfurt 1986. 384 S., 16,80 Mark.

5 Punkte bei Nötigung des Überholers

DW. München

Fast jeder Autofahrer kennt es und hat es schon auf deutschen Straßen erlebt. Man will einen anderen Wagen überholen, und schon gibt dieser Gas. Der Überholvorgang wird abgebrochen. Sekunden später probiert man es nochmal, das Spielchen wiederholt sich, der andere beschleunigt und man kommt nicht vorbei.

Der ADAC verweist nun auf eine Entscheidung des Bayerischen Obersten Landesgerichtes (Az.: RREG 1 St 304/85, DAR 86, 231). Ein Autofahrer, der mehrmals bewußt beschleunigt, damit ein anderer nicht überholen kann, wird wegen Nötigung strafrechtlich belangt. Die zur Nötigung vorausgesetzte Gewalt liegt nach dem Urteil darin, daß der überholende Autofahrer wegen Geschwindigkeitserhöhung des Vorausfahrenden sowie des herannahenden Gegenverkehrs jeweils gezwungen wird, hinter dem Vorausfahrenden einzuscheren und so schnell wie dieser fahren zu müssen. Für diese schikanöse „Erziehungsmaßnahme" gibt es nicht nur eine Geldstrafe, sondern auch fünf Punkte in Flensburg. Und die bleiben fünf Jahre stehen.

Adenauers „Kopf" soll in die USA

AP, Bonn

Eine Büste des ersten Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, soll nach dem Willen des „German American National Congress" (DANK) im „Deutsch-Amerikanischen Freundschaftsgarten" in Washington aufgestellt werden. Die Initiative von DANK, der größten Organisation deutschstämmiger Amerikaner in den Vereinigten Staaten, steht im Zusammenhang mit den 300-Jahr-Feiern deutscher Einwanderung.

Damit soll eines Mannes gedacht werden, der als „Vater der Demokratie" nach 1945 weltweites Ansehen genoß. Adenauer sei ein Symbol deutsch-amerikanischer Freundschaft geworden, die es in beiderseitigem Interesse zu festigen gelte, sagte gestern DANK-Sprecher Ulrich Spindler. Die Adenauer-Büste für Washington soll überlebensgroß werden. Man will man sich dabei an dem „Adenauer-Kopf" des Münchener Bildhauers Hubertus von Pilgrim orientieren, der Skulptur, die vor dem Bundeskanzleramt in Bonn steht. DANK wird jetzt einen Wettbewerb unter Künstlern ausschreiben.

Wenn ein Sohn dem Vater Kummer macht

DIETHART GOOS, Bonn

Wäre es nicht der bekannte Name, würde dieser Fall kaum über die Grenzen des Bonner Amtsgerichtsbezirks hinaus Aufsehen erregen. Seit knapp einer Woche sitzt der 25jährige Thomas Hupka in Untersuchungshaft. Ihm wird vorgeworfen, versucht zu haben, durch Urkundenfälschung die CDU-Bundesgeschäftsstelle und eine Kölner Bank um 120 000 Mark zu betrügen.

Ein neuer Schicksalsschlag für den Vater von Thomas, den 71jährigen CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Hupka. Denn der prominente Vertriebenenpolitiker, langjähriger Vorsitzender der Landsmannschaft der Schlesier, kämpft bisher vergeblich um seine politische Zukunft. Weder in Nordrhein-Westfalen noch in Niedersachsen gelang es dem früheren Sozialdemokraten, der 1972 zur CDU überwechselte, seine Rückkehr in den Bundestag abzusichern.

Sohn Thomas hat dem prominenten Vater schon öfter Kummer bereitet. Im Bonner CDU-Kreisverband und auch in der Jungen Union machte er sich durch Karrierestreben viele Feinde, parteischädigendes Verhalten mußte er sich vorhalten lassen. Als Herausgeber verschiedener Publikationen und Informationsdienste war er nicht sonderlich erfolgreich. Auch gründete er Vereinigungen, wie den Verband der Nordatlantiker und den Verein für Drogenberatung, zu dessen Generalsekretär er sich machte.

Hupka junior verzettelte sich mit seinen Aktivitäten immer mehr, die Schulden wuchsen. Als er nicht mehr ein noch aus wußte, griff er nach den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zu kriminellen Methoden. Auf offiziellem CDU-Briefpapier verfaßte er eine Geldtransaktion vom CDU-Konto einer Kölner Bank auf ein anderes, über das er verfügen konnte. Diesen Brief versah er mit der gefälschten Unterschrift von CDU-Bundesgeschäftsführer Peter Radunski. Die Bank führte den Auftrag aus, doch die CDU-Zentrale wurde mißtrauisch und erstattete Anzeige. Thomas Hupka wurde verhaftet, weil nach Ansicht der Staatsanwaltschaft Fluchtgefahr besteht. Beim Haftprüfungstermin am letzten Wochenende bot Herbert Hupka eine Kaution an, um seinen Sohn freizubekommen. Doch der Haftrichter lehnte ab. Die Kölner Bank hat der CDU inzwischen den erschwindelten Betrag zurücküberwiesen. „Für uns ist damit der Fall erledigt", sagte gestern ein CDU-Sprecher.



Zwei Düsseldorfer „Samurai" stehen sich gegenüber und kreuzen die Klingen in ritualisiertem Ablauf. Die prächtigen Rüstungen der Kämpfer stimmen bis ins Detail mit den historischen Vorlagen aus der Zeit des Shogunats überein. Die „Mempo-Maske" mit furchterregendem Schnurrbart aus Hundehaaren gehört dazu. Die Helmzier in Art eines Hirschgeweihs trägt das Wappen des Takeda-Clans.

FOTOS: HENDRIK GROTH

Die zehn Samurai vom Rhein

In der Mitte des Lagers flattert die Kriegsfahne Takedas, auf der die Parolen der Samurai gedruckt sind. Drei japanische Holzhäuser sind aufgebaut, und weiße Stoffbahnen schirmen die zehn Streiter von der „ritterlichen" Außenwelt ab. Vor gut 10 000 Zuschauern kämpfen sie mit stumpfen Schwertern und Dolchen während der Satzveyer Ritterspiele in der Eifel, bei denen sich auch Hunnen, Wikinger und Landsknechte tummeln.

Sie sind weder eine japanische Kampfsportgruppe noch ein exotisches Anhängsel des Karnevals, die zehn Samurai aus Düsseldorf. Sie wehren sich gegen die Unterstellung, nur an einer spektakulären Form von Schaukampf interessiert zu sein. „Wir huschen nicht im Wald herum, uns interessiert die historische Darstellung des Kampfes, und nicht das Gemetzel an sich", sagen die Kämpfer. Es geht ihnen um eine Auseinandersetzung mit der japanischen Historie.

Die Gruppe eint das gemeinsame Interesse an der fernöstlichen Geschichte, speziell an der Moromachi Periode (1333-1568) und dem legendären Familienclan des Feldherrn Takeda. Dieser hatte als erster Fürst versucht, das damals in viele kleine Fürstentümer zersplitterte Reich zu einigen.

Zusammengeführt wurden die zehn Samurai aus Düsseldorf durch Aikido, die *waffenlose* Kunst der Selbstverteidigung. Aus der Philosophie des Aikido (japanisch ai: Harmonie, ki: Geist, und do: Weg) entwickelte sich das Interesse für das Leben und die Tradition der Samurais. Im zivilen Leben gehen sie weniger kriegerischen Berufen nach. Sie sind Chemielaborant, Studentin, Beamter, Drucker oder Architektin und treffen sich regelmäßig in der Düsseldorfer Werkstatt der Altstadtgalerie Fuchs. Dort bauen, formen, schmieden und schneidern sie originalgetreu Rüstungen, Kleidungsstücke, Gerätschaften und Waffen aus dem mittelalterlichen Japan nach.

Obwohl in Düsseldorf 6000 Japaner leben, rund 300 Werksniederlassungen die Aktivität der japanische Wirtschaft in Deutschland unter Beweis stellen, ist es seit der Gründung der Truppe vor fünf Jahren noch nicht zu ernsthaften Kontakten *zwischen Japanern mit dem Arbeitsplatz* Düsseldorf und deutschen Samurai gekommen. Die meisten der japanischen Geschäftsleute sind sogar recht abweisend. Zu weit scheint Takedas Zeit zurückzuliegen. Und die historisch getreuen Kostüme und Rüstungen kann wohl nur der würdigen, der sich intensiv und über lange Zeit mit der Materie auseinandergesetzt hat. Davon sind zumindest die deutschstämmigen Samurai überzeugt.

Ist bei den Japanern am Rhein die Resonanz gering, so hat die zweitgrößte japanische Fernsehgesellschaft, die Yomi-Uri-TV, ein Team nach Düsseldorf geschickt, um diese detailversessenen Deutschen dem japanischen Publikum vorzustellen. Die Tatsache, daß sich Westeuropäer ernsthaft mit japanischen Rittern auseinandersetzen, war den Asiaten eine Reportage wert.

Die fanatische Akribie fällt sofort ins Auge. Für einen Ärmelschutz aus Ketten wurden zum Beispiel 23 000 Ringe und Ösen in einem Zeitraum von mehr als sechs Monaten mühsam zusammengesteckt. Da entstehen in reiner Handarbeit nach zeitgenössischen Vorlagen Rüstungen und Kostüme, Schwerter werden aus Bandeisen geschmiedet, alles streng nach der Technik des 16. Jahrhunderts.

Nähmaschinen oder andere Hilfsmittel der Moderne sind im Atelier tabu. Komplizierte, ornamentüberladene Stoffmuster, die exakt den historischen Vorbildern entsprechen, werden aus der Fachliteratur, die einen ganzen Bücherschrank füllt, entnommen.

Mitglieder der Gruppe haben zudem „vor Ort" in Japan recherchiert und Museen besucht. Bereits angefertigte Kostüme mit Detailfehlern werden grundsätzlich ausrangiert. Die ersten Rüstungsexemplare der Hobby-Samurai sind deshalb nur noch auf Fotos zu begutachten, da sie schon vor Jahren auf dem Müll gelandet sind.

Nicht nur die Kostüme entsprechen der damaligen Wirklichkeit, auch die Bewegungsabläufe der Kämpfer werden genau studiert und trainiert. Bei einem Großmeister in Japan wurde über Wochen Jaido eingeübt, eine Schwerttechnik ohne Gegner. So ist es auch nicht verwunderlich, daß die deutschen Nachfahren der japanischen Samurai beim Hinweis auf den rheinischen Karneval verärgert reagieren.

HENDRIK GROTH

Jeder fünfte Freizeitsportler verletzt sich

rtr, Hamburg

Die deutschen Freizeitsportler gehen *offensichtlich zu verbissen* ihre schweißtreibenden Aktivitäten an. Nach einer gestern in Hamburg veröffentlichten Umfrage des B.A.T.-Freizeitforschungsinstituts endeten im Verlauf der vergangenen fünf Jahre die sportlichen Übungen jedes fünften Bundesbürgers in der Arztpraxis. 20 Prozent der 2000 Befragten haben Verletzungen bei Ballspielen, Tennis, Leichtathletik und Jogging sowie im Wintersport genannt. Hochgerechnet bedeute dieses Ergebnis rund 9,7 Millionen Sportverletzte in nur fünf Jahren.

Unwetter über Irland

dpa, London

Stürme und sintflutartige Regenfälle haben in der Nacht zum Dienstag in Großbritannien und in der Republik Irland Millionenschäden angerichtet. Flüsse und Bäche traten über die Ufer, tausende Hektar Ackerland wurden überschwemmt. Mindestens zwei Menschen ertranken, mehrere Personen werden vermißt, darunter die Besatzung einer Hochseeyacht, die vor der Küste kreuzte. Die 31 Passagiere und Besatzungsmitglieder eines polnischen Frachters, der sank, konnten gerettet werden. Besonders betroffen ist das Gebiet um die irische Hauptstadt Dublin, wo die stärksten Regenfälle seit 25 Jahren niedergingen.

Kinder in Lebensgefahr

hrk. Berlin

In Lebensgefahr schweben drei Jungen im Alter von acht bis elf Jahren, die in Berlin von den Erdmassen einer selbstgegrabenen Höhle verschüttet worden waren. Die Jungen, *darunter zwei Brüder, hatten mit* anderen Kindern auf dem Gelände eines ehemaligen Autokinos gespielt und sich in einem Steilhang eine Höhle gebuddelt. Beamte einer nahe gelegenen Grenzstation konnten die Kinder bergen.

Doppelmord bei Volksfest

AFP, Manosque

Aus verschmähter Liebe hat ein junger Franzose in der Nacht zum Montag im Provence-Dorf Quinson während eines Volksfestes seine ehemalige 20jährige Freundin erschossen und einen 24jährigen Mann, der sich in ihrer Begleitung befand, mit seinem Jagdgewehr so schwer verletzt, daß er wenig später im Krankenhaus starb. Der 22jährige Dominique Montfort schoß sich anschließend eine Schrotladung in den Kopf.

Warnsystem kritisiert

AFP, Nizza/Marseille

Nach einer Besichtigung der von Waldbränden verwüsteten Gebiete an der Côte d'Azur übte der französische Premierminister Jacques Chirac heftige Kritik an dem Warnsystem vor Waldbränden in der gefährdeten Region. Es sei „skandalös, weil ungeeignet". Verzögerungen und Zwischenfälle seien gleichsam programmiert. Bei den Waldbränden kamen vier Menschen um. 11 000 Hektar Wald- und Buschland wurden vernichtet.

Tödlicher Bergunfall

AFP, Wien

Ein Ehepaar aus Kempten im Allgäu ist am Montag in den Zillertaler Alpen bei einem Absturz ums Leben gekommen. Die 41jährige Frau war auf einem schneebedeckten Stein ausgerutscht und 100 Meter über einen Grashang geglitten. Ihr 43jähriger Ehemann lief ihr nach und glitt dabei ebenfalls aus. Anschließend stürzten beide in eine Klamm. Am Wochenende sind drei deutsche Urlauber in den Salzburger Bergen ums Leben gekommen.

Abgasfrei im Tunnel

dpa, Stuttgart

Dieselbetriebene Busse können jetzt abgasfrei im Tunnel fahren. Nach Angaben der Daimler-Benz AG sind die Erprobungen in einem stillgelegten Eisenbahntunnel bei Wertheim/Main abgeschlossen worden. Dabei wurde das Auspuffrohr des Omnibusses nach oben geführt und verlängert. An der Tunneldecke wurde das Abgas in ein Rohrleitungssystem geblasen und an zwei Lüftungsstationen abgesaugt.

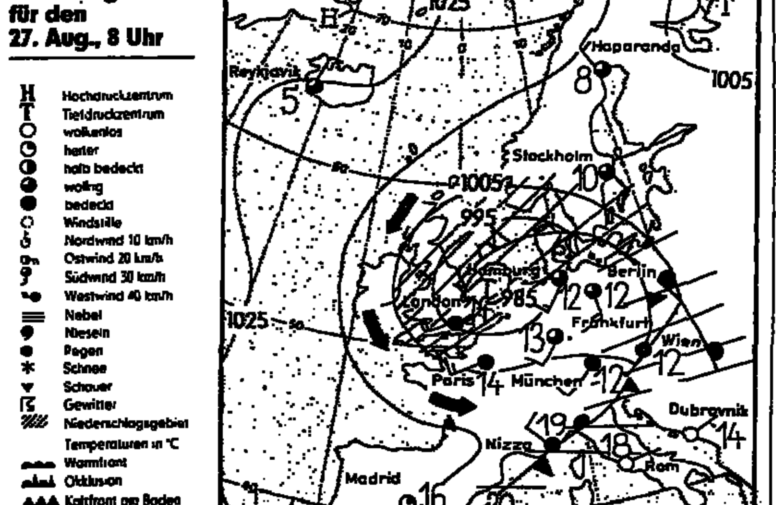
WETTER: Unbeständig

Lage: Auf der Rückseite eines Sturmtiefs über der Nordsee gelangt kühle Meeresluft nach Westdeutschland.

Vorhersage für Mittwoch: Bundesgebiet: Wechselnd, überwiegend stark bewölkt, in Südostbayern und in Nordwestdeutschland länger andauernder Regen, sonst von Nord nach Süd abnehmende Schauer. Höchste Temperaturen 14 bis 19 Grad, Tiefstwerte nachts 12 bis 9 Grad. Im Süden schwacher bis mäßiger, sonst mäßiger bis frischer und in Böen starker Südwestwind.

Weitere Aussichten: Wechselhaft mit Schauern und kühl.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 6.27 Uhr*, Untergang: 20.18 Uhr; **Mondaufgang:** 23.36 Uhr, Untergang: 16.44 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:		
Berlin	17	bw
Bielefeld	14	R
Braunlage	12	bd
Bremen	13	R
Dortmund	15	R
Dresden	18	he
Düsseldorf	16	R
Erfurt	16	R
Essen	16	bd
Feldberg/S.	14	bw
Flensburg	13	R
Frankfurt/M.	18	bw
Freiburg	25	bw
Garmisch	25	he
Greifswald	18	bw
Hamburg	12	Sp
Hannover	14	bd
Kahler Asten	10	R
Kassel	14	R
Kempten	24	bw
Kiel	13	R
Koblenz	19	bw
Köln-Bonn	16	R
Konstanz	22	he
Leipzig	18	bw
List/Sylt	14	R
Lübeck	12	bd
Mannheim	19	bw
München	25	he
Münster	15	bd
Norderney	13	R
Nürnberg	21	bw
Oberstdorf	23	he
Passau	22	bw
Saarbrücken	18	bw
Stuttgart	23	bw
Trier	19	bw
Zugspitze	6	he

Ausland:		
Algier	31	he
Amsterdam	18	bw
Athen	34	he
Barcelona	28	he
Belgrad	23	wl
Bordeaux	17	R
Bozen	24	he
Brüssel	18	bw
Budapest	21	he
Bukarest	23	he
Casablanca	25	he
Dublin	10	R
Dubrovnik	25	wl
Edinburgh	11	bw
Faro	23	he
Florenz	27	bw
Genf	20	bw
Helsinki	12	he
Hongkong	32	he
Innsbruck	23	he
Istanbul	26	he
Kairo	31	he
Klagenfurt	21	he
Konstanza	24	he
Kopenhagen	16	bw
Korfu	28	he
Las Palmas	29	wl
Leningrad	14	bw
Lissabon	22	bw
Locarno	17	bd
London	14	R
Los Angeles	18	wl
Luxemburg	18	bw
Madrid	26	he
Mailand	23	he
Malaga	34	wl
Mallorca	29	he
Moskau	10	Rs
Neapel	29	he
New York	19	bw
Nizza	24	he
Oslo	15	he
Ostende	15	bw
Palermo	27	he
Paris	16	bw
Peking	31	he
Prag	19	he
Rhodos	28	he
Rom	26	he
Salzburg	23	he
Singapur	31	bw
Split	26	wl
Stockholm	13	he
Straßburg	18	bw
Tel Aviv	29	he
Tokio	30	he
Tunis	30	wl
Valencia	32	wl
Varna	25	he
Venedig	23	he
Warschau	19	he
Wien	22	he
Zürich	22	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

LEUTE HEUTE

„Prinz des Friedens"

Der schwarzhäutige Mann mit dem hellen Turban beherrscht die leisen und die lauten Töne: Den Israelis drohte er mit „tausend Plagen". Schwarze US-Senatoren beschwor er um Hilfe für eine „gefährdete schwarze Minderheit". Er erzählt von der Sehnsucht seines Volkes nach einem „friedlichen Zusammenleben mit allen im Heiligen Land". Große Sorgen plagen **Ben-Ami Carter.** Früher lenkte er Busse durch die Straßenschluchten von Chicago. Heute ist er religiöser Führer der rund 1500 „schwarzen Hebräer" im Negev-Wüstenort Dimona. Er nennt sich „Prinz des Friedens", hat drei Frauen und 15 Kinder und gilt als unumschränkter Herrscher über seine geheimnisumwitterte Gemeinde. Deren Mitglieder betrachten sich als „wahre Nachkommen" des biblischen Volkes der Israeliten, auch wenn das jüdische Oberrabbinat ihnen diesen Anspruch verwehrt und der Oberste Gerichtshof



ihnen deshalb die israelische Staatsbürgerschaft verweigert. Die Regierung scheint nun entschlossen, gegen die „schwarzen Hebräer" vorzugehen. Seit letzter Woche bringen Polizisten täglich zwei Mitglieder der Sekte in Handschellen zum Ben-Gurion-Flughafen. Reiseziel: New York.

Justiz ermittelt gegen Scholz wegen Trunkenheit

AP, Berlin

Gegen den ehemaligen Box-Europameister Gustav („Bubi") Scholz ermittelt die Berliner Justiz wegen des Verdachts der Trunkenheit am Steuer. Wie Justizsprecher Volker Kähne gestern erklärte, wurde dem am 1. Februar 1985 wegen fahrlässiger Tötung seiner Frau Helga und unbefugten Waffenbesitzes zu drei Jahren Haft verurteilten Werbekaufmann der Führerschein entzogen.

Der Freigänger sei am Sonntag gegen 22 Uhr betrunken mit seinem Auto in die Haftanstalt zurückgekehrt. Er wurde daraufhin wieder in den geschlossenen Vollzug überwiesen. Die Chancen des 56jährigen auf Bewährung, über die bald entschieden werden sollte, könnten durch den Vorfall gefährdet sein.

Hobbygärtner verhalten sich umweltbewußter

dpa, Düsseldorf

Hobbygärtner ziehen Elektromäher weiterhin benzinbetriebenen Motormähern vor. Der Fachverband des Deutschen Eisenwaren- und Hausrathandels führt dieses Verbraucherverhalten in einer gestern in Düsseldorf verbreiteten Erklärung auf ein verstärktes Umweltbewußtsein, Geräusch- und Abgasentwicklung betreffend, zurück.

Ein bewußterer Umgang mit der Natur drücke sich auch in einer stark rückläufigen Nachfrage nach bio-chemischen Produkten für den Garten wie Rasendünger, Unkrautvernichter, Insektizide, Pestizide und Herbizide aus. Händler berichteten, daß Kunden mit dem Hinweis auf den Atomunfall von Tschernobyl immer seltener diese Produkte verlangen.

Ein Netzwerk der Liebe für havarierte Reisende

G. KRANEFUSS, Hamburg

Es ist 1 Uhr früh. Die Nacht ist schon kühl, die Autobahn schimmert feucht. Der Wagen mit schwedischem Kennzeichen befindet sich auf der Europastraße 4 Richtung Norden. Der Fahrer ist ein Arzt aus Spanien, der in Stockholm tätig ist. In seiner Begleitung sind seine Frau und drei Kinder. Er spürt die Schmerzen und erkennt die Gefahr. Auf dem Rastplatz Thiesholpe bringt er den Wagen zum Halten. Dann sinkt er über dem Steuer zusammen. Herztod.

Als man ihn abgeholt hat, bleibt die Familie verlassen zurück. Sie spricht kein Wort Deutsch. Ein Polizeibeamter hat den privaten „Helferkreis für verunglückte Touristen" in Salzhausen alarmiert. Hannelore Petersen organisiert einen Wagen und informiert die Helfer in Maschen, die sich mit einem Chilenen als Dolmetscher auf den Weg machen. Nachts um 3 Uhr treffen sie auf dem Rastplatz ein. „So viel Glück bei allem Schmerz, als sie ihre Heimatsprache hörten, das war überwältigend." Die Mutter mit den Kindern blieb mehrere Tage in der Obhut einer Helferfamilie, bis alle Formalitäten und die Überführung geregelt waren.

Die Idee, solche Helferkreise zu organisieren, stammt von einer Frau, die nicht ahnen konnte, daß sich innerhalb von zwei Jahren ein „Netz der Nächstenliebe" vom Norden bis ins Allgäu spannen würde. Gisela Arp (52) sagt: „Ich habe mich damals immer wieder gefragt, was geschieht mit den Angehörigen der Verletzten? Was mit den Kindern, die nicht wissen wohin? Die oft nach einem Unfall doch nicht einmal ahnen, wo sie sich befinden. Damals fingen wir mit 25 Frauen im Raum Seevetal, Buchholz und Winsen an. Man sprach über uns und neue Helfer meldeten sich. Heute gibt es 18 Kreise mit 200 Frauen und ihren Familien, die sich kostenlos in den Dienst der Nächstenliebe gestellt haben. 24 Kreise sind im Aufbau, darunter in Bonn, Berlin, Düsseldorf, Mannheim und Straßburg – als erster Helferkreis im Ausland."

Unterkunft für Angehörige

Gisela Arp und ihre Mitstreiterinnen bewiesen viel Zähigkeit, um andere von ihrem guten Willen zu überzeugen. Heute kennen Rettungsdienste, Polizei und Feuerwehr sowie Krankenhäuser ihre Anschriften. „Wir werden gerufen, wenn sich herausstellt, daß die ambulant behandelten Angehörigen von Schwerverletzten nicht wissen, wo sie bleiben sollen. Wir erledigen Telefonate, versorgen sie mit Kleidung, schreiben Briefe, haben Dolmetscher für sieben Sprachen zur Verfügung. Alleinstehende besuchen wir im Krankenhaus und wenn ihre Angehörigen anreisen, sorgen wir für Unterkunft. Oft wird es zur finanziellen Belastung. Aber wir schaffen es schon."

Gisela Arp hat in Anerkennung ihrer verdienstvollen Arbeit die „Silberne Ehrennadel" des Allgemeinen Deutschen Automobil-Clubs (ADAC) erhalten. Es hilft ihr aber mehr, daß der Hamburger Club ihre Portokosten, das Fotokopieren und einen Telefonanteil übernimmt. Vor kurzem hat das VW-Werk 5000 Mark überwiesen für die bundesweite Ausbreitung der Helferkreise.

„Hier wird Nächstenliebe von Menschen praktiziert, die keineswegs zu den Betuchten gehören. Es ist nicht jedermanns Sache, nachts Menschen mit blutverschmierter Kleidung aufzunehmen, Betten für sie zu beziehen, sie zu beköstigen und ihnen als Wichtigstes seelischen Beistand zu gewähren. Aber der Anruf, wenn sie wieder zu Hause sind oder ein lieber Brief, das ist unser schönster Lohn", sagt Gisela Arp.

Im Allgäu hat Gertrud Siemer seit Januar mit ihrem Helferkreis bereits 120 Einsätze gehabt. „Bei uns kann sich einer auf den anderen verlassen. Ein Wagen hatte nach einem Unfall Totalschaden. Der Fahrer lag wochenlang im Krankenhaus. Seine beiden Hunde waren fortgelaufen."

Besuche im Krankenhaus

Frau Siemer fand den Cockerspaniel und den Schäferhund und nahm beide bei sich auf. „Dann haben wir alle drei das Herrchen im Krankenhaus besucht. Jetzt hat mich der Kölner angerufen, daß er sich im nächsten Urlaub in Oberstdorf bei uns melden will", erzählt sie.

Gisela Arp scheut sich nicht, „mit dem Hut in der Hand" für ihre Aufgabe zu werben. „Ein Buchverlag hat 700 Taschenbücher gespendet und pharmazeutische Firmen stifteten Seife, Zahncreme, Zahnbürsten – eben alles, was man zuerst braucht."

Der „Private Helferkreis für verunglückte Touristen und Reisende" kann auch auf die Hilfe der Ehemänner der engagierten Frauen rechnen. Selbst ihre Kinder betreuen schon die vom Unglück betroffenen Altersgenossen. Ein Rotarier hat zu Gisela Arp anerkennend gesagt: „An was wir schon lange gedacht haben, das haben Sie verwirklicht."

ZU GUTER LETZT

„Frauen Düsseldorfs, von diesem Weibsbild könnt Ihr lernen. Schauspielhaus „La Tragédie de Carmen", Regie Peter Brook." Aus einer Anzeige des Düsseldorfer Schauspielhauses.